



80. Sitzung

Mittwoch, 26. Februar 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsidentin Antje Möller

Inhalt:

		Robert Bläsing FDP	6012
Mitteilungen der Präsidentin			
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	5995	GRÜNE Fraktion:	
		Stadtteilschulen stärken und mit der Inklusion nicht allein lassen!	
Aktuelle Stunde	5995	(Fortführung am 27.02.2014)	
SPD-Fraktion:		FDP-Fraktion:	
Hamburg immer beliebter – Tourismus wichtiger Standortfaktor		Ausgespäht und abgefischt: SPD-Senat vernachlässigt Datenschutz	
Dorothee Martin SPD	5995	(Fortführung am 27.02.2014)	
Andreas C. Wankum CDU	5996, 6002		
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	5997, 6002	Fraktion DIE LINKE:	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	5998	ESSO-Häuser und St. Pauli: 100% sozial oder fette Rendite für die Bayerische Hausbau?	
Kersten Artus DIE LINKE	5999	(Fortführung am 27.02.2014)	
Frank Horch, Senator	6000		
Hansjörg Schmidt SPD	6001	Antrag der CDU-Fraktion:	
CDU-Fraktion:		Hochschulvereinbarungen neu verhandeln – Grundfinanzierung der Hamburger Hochschulen stärken	
Nehmerland im Länderfinanz- ausgleich, Wirtschaftskraft sinkt – Senat muss Alarmzeichen erkennen		– Drs 20/10695 –	6013
Dr. Roland Heintze CDU	6003	Thilo Kleibauer CDU	6013, 6019
Jan Quast SPD	6004, 6010		
Jens Kerstan GRÜNE	6005, 6011		
Katja Suding FDP	6006		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	6007, 6012		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	6008		
Dietrich Wersich CDU	6009		

Philipp-Sebastian Kühn SPD	6014	Finn-Ole Ritter FDP	6028
Dr. Eva Gümbel GRÜNE	6015, 6020	Frank Schmitt SPD	6029
Robert Bläsing FDP	6016	Christoph de Vries CDU	6029
Dora Heyenn DIE LINKE	6016	Christiane Blömeke GRÜNE	6031
Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin	6018	Mehmet Yildiz DIE LINKE	6032
Beschlüsse	6020	Beschlüsse	6034
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
StadtRAD weiter ausbauen		Rüstungsexporte kontrollieren	
– Drs 20/10851 –	6020	– ein restriktives Rüstungsex- portgesetz für Deutschland	
dazu		– Drs 20/10866 –	6034
Antrag der SPD-Fraktion:		dazu	
StadtRAD weiter ausbauen		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 20/11011 –	6020	Rüstungsexporte kontrollieren	
Dr. Till Steffen GRÜNE	6020	– ein restriktives Rüstungsex- portgesetz für Deutschland	
Lars Pochnicht SPD	6022	– Drs 20/10975 –	6034
Klaus-Peter Hesse CDU	6024	Christiane Schneider DIE LINKE	6034
Dr. Kurt Duwe FDP	6025	Wolfgang Rose SPD	6036
Heike Sudmann DIE LINKE	6026, 6026	Hjalmar Stemmann CDU	6037
Martina Koeppen SPD	6026	Katharina Fegebank GRÜNE	6038
Beschlüsse	6027	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	6039
Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN und FDP:		Beschlüsse	6040
Einrichtung eines parlamentari- schen Untersuchungsaus- schusses (PUA) zur Aufklärung der Vernachlässigung der Kin- deswohlsicherung im Fall Yag- mur durch staatliche Stellen und zur Erarbeitung von Emp- fehlungen zur Verbesserung des Kinderschutzes in Ham- burg		Bericht des Ausschusses für Wirt- schaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/1693:	
– Drs 20/10861 –	6027	Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand (An- trag der FDP-Fraktion)	
dazu		– Drs 20/10859 –	6040
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Andrea Rugbarth SPD	6040
Erweiterung des Auftrags zur Einrichtung eines parlamentari- schen Untersuchungsaus- schusses zur Aufklärung des Todes von Yagmur und der Er- arbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung des Kinder- schutzes in Hamburg		Hjalmar Stemmann CDU	6041
– Drs 20/10980 –	6028	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	6042
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	6042
		Kersten Artus DIE LINKE	6043
		Frank Horch, Senator	6045
		Beschluss	6046
		Antrag der CDU-Fraktion:	
		Landwirtschaftliche Betriebe in Hamburg dauerhaft sichern	
		– Drs 20/10696 (Neufassung) –	6046

Beschluss 6046

Bericht des Sportausschusses über
die Drucksache 20/9944:

**Hamburg soll auch zur WM
2014 ein Fanfest bekommen
(Antrag der CDU-Fraktion)**

– Drs 20/10781 –

6046

Beschluss 6046

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, teile ich Ihnen mit, dass die Fraktionen übereingekommen sind, abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats TOP 2 unserer Tagesordnung – das ist die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport – zu vertagen.

So kommen wir direkt zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind heute fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Hamburg immer beliebter – Tourismus wichtiger Standortfaktor

von der CDU-Fraktion

Nehmerland im Länderfinanzausgleich, Wirtschaftskraft sinkt – Senat muss Alarmzeichen erkennen

von der GRÜNEN Fraktion

Stadtteilschulen stärken und mit der Inklusion nicht allein lassen!

von der FDP-Fraktion

Ausgesperrt und abgefischt: SPD-Senat vernachlässigt Datenschutz

und von der Fraktion DIE LINKE

ESSO-Häuser und St. Pauli: 100 % sozial oder fette Rendite für die Bayerische Hausbau?

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Das Wort hat Frau Martin.

Dorothee Martin SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Hamburgerinnen und Hamburger lieben unsere Stadt. Aber auch als Reiseziel für Menschen aus der ganzen Welt wird Hamburg immer beliebter. Vor einigen Tagen wurden die aktuellen Tourismuszahlen veröffentlicht, die erneut Grund zur Freude sind, denn Hamburg ist bei Touristen so beliebt wie noch nie. Im letzten Jahr konnte unsere Stadt über 11 Millionen Übernachtungen verzeichnen, dazu kamen 86 Millionen Tagesgäste, und insgesamt wurden 6 Milliarden Euro in der Stadt ausgegeben.

(Beifall bei der SPD)

Der Tourismus hat also einen großen und steigenden Stellenwert an der Wirtschaftskraft dieser

Stadt. Auch deshalb – das ist an die Adresse der Kollegen der CDU gerichtet, die nämlich mit der nächsten Anmeldung den genau gegenteiligen Eindruck erwecken möchte – muss man ganz klar festhalten: Hamburg boomt wirtschaftlich in sehr vielen Bereichen,

(Jörg Hamann CDU: Trotz SPD!)

nicht nur, aber auch im Tourismus. Von Rückschritt ist hier keine Rede.

(Beifall bei der SPD)

Der Tourismuserfolg ist ein langer Prozess, und er beruht auf dem gemeinsamen Engagement von sehr vielen Akteuren. Aber er ist auch das Verdienst eines überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmertums und insbesondere der rund 97 000 direkt Beschäftigten in Hamburger Tourismusbereichen, denen man ganz großen Dank aussprechen muss.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin aber davon überzeugt, dass einer der Erfolgsfaktoren für den Hamburger Tourismus auch der politische Grundkonsens in diesem Hause darüber ist, welchen wichtigen Stellenwert der Tourismus hat. Und ich denke, den haben wir trotz mancher kontroverser Diskussion. Daher möchte ich auch den Wunsch der SPD-Fraktion aussprechen, dass wir weiterhin gemeinsam und konstruktiv ganz viel für den Tourismus in Hamburg bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Wohin geht die Reise nun weiter? Trotz der so positiven Zahlen dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Noch immer sind große Potenziale für Hamburg erkennbar, etwa beim Anteil der ausländischen Touristen, der im internationalen Vergleich doch eher niedrig ist. Es ist daher gut und richtig, dass wir morgen mit einer hoffentlich breiten Mehrheit den Bau eines dritten Kreuzfahrtterminals für Hamburg beschließen werden. Der Kreuzfahrttourismus ist nach wie vor ein besonders dynamisch wachsender Bereich und bietet Hamburg ganz große Chancen, die wir nutzen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Dass zu der Kreuzfahrt jetzt auch noch der Landstrom hinzukommt, zeigt, dass auch im Tourismus Ökologie und Klimaschutz groß geschrieben werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch der Ausbau des Geschäftstourismus durch das neu gegründete Hamburg Convention Bureau, die Weiterentwicklung der Theater, der Oper und der Musikstadt Hamburg, die geplante Revitalisierung des CCH und der Einsatz für weitere internationale Flugverbindungen sind sehr wichtige Bausteine für unsere touristische Zukunft. Zum Thema Flugverbindungen hat easyJet vor Kurzem

(Dorothee Martin)

verkündet, dass sie ab März eine neue Basis am Hamburger Flughafen errichten, was wir sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Der Flughafen wurde übrigens vor Kurzem von einem Online-Reiseportal zum viertbesten Flughafen weltweit gekürt. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall bei der SPD)

Über Tourismus in Hamburg kann man natürlich nicht sprechen, ohne auf die Kultur- und Tourismustaxe einzugehen, die wir im letzten Jahr eingeführt haben. Entgegen der Befürchtung der Kolleginnen und Kollegen der FDP hat die Taxe dem Tourismus in Hamburg keineswegs geschadet. Die Übernachtungen und die Zimmerauslastungen sind gestiegen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Die Bürokratie auch!)

Die Einnahmen aus der Taxe, auch wenn diese leider noch nicht ganz so hoch wie erhofft sind, sind ein großer Gewinn für die Hamburger Kulturlandschaft, für den Sport und auch für die Tourismus- und Kreativwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Wir wollen das touristische Angebot in Hamburg ausbauen und die Qualität erhöhen, aber natürlich auch eine lebenswerte Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger bleiben. Deshalb ist uns sehr wichtig, wie denn die Hamburgerinnen und Hamburger die genannte Entwicklung im Tourismus sehen. Und da gibt es Zahlen einer Akzeptanzumfrage, die eine sehr eindeutige Sprache sprechen. 83 Prozent der Befragten sehen die Auswirkungen des Tourismus nämlich als positiv an, vor allem hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Bedeutung.

Zum Schluss möchte ich noch hervorheben, dass Tourismus bei Weitem nicht nur ein Wirtschaftsfaktor für Hamburg ist, sondern zugleich auch immer Werbung für den gesamten Standort und auch Impulsgeber für Stadtentwicklung. Hamburg soll nämlich – dafür setzen wir uns ein – eine Stadt sein, in der man eben nicht nur gern Urlaub macht, sondern auch gern lebt und arbeitet. Es gilt aber weiterhin: Hamburg ist immer eine Reise wert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Martin, vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen der SPD dafür, dass Sie zu Beginn dieses Wahljahres dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Gerne!)

damit wir den Bürgern rechtzeitig vor den Wahlen noch einmal dieses Highlight aus den vielen herausragenden Leistungen der CDU-Senate zeigen können.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD – *Jan Quast SPD*: Ja, der Abschied schmerzt!)

Das nenne ich fair. Die CDU-Fraktion hat gestern eine Veranstaltung gemacht, in der wir vier herausragende Politiker für ihre Leistungen für diese Stadt geehrt haben, unter anderem Gunnar Uldall. Wer an den letzten drei Vormittagen zum Himmel geschaut hat, hat Sonnenstrahlen gesehen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das war die CDU! Das gute Wetter!)

– Ich wusste gar nicht, dass man Sie mit so einfachen Dingen derart in Rage bringen kann.

(Beifall bei der CDU)

Man freut sich dann auf das kommende Frühjahr.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Blühende Landschaften werden das!)

– Genau.

Man sollte sich zurückerinnern, wie es vor 2001 war, als weder die Hamburger noch ihre Gäste,

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Da hat es mal geregnet!)

die in geringerer Anzahl vorhanden waren, Außen-gastronomie genießen konnten. Es bedurfte eines Hamburger Senators, nämlich Gunnar Uldall, der sich nicht so ins gemachte Nest hat setzen können wie Sie, Herr Horch, damit wir unseren Gästen Entsprechendes anbieten konnten.

Jetzt kommt es darauf an – und da bin ich mit Ihnen einer Meinung –, gemeinsam diese boomende Branche, in der sich die Übernachtungszahlen, die Hotelzimmer und vieles andere mehr mehr als verdoppelt haben, zu stabilisieren und auszubauen. Und es kommt darauf an, dass wir nicht wieder in das Denken vor 2001 zurückfallen. Wir sollten nicht wieder mehr Bürokratie haben.

Nehmen Sie das Beispiel – Sie haben es richtig erwähnt – der Kreuzfahrterminals. Vor 2001 hatten wir gerade einmal 18 600 Passagiere, während andere Städte zu der Zeit schon Zehntausende und Hunderttausende hatten. Im Jahre 2011 hatten wir dagegen knapp 500 000 Passagiere, und heute sind es 555 000. Natürlich begrüßen wir die Errichtung eines dritten Kreuzfahrterminals.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist doch super!)

Aber muss es in einem touristischen Niemandsland sein statt dort, wo Hamburg touristisch mit am

(Andreas C. Wankum)

interessantesten ist? Und müssen wir es wieder städtische Unternehmen machen lassen, statt es privat errichten zu lassen? Sind wir schon wieder so weit, das ist doch die Frage.

(Beifall bei der CDU)

Die Auslastung der Hamburger Hotels ist führend in Deutschland. Das liegt auch daran, dass unsere Gäste die Wochenenden in Hamburg verbringen, hier einkaufen, in die Museen gehen, Kultur genießen und so weiter. Das zieht andere Hotels an und das stabilisiert die Tourismusbranche.

Dazu gehört aber auch, dass wir uns nicht ausruhen, sondern dass wir weiter Dinge fördern, dass wir nicht nur die Elbphilharmonie jetzt endlich gemeinsam zu einem Erfolg führen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da hätten Sie doch mal mit Ja stimmen können bei dem Projekt!)

sondern zum Beispiel auch nicht mit Klein-Klein ein Projekt wie die Seilbahn kaputt machen, das den Hafentourismus fördert. Geben Sie sich einen Ruck, unterstützen Sie so ein Projekt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das entscheiden die Bürger!)

Wir bitten Sie ebenso, eine Sache wie das Deutsche Hafentourismus zu unterstützen, das einzige Museum, das eine Chance hat, in einem funktionierenden, arbeitenden Hafen gebaut und betrieben zu werden und zu einem Mega-Tourismus-Anziehungspunkt zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir gehen gern auf Ihr Angebot ein, diesen Zweig gemeinsam weiter zu stabilisieren, nur bitte nicht wieder Staatswirtschaft und Bürokratie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 110 000 Arbeitsplätze, über 11 Millionen Übernachtungen, 111 Millionen Tagestouristen – das sind Zahlen, die für sich sprechen und die zeigen, dass der Tourismus eine enorme wirtschaftliche Bedeutung hat. Insofern ist es einerseits richtig, das zu würdigen. Der touristische Erfolg von Städten ist aber, das muss man auch klar sagen, momentan kein für Hamburg spezifisches Merkmal, sondern gilt genauso für fast alle anderen europäischen Metropolen. Und Hamburg ist, was die Beliebtheit bei Touristen angeht, in Deutschland hinter München verortet, von Berlin ganz zu schweigen mit seinen 25 Millionen Tou-

risten. Insofern muss man unseres Erachtens als Stadt nicht nur selbstverliebt darauf schauen und vielleicht als Regierungspartei in dieser Debatte etwas selbstgefällig betrachten, wo man steht, sondern auch, welche Weichen man noch stellen muss.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Selbstgefällig war das nicht!)

Wo wir gerade beim Nachdenken sind: Es hat, glaube ich, um 15 Uhr noch nie eine Anmeldung gegeben, schon gar nicht der Regierungsfraktion, bei der der Senat noch so stark beim Nachdenken über die Sachlage in einem anderen Bereich war wie bei dieser Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Katja Suding FDP)

Wir finden die touristische Strategie zu sagen, Hamburg setze auf Musicals und habe noch einen zweiten Kulturort, den Hafen, nicht grundfalsch. Aber wir müssen auch einmal über diese Strategie hinausdenken. Wir haben nämlich eine grüne Stadt am Wasser, eine Stadt – das haben wir einmal gemeinsam getragen –, die europäische Umwelthauptstadt war. Und wir brauchen deswegen eine Entwicklung in Richtung eines nachhaltigen Tourismus in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen aus diversen Untersuchungen, dass 31 Prozent der Hamburger ein Interesse daran haben, nachhaltigen Stadttourismus zu betreiben; wir haben das gerade im Ausschuss diskutiert. Es ist nicht so, dass die SPD keine Idee hat, aber es ist nur eine klitzekleine, und zur Strategie muss man sagen, dass sie noch nicht reicht.

Herr Dressel, wenn man das dann weiter dreht – wir haben eine Windmesse, worüber wir uns freuen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

wir wollen eine Hauptstadt der Windenergie werden –

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sind wir schon!)

und das CCH revitalisiert, weil zum Beispiel Kongresse dieser Branche stattfinden, dann könnte man einmal darüber nachdenken, ob es sinnvoll wäre, wenn das CCH am Ende einem Standard der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen entsprechen soll oder kann. Aber die Projektgruppe, die das betreut, ist nicht einmal in der Lage, sich bis jetzt zu diesem Sachverhalt zu äußern. Vor diesem Hintergrund ist das ein bisschen wenig ist. Wenn das CCH und der Metropol- und Kongresstourismus ein wichtiger Baustein der touristischen Strategie ist,

(André Trepoll CDU: Wie viele kommen denn da?)

(Dr. Anjes Tjarks)

dann muss an dieser Stelle nachgesteuert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Martin hat es auch schon angesprochen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt, wenn man sich Hamburg und internationale Besucher anschaut. Hier muss man feststellen, dass wir wahrscheinlich noch hinter Frankfurt und Heidelberg liegen.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Jetzt bauen wir ein Schloss!)

Und wenn man sich Berlin anschaut, dann schafft man es dort auch ohne Großflughafen, mit internationalen Gästen erfolgreich zu sein. Da hat Hamburg noch deutlich Potenzial nach oben, wenn man sich vielleicht nicht nur mit dem Hafen vermarktet.

Ein letzter Punkt zur Frage Wachstum und Stadtverträglichkeit. Sie haben die Studie von Hamburg Marketing zitiert, dass 93 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger den Tourismus verträglich fänden und seine Wirtschaftskraft begrüßten. Wenn man beispielsweise in Spadenland anruft und fragt, ob die Leute den Tourismus an der Reeperbahn stadtverträglich fänden, dann weiß ich nicht, ob man dann eine sinnvolle Antwort bekommt für die Menschen, die am Michel wohnen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Auch Spadenland gehört zu Hamburg!)

– Ja, das ist richtig, aber es betrifft doch ganz konkret die Menschen, die dort wohnen.

Vor diesem Hintergrund muss man sich auch Gedanken darüber machen, wie man es mit der Stadtverträglichkeit und dem Tourismus hält. Ich glaube, diese Diskussion ist am Anfang und nicht am Ende. Eine nachhaltige Tourismusstrategie kann dazu beitragen, das sinnvoll einzubetten. Aber dafür müsste man ein paar Ideen in diesem Bereich entwickeln. – Danke schön.

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Kluth.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt ist die FDP auch für die Taxe! Und für die Seilbahn!)

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* – So viel Vorfriede.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Martin hat völlig zu Recht die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für unsere Stadt hervorgehoben.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Frau Martin hat immer recht!)

Die Hamburger Wirtschaft hat allein mit oder durch den Tourismus eine Bruttowertschöpfung von 7,4 Milliarden Euro generiert. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich die tourismusbezogenen

beziehungsweise die tourismusinduzierten Umsätze in Hamburg nahezu verdreifacht. Das hat natürlich eine enorme Beschäftigungswirkung. Nach einer rückläufigen Entwicklung in den Jahren 2007 und 2008 sind heute wieder knapp 110 000 Menschen im Tourismus beschäftigt. Die Branche leidet unter Fachkräftemangel, Auszubildende sind kaum noch zu finden.

Am deutlichsten wird diese Wachstumsdynamik natürlich an den Übernachtungszahlen. Professor Schmidt-Trenz erzählt mitunter, wie die Handelskammer belächelt wurde, als sie im Jahre 2000 ein Wachstum der Übernachtungszahlen auf 10 Millionen im Jahre 2012 prognostiziert hat. Tatsächlich sind es dann sogar 10,6 Millionen geworden und 2013 sogar 11,6 Millionen. Dazu kommen noch 11,5 Millionen Übernachtungen in Privatquartieren, der sogenannte Sofatourismus, und etwa 110 Millionen Tagestouristen. Da stellt sich nun die Frage, wer eigentlich für diese Wachstumsdynamik verantwortlich ist.

(*Andreas C. Wankum CDU*: Habe ich ja gerade geklärt! – *André Trepoll CDU*: Sagen Sie die drei Buchstaben!)

Einmal ist es natürlich unsere schöne Stadt, das ist logisch, darüber brauche ich keine großen Worte zu verlieren. Dann sind es die vielen Künstler, Kulturschaffenden und Veranstalter, die für ein attraktives Programmangebot verantwortlich sind. Es sind die Hotels und Restaurants, die für ein gutes Beherbergungsangebot und Gastronomieangebot sorgen, es sind der Flughafen, die Verkehrsunternehmen und die Taxiunternehmen, die für den Transport unserer Gäste verantwortlich sind. Und dann ist da der Senat. Der ist zwar für alles Mögliche verantwortlich, aber sicher nicht für die gute Entwicklung im Tourismus.

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

Er ist allenfalls dafür verantwortlich, dass die Kulturschaffenden, die Gastronomen und der Verkehr über Gebühr belastet werden. Von daher ist es auch verwunderlich, wenn die SPD diese Debatte zur Aktuellen Stunde anmeldet.

(Beifall bei der FDP)

Was können Politik und Verwaltung nun tun, um die positive Entwicklung weiter zu unterstützen? Es reicht nämlich nicht, sich auszuruhen; ich nenne folgende Punkte.

Erstens: Hamburg braucht weiterhin neue Hotels. Zurzeit sind etwa 20 neue Hotels mit etwa 3600 Zimmern in Planung. Ich mache mir da keine Sorgen wegen Überkapazitäten.

Zweitens: Wir müssen den Messe- und Kongress-tourismus intensivieren. Dazu bedarf es beim CCH nicht nur einer Revitalisierung des Gebäudes, sondern vor allen Dingen auch des Geschäftsmodells.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Drittens: Wir brauchen eine stärkere Internationalisierung des Marketings. Stadt und Unternehmen müssen sich sprachlich und kulturell noch besser auf Gäste aus dem Ausland einstellen.

(Dorothee Martin SPD: Das machen wir doch!)

Zurzeit liegt der Anteil der ausländischen Besucher bei 23 Prozent. Da ist sicherlich noch deutlich Luft nach oben.

Viertens: Wir müssen die Erreichbarkeit der Stadt mit dem Flugzeug verbessern, denn zurzeit haben wir zu wenige internationale Direktverbindungen und zu wenige Low-Price-Airlines, die Hamburg anfliegen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir brauchen noch eine Staats-Airline!)

Wir müssen die Erreichbarkeit mit der Bahn erhöhen, denn momentan kommen nur 7 Prozent unserer Gäste mit der Bahn. Aber wir müssen auch die Erreichbarkeit mit Bus und Auto verbessern.

Fünftens: Wir müssen bei den Angeboten und auch der touristischen Infrastruktur sicherlich auch die demografische Entwicklung im Blick haben. Zurzeit liegt das Durchschnittsalter des Hamburg-Besuchers bei etwa 44 Jahren, schon 2020 wird es bei etwa 50 Jahren liegen.

Sechstens: Wir brauchen weiterhin neue und innovative touristische Schlüsselprojekte. Stichworte sind sicherlich die Elbphilharmonie, die Erlebniswelt Hafen, sicherlich auch die Seilbahn oder möglicherweise eine Filmstadt Hamburg.

Siebtens: Wir müssen die touristischen Unternehmen und ihre Beschäftigten möglichst unbeeinträchtigt von bürokratischen Lasten wirtschaften lassen. Dazu, das wird Sie nicht überraschen, gehört nach Auffassung der FDP insbesondere eine Abschaffung der Bettensteuer.

Achtens und letztens: Wir müssen mit einer Fachkräftestrategie, also Qualifikation und Zuwanderung zugleich, dafür sorgen, dass die Tourismusunternehmen auch weiterhin genügend Arbeitskräfte finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Hamburg ist nach Berlin und München die Stadt in Deutschland, die am meisten von Touristinnen und Touristen besucht wird. Darauf sind die Wirtschaft Hamburgs und natürlich auch die Politik stolz. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt, und er ist gut für die Binnenkonjunktur.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Der Städtetourismus liegt voll im Trend. Fast jede fünfte Reise in Deutschland geht mittlerweile in eine Stadt. Und wenn man sich die Zahlen nur für den Städtetourismus anschaut, dann liegt Hamburg in Bezug auf Übernachtungen seit 2001 im Ranking ganz vorn. Hamburg profitiert aber, das wurde schon gesagt, vom allgemeinen Trend, und das ist weder der CDU noch der SPD zu verdanken.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Aber der LINKEN!)

Auch nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Umsatzrückgänge und die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Gast-Gewerbe-Industrie wieder erholt. Es ist einer objektiven Entwicklung zu verdanken, dass die Zahlen so gut aussehen.

Museen und Ausstellungen haben erfreulicherweise ein Gästeplus zu verzeichnen, die Kunstmeile Hamburg hatte allein in 2012 1 Million Besucherinnen und Besucher. Die Hamburger Freizeitwirtschaft verzeichnet aber auch sinkende Trends. Dazu zählen Hagenbecks Tierpark und auch die Musicals. Ein Grund können die zum Teil wirklich viel zu hohen Preise sein. Dennoch werden die Musicals in Hamburg als bedeutendster Faktor für die Tourismusindustrie angesehen, mittlerweile hängen circa 1000 Arbeitsplätze daran.

Wer über den Tourismus in Hamburg spricht, der muss meiner Meinung nach auch etwas über die Arbeitsplätze sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es in der letzten Zeit immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Belegschaften und der Stage Entertainment gekommen ist. "König der Löwen", "Phantom der Oper" und auch "Cats" mussten bereits bestreikt werden. Es ging um Auslagerung von Arbeit, um fehlende tarifvertragliche Standards sowie Arbeitsplatzabbau, beispielsweise in den Orchestern. In den 1990er-Jahren haben noch 29 Musikerinnen und Musiker beim "Phantom der Oper" live gespielt, heute sind es nur noch 14.

DIE LINKE fordert einen Tourismus, der gute Arbeit schafft, der ökologisch verantwortbar ist, barrierefrei und sozial gerecht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dorothee Martin SPD)

Sie fordert im Übrigen auch einen Tourismus, der bei den Menschen, die in Hamburg leben, nicht immer das wiederkehrende Gefühl des Genervtseins hinterlässt, wenn mal wieder ein Massenevent stattgefunden hat. Bei aller Gastfreundschaft, aber so manche Veranstaltung ignoriert die Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger.

(Kersten Artus)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden außerdem, dass es sich alle Menschen leisten können sollten, Hamburg zu besuchen. In Deutschland kann sich jedoch fast die Hälfte der Bevölkerung gar keinen Urlaub mehr leisten.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Kultur-Flatrate!*)

Deswegen verlangen wir, dass die Stadt Hamburg mit ihrer Tourismus-Strategie künftig ganz gezielt einen Schwerpunkt auf Familien, Alleinerziehende und Kinder- und Jugendreisen legt. Die Low-Budget-Tour, die Hamburg Tourismus dazu im Internet anbietet, hat mich, ehrlich gesagt, nicht sehr überzeugt. Die Freizeitaktivitäten, die dort angeboten werden, beschränken sich fast ausschließlich auf das billige Einkaufen. Bis man günstige oder kostenlose Angebote für Kinder gefunden hat, muss man schon sehr tief recherchieren. Da ist also noch ein bisschen Nachholbedarf. Und wenn diese Aktuelle Stunde einen Anstoß dazu gegeben hat, dann würde mich das freuen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Martin Bill GRÜNE*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Senator Horch.

Senator Frank Horch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir sprechen immer wieder vom Mittelstand und vom Arbeitsplatzmotor Mittelstand, und die Tourismusbranche ist dafür ein allerbestes Beispiel. Die Wachstumszahlen, die wir insgesamt im Tourismus bezüglich der Übernachtungen zu verzeichnen haben, sind hervorragend. Sie haben sich in den letzten zehn Jahren, wie wir schon gehört haben, fast verdoppelt. Nicht nur das ist das Interessante, sondern wichtig ist auch, dass wir die geschaffenen Arbeitsplätze in dieser Branche jetzt um fast 100 000 aufgebaut haben. Diese Arbeitsplätze haben den besonderen Hintergrund, dass sie nicht verlagerbar sind, sondern dass das Niveau in dieser Branche vom Ungelernten bis zum akademischen Abschluss reicht.

Wenn man nun die wirklich beeindruckenden Zahlen nimmt, dann muss man auch den wirtschaftlichen Faktor herausheben – das haben wir heute schon gehört –, dass es mehr als 6 Milliarden Euro sind, die durch den Tourismus insgesamt in der Stadt bleiben. Dies ist ein Erfolg, der nicht von allein kommt, das ist das Ergebnis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der gesamten Unternehmerschaft und einer mittelständischen oder kleinunternehmerischen Unternehmerschaft und der Stadt. Es ist in erster Linie auch ein Verdienst der Hamburg Tourismus GmbH, einer gut funktionierenden Public Private Partnership im besten Sinne.

(Beifall bei der SPD)

Diese gute Zusammenarbeit ist ein kostbares Gut, das sich auch in den Zahlen deutlich ausdrückt, die wir bewahren und auch weiterentwickeln müssen. Hamburg hat – das wissen wir und haben es heute schon gehört – hervorragende Voraussetzungen, diese Erfolgsgeschichte auch fortzusetzen. Allerdings müssen wir den Versuchungen entgegenwirken, diesen Erfolg als selbstverständlich zu nehmen, und wir müssen weiter alle Anstrengungen unternehmen, für Hamburg auch entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Wenn es immer wieder heißt, Hamburg ist die schönste Stadt der Welt, dann sollte man damit vorsichtig umgehen. Aber es ist schon eine schöne Stadt, für die Aufmerksamkeit in der Welt geweckt werden kann und auch noch weiter geweckt werden muss, denn nur allein von unserer eigenen Begeisterung werden wir die gesetzten Ziele nicht erreichen.

Wir müssen überall in der Welt bei allen sich bietenden Gelegenheiten für Hamburg werben, ob in China, in Amerika oder an anderen Orten. Ein sehr erfolgreiches Beispiel aus dem vergangenen Jahr ist die Reise nach China, an der Unternehmen und Kammern teilgenommen haben und in deren Folge sich Aktivitäten entwickelt haben, die den Tourismus vorangebracht haben. Auch nächste Woche bietet sich mit der ITB in Berlin die allerbeste Möglichkeit, für Hamburg zu werben, und das werde ich dort auch mit großer Begeisterung tun.

(Beifall bei der SPD)

Es ist von Bedeutung, dass wir es beim Tourismus nicht mit einem Einzelplayer zu tun haben, mit einer großen Einzelunternehmung mit Hunderten oder Tausenden Beschäftigten, sondern wir haben es mit mittelständischen Unternehmen zu tun. Deshalb freue ich mich über diese Anmeldung zur Aktuellen Stunde, weil es noch einmal herauszustellen gilt, dass diese krisenresistenten Unternehmen, diese Einzelunternehmen mit jeweils geringen Beschäftigtenzahlen, die sich in der Masse aber eben doch auf Hunderttausend addieren, einen exzellenten Hintergrund der Hamburger Wirtschaft darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Weil dem so ist, haben wir als Senat dieser Branche wirtschaftspolitisch auch eine große Wichtigkeit beigemessen. Wenn wir die Zahlen nehmen, die sich in den letzten 57 Monaten ununterbrochen gesteigert haben, dann ist das nichts, was sich von allein entwickelt hat.

Hamburg ist das Tor zur Welt, und es zeigt sich immer mehr, dass wir auch Touristen aus anderen Ländern nach Hamburg holen können. Inzwischen kommt ein Viertel der Touristen aus dem Ausland. Das entspricht noch nicht dem Ziel, das wir uns gesetzt haben, aber es ist eine erhebliche Steigerung – zwischen 20 und 30 Prozent –, was die letzten Monate angeht.

(Senator Frank Horch)

Meine Damen und Herren! Eine touristisch erfolgreiche Stadt profitiert aber nicht nur in Sachen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, was immer sehr überzeugend dargestellt wird, sie profitiert auch aufgrund der kulturellen Vielfalt, die sich entwickeln kann. Das betrifft auch den gastronomischen Bereich oder die Einkaufsmöglichkeiten, und das in voller Breite, von der Schanze bis zum Neuen Wall. Somit ist dies alles auch ein Ausdruck von Lebensqualität, der den Einheimischen zugute kommt. Die Hamburgerinnen und Hamburger sehen das, wie wir eben schon gehört haben, überwiegend ebenso, das hat eine Umfrage ergeben. Das ist das Fundament dafür, dass wir gemeinsam mit den Hamburgerinnen und Hamburgern die Erfolgsgeschichte ihrer Heimatstadt, was den Tourismus anbelangt, weiter fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch auf einige fundamentale Dinge eingehen. Wir haben es heute schon gehört: Wir werden das dritte Kreuzfahrtterminal bauen. Das ist eine wichtige Entwicklung, eine gute Entscheidung, die wir für den Hafen und den Tourismus treffen. Gerade in diesem Bereich sind wir eine der wichtigsten Destinationen in Nordeuropa geworden. Die Wertschöpfung der Kreuzfahrtschiffahrt liegt nach aktuellem Stand gemäß jüngster Erhebungen bei fast 300 Millionen Euro pro Jahr. Das sind erhebliche Steigerungen, die der Stadt insgesamt zugute kommen. Und alleine in dieser Branche sind 1500 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. AIDA Cruises, um dies kurz zu erläutern, wird ab 2015 den Hamburger Hafen mit Schiffen eines neuen, sehr umweltfreundlichen Typs anlaufen und jede Woche mit 4000 Passagieren an Bord von Hamburg aus in See stechen. Mit diesem neuen Konzept, das einzigartig ist in der Welt, öffnet sich Hamburg als erster Standort in Nordeuropa in dieser Dimension für die Kreuzfahrtschiffahrt.

Wir ruhen uns aber auf all diesen Dingen nicht aus, sondern sind auch auf anderen Feldern aktiv, beispielsweise was den Flughafen angeht. Der Flughafen arbeitet gemeinsam mit HHT an neuen internationalen Direktverbindungen, insbesondere nach Übersee. Das fällt uns, wie wir wissen, aufgrund der großen Flughäfen um uns herum – Amsterdam, Kopenhagen und Berlin – nicht leicht. Aber mit unseren Europaverbindungen stehen wir in Hamburg ganz vorne an. Wir werden diese mit easyJet, Norwegian und Germanwings weiter ausbauen; das läuft sehr erfolgreich.

(Beifall bei der SPD)

Auch andere Dinge wie die Revitalisierung des CCH sind erwähnt worden. Wir ruhen uns auf dem Erfolg nicht aus. Wir werden weiter daran arbeiten und große Anstrengungen auf den Weg bringen, damit diese positive Entwicklung in der Gesamtheit aus touristischer und wirtschaftlicher Entwicklung

weiter und nachhaltig vorangeht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Schmidt.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Jetzt kommt der Bericht aus Mitte!)

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was gibt es Schöneres, als dort zu arbeiten, wo andere Leute Urlaub machen, so wie wir hier in Hamburg?

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Wer macht Urlaub in der Bürgerschaft?)

Wir haben gerade eine sehr gute Bilanz gehört. Herr Horch, unser Senator, sagte es eben: Über 100 000 neue Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft sind in den vergangenen drei Jahren entstanden. Hamburg profitiert, wie schon lange nicht mehr, vom Tourismus. Das liegt auch daran, dass Hamburg in den letzten Jahren massiv in den Tourismus investiert hat und ihn auch fördert. Wir bekommen ein drittes Kreuzfahrtterminal, die CCH-Sanierung ist in Angriff genommen worden, es entstehen zwei neue Musicaltheater und es sind zahlreiche neue Kongresse nach Hamburg gekommen. Ein Beispiel ist der Chaos Communication Congress mit über 8000 Gästen kurz nach Weihnachten. Man muss sich einmal vorstellen, was das an zusätzlicher Auslastung für das CCH bedeutet. All das sind Ergebnisse der sozialdemokratischen Handschrift der letzten drei Jahre.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Schmidt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wankum?

Hansjörg Schmidt SPD (fortfahrend): – Herr Wankum kann sich gerne gleich noch einmal zu Wort melden.

(*Dietrich Wersich CDU:* Er hat doch eine Frage an Sie! Beantworten Sie die Frage dann in einem weiteren Debattenbeitrag?)

Dann zu den Punkten, die genannt wurden. Ich werde auf einige von ihnen eingehen; vielleicht wollte Herr Wankum das auch in seiner Frage machen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist eine Debatte, kein Fernsehvortrag!)

Von der CDU habe ich viel Eigenlob gehört über das, was Sie angestoßen haben. Da fand ich den Beitrag von Herrn Tjarks von den GRÜNEN deutlich selbstkritischer, weil er auch aufgezeigt hat, was in der Vergangenheit alles versäumt worden

(Hansjörg Schmidt)

ist. Ich denke, dass man schon sieht, dass wir ganz aktiv an diesen Punkten arbeiten.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Toller Beitrag! So selbstkritisch!)

Schauen Sie sich einmal an, was die Kultur- und Tourismustaxe für die Hamburger Tourismusbereiche bringt. Es ist nicht nur ein zusätzlicher Werbebeitrag, der geleistet wird. Beim Thema Tourismus ist immer das Wichtigste, dass wir erzählen, wie schön unsere Stadt ist, damit sich die Leute mit Hamburg beschäftigen und dann auch gern hierher kommen. Die Auslandsvermarktung bekommt über 1 Million Euro, das Thema Geschäftsreisende wird einen zusätzlichen Schwerpunkt bilden und über 1 Million Euro erhalten, aber auch durch die konkrete Förderung der Festivals in dieser Stadt – das Reeperbahn Festival zum Beispiel oder das Art Directors Club Festival – wird eine Klientel nach Hamburg gelockt, die massiv Werbung für Hamburg macht. Da sieht man, dass das SPD-Konzept der Förderung in der Breite, was die Werbung angeht, und in der Spitze, was die Festivals betrifft, aufgeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Was war denn jetzt neu an dem Beitrag?)

Das Wichtige daran ist, dass hier viele, viele neue Arbeitsplätze entstehen. An dieser Stelle einmal ein Argument in Richtung LINKE: Das sind häufig Arbeitsplätze, in die man sehr schnell hineinkommt. Die Tourismuswirtschaft ist sehr attraktiv für Quereinsteiger und Berufsanfänger. Es ist gut und richtig, dass hier stark investiert und eine breite wirtschaftliche Basis geschaffen wird, denn das sind Arbeitsplätze, in die man schnell hineinkommt und dann auch sehr gute Aufstiegsmöglichkeiten hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die SPD unterstützt die Tourismuswirtschaft ganz konkret, auch beim Thema Fachkräftemangel. Wenn man sieht, wie viele Arbeitsplätze aktuell zum Beispiel mit Bewerberinnen und Bewerbern aus Spanien besetzt werden, mit jungen Menschen, die in Hamburg die Chance auf einen Arbeitsplatz bekommen, dann ist auch das die Handschrift des SPD-Senats beim Thema Fachkräfte.

Und dann noch ein Punkt zur FDP. Wenn Sie immer wieder auf der Tourismustaxe herumreiten und diese als Bürokratiemonster diskreditieren, will ich Ihnen eines sagen: Sie haben in Ihrer Regierungszeit auf Bundesebene die Flugticketsteuer eingeführt. Fragen Sie einmal den Hamburger Flughafen, welchen Schaden das angerichtet hat, wie viele Hunderttausend Fluggäste weniger unsere Stadt deswegen anfliegen; da kann Ihnen Herr Eggenschwiler vom Flughafen ganz konkrete Zahlen nennen. Solange Sie davon nicht abgerückt sind, sollten Sie beim Thema Tourismustaxe ganz, ganz kleine Brötchen backen.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Satz in Richtung GRÜNE, was das Thema Stadtverträglichkeit des Tourismus betrifft. Natürlich gibt es Probleme, und es ist insbesondere in Hamburg-Mitte ein Problem

(Glocke)

– meine Redezeit ist zu Ende –, aber wenn Sie einmal im Spadenland nach Motorradlärm fragen, dann werden Sie sehen, dass die Leute das durchaus kritisch sehen. Hier geht es darum, in einen Dialog einzutreten, und das tun wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Herr Wankum das Wort.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Kollege Schmidt, um einen anderen Bereich, in dem wir beide tätig sind, zu benennen: Das war ein Rückfall in die analoge Zeit. Die Platte hatte einen Sprung, es wiederholte sich immer wieder.

(*Sören Schumacher SPD*: Jetzt noch Kopfnoten vergeben!)

Welche 100 000 Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren geschaffen worden? In den letzten zwölf Jahren hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze im Tourismus auf gut 100 000 entwickelt.

(*Dietrich Wersich CDU*: Aber nicht in drei Jahren 100 000 neue!)

Dinge wie das Reeperbahn Festival und andere, die Sie genannt haben, sind übrigens auch in unserer Zeit entstanden. Das wollte ich Ihnen nur einmal als kleinen Hinweis geben, damit wir künftig auch dieselbe Basis haben, auf der wir zusammenarbeiten. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Dr. Tjarks das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will einmal auf diese kleine Randfrage eingehen, über die wir heute auch noch zu entscheiden haben, nämlich das dritte Kreuzfahrterminal. Das wird nachher abgestimmt und keiner hat sich getraut, es zur Debatte anzumelden. Da fragt man sich, warum eigentlich nicht. Es gibt noch andere komische Anträge, die nachher zur Debatte stehen. Die SPD hat sogar FDP-Anträge zur Debatte angemeldet.

(Zurufe von der SPD)

– Darüber werden wir dann nachher reden können.

(Dr. Anjes Tjarks)

Aber das dritte Kreuzfahrtterminal haben Sie nun einmal nicht angemeldet, und ich wollte etwas zu der Sachlage sagen, denn es ist schon so, dass wir das, was wir hier erleben, so nicht häufig erleben. Beim dritten Kreuzfahrtterminal geht es um eine in der Sache richtige Entscheidung, aber es droht eine handwerklich schlechte Umsetzung. Wir stehen unter Zeitdruck, und diesen Zeitdruck hat vor allem der Senat verursacht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein!)

Seit mehreren Jahren wird mit AIDA Cruises verhandelt, um dann zu einem Ergebnis zu kommen, wenn – ich zitiere sinngemäß – das Schiff sich quasi schon auf dem Weg nach Hamburg befindet. Dass man dann Zeitdruck hat, ist doch völlig klar. Und dann kommen Sie in den Haushaltsausschuss der Bürgerschaft, ohne konkrete Zahlen vorzulegen, sodass nachgearbeitet werden muss und Herr Meyer der gerechten Niederlage des HSV gegen Bayern beraubt wird, weil er da drüben herumsitzen muss. Gleichzeitig stehen Sie beim Bau unter Zeitdruck. Alle Experten, die sich damit beschäftigt haben, sehen ein Problem in der bisherigen Planungstiefe des Gebäudes. Sie warnen vor drohenden hohen Nachforderungen, weil die notwendige Planungstiefe überhaupt noch nicht erreicht sei. Ein Kreuzfahrtterminal ist zwar nicht so kompliziert zu bauen wie die Elbphilharmonie, aber das Grundproblem ist dasselbe. Vor diesem Hintergrund werden wir uns bei der Abstimmung enthalten, weil zwar inhaltlich die richtige Entscheidung getroffen wird, sie handwerklich aber schlecht gemacht ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Eine mutige Enthaltung!)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, kommen wir zum zweiten Thema, angemeldet von der CDU-Fraktion:

**Nehmerland im Länderfinanzausgleich,
Wirtschaftskraft sinkt – Senat muss
Alarmzeichen erkennen**

Es beginnt Herr Dr. Heintze.

Dr. Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte eben hat schon gezeigt, wie die SPD mit den drängenden Fragen der Stadt umgeht. Es wird stundenlang dargestellt, welche Zahl man wie betrachten könnte, um ein Erfolgserlebnis zu produzieren, aber eigene Vorstellungen, wie dieser Bereich weiterentwickelt werden könnte – Fehlanzeige.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja Quatsch!)

Wir haben es beim Tourismus exemplarisch mit einem der wenigen Bereiche zu tun, bei denen der wirtschaftspolitische Puffer, den wir in dieser Stadt geschaffen haben und dem Sie innerhalb von drei Jahren mit Bravour die Grundlage entzogen haben,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach so!)

noch nicht aufgebraucht ist. Dennoch lassen Sie keinerlei Anzeichen erkennen, diesen Bereich weiterentwickeln zu wollen.

(Beifall bei der CDU – Dorothee Martin SPD: Sie sollten mal zuhören!)

Ich nenne Ihnen Beispiele. Es gibt Probleme beim Versicherungsstandort – Abwanderung –, beim Medienstandort – er wackelt – und im maritimen Sektor, wo der Senat komplett ohne Plan ist. Die Probleme sind da und werden nicht angegangen. Hamburg tritt auf der Stelle, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, und das ist eine sehr gefährliche Situation.

(Beifall bei der CDU)

Das erste Signal dafür ist der Länderfinanzausgleich. Wir werden für 2013 87 Millionen Euro erhalten. Wir sind seit 1994 erstmals kein Geberland mehr und sind zum dritten Mal in der gesamten Nachkriegsgeschichte Nehmerland. Hinzu kommen erstmalige Bundeshilfen in Höhe von 42 Millionen Euro. Wenn Sie dieses Warnsignal nicht erkennen wollen, dann verstehe ich nicht, wie Sie in dieser Stadt verantwortungsbewusst Politik machen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Nun wird der Senator sagen, das könne man so nicht sehen, es sei kompliziert, und er wird wieder stundenlang erklären, was daran kompliziert ist. Ich stimme mit ihm überein, dass näheres Hinsehen lohnt, aber nicht auf die Probleme des Finanzausgleichs, sondern auf die wirtschaftlichen Rahmendaten, die zu dieser Nehmersituation führen.

Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätiger in Hamburg sinkt: minus 1 Prozent. Die Produktivität der Wirtschaft sinkt also, und wenn man sich den Bundesvergleich anschaut, dann braucht man nicht den Länderfinanzausgleich zu bemühen, dann sieht man sehr deutlich, dass Hamburg hier eine Position einnimmt, die keine Spitzenposition ist, sondern ganz im Gegenteil: Hamburg lahmt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Nächste ist die Anzahl der Insolvenzen in 2013, rund 1000. Wissen Sie, wie viele Insolvenzen wir auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2009 hatten? 764. Wenn wir auf den Bundesvergleich schauen, zum Beispiel nach Berlin, dann sehen wir, dass dort die Zahl der Insolvenzen kontinuierlich gesunken ist. Das bedeutet, dass Hamburg auch hier deutlich lahmt. Das sind Warnsignale,

(Dr. Roland Heintze)

die Sie ernst nehmen sollten, anstatt sich am Strohalm der Tourismuswirtschaft festzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das entscheidendste Warnsignal – ich weiß nicht, ob das wirklich Grund zum Amüsement ist – sind die Arbeitslosenzahlen. Wir haben Anfang 2014 mit 7,9 Prozent einen Höchststand erreicht. Überall in der Bundesrepublik, außer in NRW und Hamburg, ist allerdings ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Liebe SPD, dieses Thema ist Ihnen zu Recht wichtig, aber erklären Sie mir doch bitte einmal, wie das zustande kommt, wenn das nicht mit der lahmen Wirtschaft in dieser Stadt zu tun hat.

(Beifall bei der CDU)

Noch schlimmer ist es bei der Steuerkraft pro Einwohner. Da haben wir 2008 noch 175 Prozent des Bundesdurchschnitts gehabt, heute sind wir bei 148 Prozent des Bundesdurchschnitts. Das sind immer noch stabile Werte, aber es ist ein ganz deutliches Signal. In Hamburg steigt die Arbeitslosigkeit, die Steuerkraft pro Kopf nimmt ab, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nimmt zu. Diese Stadt lahmt, und das können wir uns als wachsende Stadt nicht leisten. Hier müssen wir dringend gegensteuern.

(Beifall bei der CDU)

Nur, das Problem sitzt auf der Senatsbank. Die sind nicht zum Gegensteuern angeheuert, die sind zum Verwalten da, und verwalten tun sie. Aber in einer solchen Situation reicht es nicht zu verwalten. Sie müssen anfangen zu gestalten, wenn Sie die Arbeitsplätze und die Unternehmen in dieser Stadt sichern wollen. Da herrscht leider totale Fehlanzeige.

(Beifall bei der CDU)

Es war immer ein Markenzeichen der CDU-Senate, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Stadt wirtschaftspolitisch stabil hält und wachsen lässt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben immer gedacht, nie gehandelt!)

Das ist uns gut gelungen. Ich kann Sie an dieser Stelle nur auffordern: Beenden Sie den Nehmerstatus im Länderfinanzausgleich, handeln Sie. Machen Sie diese Stadt wirtschaftlich so stark, wie sie sein muss, damit die Menschen hier gut leben können, und hören Sie auf, einfach nur zu verwalten, sondern gestalten Sie.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heintze, als ich den Titel Ihrer Anmeldung "Nehmerland im Länderfinanzausgleich, Wirtschaftskraft sinkt" gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob Sie sich neuerdings auf ADAC-Befragungen stützen,

(Beifall bei der SPD – André Trepoll CDU: Wechseln Sie mal den Rhetorikkurs!)

so absurd ist es, vom Länderfinanzausgleich auf die Wirtschaftskraft eines Landes zu schließen. Sie müssten es doch besser wissen, Herr Heintze. Der Länderfinanzausgleich ist Teil eines mehrstufigen Systems der Steuerverteilung in Deutschland und kein Indikator für die tatsächliche Leistungsfähigkeit und Wirtschaftskraft eines Landes. Es geht vielmehr darum, die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen auszugleichen. Kennzahlen für die Entwicklung der Wirtschaftskraft sind das Bruttoinlandsprodukt, die Erwerbstätigkeit und die Entwicklung von Löhnen und Gehältern. Sie picken sich Zahlen heraus, die Ihnen ins Bild passen, und ignorieren, wie die Entwicklung tatsächlich ist.

Die Löhne und Gehälter sind in den letzten Jahren in Hamburg kontinuierlich gestiegen, 2012 um 4,8 Prozent, für 2013 werden 3,5 Prozent erwartet.

(Birgit Stöver CDU: Es gibt aber auch andere Zahlen!)

Beide Daten sind besser als der Bundesdurchschnitt.

Die Erwerbstätigkeit ist in Hamburg um fast 2 Prozent in 2012 und um 1,1 Prozent in 2013 gestiegen. Auch mit diesen Werten stehen wir doppelt so gut wie der Bundesdurchschnitt da.

(Beifall bei der SPD)

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Hamburg 2012 um 1,2 Prozent gestiegen, die Werte für 2013 liegen erst im April vor. Das zeigt, wie unseriös die CDU-Unterstellung einer sinkenden Wirtschaftskraft in Wirklichkeit ist, zumal die Zahlen der ersten Quartale 2013 darauf hindeuten, dass Hamburg erneut wächst, und zwar auch hier deutlich stärker als der Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen sei angemerkt, Herr Heintze, dass in den gut neun Jahren der CDU-Regierungstätigkeit das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg um gut 7 Prozent hinter der Entwicklung im Bundesdurchschnitt zurückgeblieben ist, seit dem Regierungswechsel 2011 Hamburg aber wieder über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei der SPD)

Das alles zeigt zwei Dinge: Erstens kann die CDU Wirtschaft nicht besser und zweitens hat der Länderfinanzausgleich nichts mit der tatsächlichen

(Jan Quast)

Wirtschaftskraft zu tun. So polemisch, wie Sie die Bezeichnung "Nehmerland" oft nutzen, so falsch ist sie in Bezug auf Hamburg. Ich will Ihnen das gerne erklären, um Ihnen aus Ihrer selektiven Wahrnehmung herauszuhelfen. Das wird allerdings etwas fachlich.

Der Länderfinanzausgleich ist nur die dritte von vier Stufen der Steuerverteilung in Deutschland. Die erste Stufe umfasst die Umsatzsteuerverteilung. Diese erfolgt zunächst nach Einwohnerzahl. Danach aber werden zugunsten der besonders steuerschwachen Länder zulasten der steuerstarken Länder zusätzliche Ergänzungsanteile verteilt. Hamburg hat als steuerstarkes Land 2013 hier zusätzlich fast 250 Millionen Euro aufgebracht.

(Wolfgang Rose SPD: Hört, hört!)

Der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne, auf den Sie mit Ihrer politischen Rosinenpickerei allein zielen, hat aber nur den Zweck, die Finanzkraft in Deutschland auszugleichen. Hier sind für 2013 wahrscheinlich 87 Millionen Euro fällig. Das hat aber insbesondere damit zu tun, dass der Finanzausgleich wirkt, dass nämlich vor allen Dingen die Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Berlins wächst, es also eine Angleichung der Finanzkraft in Deutschland gibt. Das heißt,

(Dietrich Wersich CDU: Dass wir Geld bekommen!)

dass im Vergleich zur Finanzkraft aller Länder die Finanzkraft der westdeutschen Länder sinkt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Sodass wir Geld bekommen!)

Fazit bleibt, Herr Wersich: Unterm Strich hat Hamburg 2013 rund 160 Millionen Euro im horizontalen Finanzausgleich für die anderen Länder beigetragen. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist und bleibt ein Land mit überdurchschnittlicher Wirtschaftskraft, welches deshalb seinen solidarischen Beitrag im Konzert der Länder leistet. Beides, große Wirtschaftskraft und Solidarität, ist gut.

(Beifall bei der SPD – Birgit Stöver CDU: Deswegen Nehmerland ist!)

Meine Damen und Herren! Ich bedaure es sehr, dass die CDU den Länderfinanzausgleich in dieser Form zum Thema gemacht hat. Dadurch, dass Sie dieses Thema populistisch aufgreifen, verkürzt darstellen und versuchen, aus dem Begriff "Nehmerland" ein politisches Stigma zu machen, spielen Sie Bayern und Hessen in die Hand – zum Schaden Hamburgs. Sie stellen damit nämlich das Prinzip der Solidarität unter den Ländern infrage, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist jetzt ein bisschen kühn, oder?)

Hamburg ist aber gerade bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung steht, auf die Solidarität aller Länder angewiesen, denn wir haben mit dem Stadtstaatenprivileg bei der Einwohnerwertung viel zu verlieren. Wir brauchen also Verbündete. Was wir nicht gebrauchen können, ist ein Missbrauch dieses Themas für die politische Profilierung einer Oppositionspartei.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Länderfinanzausgleich ist ein Thema, bei dem selbst Spezialisten und Finanzexperten so manches Mal die Wirkungsmechanismen nicht ganz durchschauen oder Probleme haben zu erklären, was dort eigentlich passiert und warum es passiert. Das ist sicherlich so. Aber letztendlich hat sich in den letzten Jahren die Berechnung des Länderfinanzausgleichs nicht geändert, und das, was Sie angeführt haben, Herr Quast – ein Großteil des Steueraufkommens in Hamburg wird umverteilt und Ähnliches –, war natürlich auch in all den Jahren so, als Hamburg ein Geberland war. Insofern haben Sie zwar dargestellt, wie kompliziert der Finanzausgleich ist und wie schwer zu erklären, aber warum Hamburg in Ihrer Regierungszeit von einem Geber- zum Nehmerland geworden ist, dafür haben Sie nicht einmal ansatzweise eine Erklärung geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Wir haben es dabei mit einem Effekt zu tun, wo es nicht darum geht, dass die Wirtschaftskraft Hamburgs real sinkt, denn letztlich geht es nicht um die Wirtschaftskraft – da gebe ich Ihnen recht, Herr Quast –, sondern es wird einzig und allein auf die Einnahmeseite geguckt und dann umverteilt. Die Situation ist einfach die – und da muss man sich schon die Frage stellen, was da eigentlich passiert –, dass die Einnahmen in Hamburg nicht so stark steigen wie in anderen Bundesländern. Nur das ist der Grund, warum Hamburg am Ende zum Nehmerland wird. Natürlich ist es so, dass die ostdeutschen Länder aufholen, aber das betrifft die anderen Geberländer genauso, die sich in der Rangfolge nicht verändern.

Wir haben die Situation, dass die Menschen verstärkt vom Land in die Städte ziehen, aus den Flächenländern in die Ballungszentren hinein, und gleichzeitig Einwohnerzahl und Steuereinnahmen wichtige Faktoren beim Länderfinanzausgleich sind. Es ist aber sehr deutlich, dass Hamburg nicht mehr so stark von diesem Trend profitiert wie in

(Jens Kerstan)

der Vergangenheit. Es stellt sich in der Tat die Frage, woran das liegt und was Politik tun kann, um das zu ändern. Wir haben den Eindruck, dass dieser Senat mit seiner Parole "Ohne den Hafen ist Hamburg nichts" und der Strategie, einzig und allein auf den Hafen zu setzen,

(Hansjörg Schmidt SPD: Da haben Sie eben bei "Tourismus" etwas nicht mitbekommen!)

genau auf den Bereich gesetzt hat, der in den letzten Jahren die größten Probleme hatte. Wir haben immer noch die Schifffahrtskrise, obwohl der Rest der Wirtschaft läuft. In dieser Stadt ist insbesondere die Schiffsfinanzierung ein riesenproblem, und der Senat liefert nicht einmal ansatzweise Antworten, wie die HSH Nordbank – unser aller Lieblingsbank, mit der wir uns seit Jahren beschäftigen – und die große Schiffsfinanzierungsbranche neben dieser Bank wieder auf einen grünen Zweig kommen können. Wir finden es nicht falsch, dass Sie sich mit dem Hafen beschäftigen, aber der Hamburger Hafen braucht ein neues Geschäftsmodell und die Schiffsfinanzierung braucht ein neues Geschäftsmodell. Und in diesem Bereich gibt es von diesem Senat keine Antworten. Auch das ist ein Grund, warum Hamburg im relativen Vergleich zu anderen Bundesländern zurückfällt.

Wenn Hamburg bei einem so wichtigen Bereich wie dem Hafen keine Antworten hat, wäre es umso wichtiger, in anderen Bereichen Initiativen zu sehen, mit denen der Senat wirtschaftliche Akzente setzen will. Denn unsere Stadt hat nie nur auf den Hafen gesetzt,

(Arno Münster SPD: Ihr habt doch das Geld aus dem Hafen genommen!)

sondern sie hatte immer auch andere starke Bereiche, die von der Wirtschaft und vom Senat gefördert wurden. Und dieser Senat konzentriert sich auf seine Wahlversprechen, die im Wesentlichen Ausgaben im Betriebshaushalt sind, aber Initiativen, die Wirtschaftskraft dieser Stadt zu stärken, sind Fehlanzeige. Das ist in der jetzigen Situation eindeutig zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Die Welt entwickelt sich weiter, Stichwort Globalisierung und Wissensgesellschaft, und Wissen ist einer der größten Faktoren der Wirtschaftskraft. Aber dieser SPD-Senat in Hamburg hat einen Blick auf die Globalisierung, als ob diese Hamburg nur insofern beträfe, dass ein paar Container mehr oder weniger nach Hamburg kommen. Das ist ein fundamentaler Fehlschluss und einer der Gründe, warum Hamburg sich in diesen Jahren nicht so gut entwickelt, wie es sich entwickeln könnte. Deshalb, Herr Bürgermeister, hat das auch etwas mit Ihnen zu tun, denn bei Ihnen kann man kein Bild der Zukunft Hamburgs erkennen. Man kann kein Bild er-

kennen, wo die Reise hingehen soll, außer das, worauf Hamburg in der Vergangenheit gesetzt hat, und das ist in einer sich rapide verändernden Welt, in der wir uns befinden, eindeutig zu wenig. Wir haben noch Möglichkeiten, gegenzusteuern, aber damit müssten Sie jetzt einmal anfangen. Man bräuchte einmal eine Antwort von Ihnen und ein Bild, wohin die Reise gehen sollte. Das ist in der Tat etwas, was wir hier einfordern müssen und wo die Politik in dieser Stadt Antworten geben muss. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirklich überrascht wird wohl niemand darüber gewesen sein, dass Hamburg im Länderfinanzausgleich inzwischen vom Geberland zum Nehmerland geworden ist. Ob allerdings die CDU-Fraktion sich wirklich einen Gefallen damit getan hat, das heute hier zum Thema anzumelden, möchte ich doch stark bezweifeln, denn wenn man sich die Zahlen anschaut, sinkt schon seit 2006 und damit zwei Jahre nach Beginn der Alleinregierung der CDU die relative Finanzkraft der Stadt Hamburg, also die Finanzkraft der Stadt im Vergleich zu anderen Bundesländern. Sie sank in den Zeiten der Regierung kontinuierlich: 2006 lag die relative Finanzkraft noch bei 115 Prozent, und 2010, in dem Jahr, als die schwarz-grüne Koalition zerbrach, lag sie nur noch bei 102 Prozent. Liebe Kollegen von der CDU, den erhobenen Zeigefinger nehmen wir Ihnen hier nicht wirklich ab. Die Schieflage haben auch Sie maßgeblich mit zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ein Grund zur Freude für die SPD kann das natürlich nicht sein, denn die SPD hat diese Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht stoppen können. Sie haben nichts entgegengesetzen können, das hätten Sie aber tun müssen. 2013 ist Hamburg erstmals seit 19 Jahren wieder Nehmerland im Länderfinanzausgleich im engeren Sinne und fällt damit sogar hinter unser Nachbarland Niedersachsen zurück. Lieber Herr Quast, auch die Einbeziehung der Umsatzsteuer und all Ihre Erklärungen, die Sie hier abgegeben haben, ändern überhaupt nichts daran, dass sich die Finanzkraft der Stadt dramatisch verschlechtert hat. Kein anderes Bundesland hat seit 2006 einen derart großen Verlust an relativer Finanzkraft hinnehmen müssen wie Hamburg, und dafür tragen sowohl die SPD als auch die CDU Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

In der Vergangenheit wurde versäumt, entsprechend gegenzusteuern und wirkungsvolle Maßnah-

(Katja Suding)

men zur Stärkung der Finanzkraft Hamburgs einzuleiten, und das, obwohl die Entwicklung doch absehbar war. Aus Sicht der FDP-Fraktion sind zwei Ziele zu verfolgen: die Stärkung der Finanzkraft der Stadt Hamburg auf der einen Seite und die Reform des Länderfinanzausgleichs auf der anderen Seite. Zu beiden möchte ich ein paar Worte sagen. Klar ist, dass die Steuereinnahmehasis der Stadt maßgeblich von der Wirtschaftskraft Hamburgs und damit auch von den hier angesiedelten Unternehmen abhängt. Nur mit einer mittelstandsfreundlichen Wirtschaftspolitik kann die Finanzkraft der Stadt nachhaltig verbessert werden. Die Stadt muss Unternehmensansiedlungen oder auch -erweiterungen schnell und unkompliziert möglich machen, und sie muss ihnen mehr Gewerbe- und insbesondere Industrieflächen zur Verfügung stellen. Da hat die Stadt großen Nachholbedarf; das weiß jeder, der sich einmal mit Unternehmern in dieser Stadt unterhalten hat.

Und noch ein Alarmsignal: Hamburg ist eines von drei Bundesländern, in denen die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt, und das hat konkrete Konsequenzen für die Steuereinnahmen. Wie aus einer Anfrage meines Kollegen Dr. Kluth hervorgeht, kam es durch die Insolvenzen in den letzten drei Jahren zu Steuerausfällen in Höhe von 720 Millionen Euro. An diesem Beispiel zeigt sich auch, wie eine verfehlte Wirtschaftspolitik sich auf die Einnahmen der Stadt auswirkt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass es einhellige Meinung im Haus ist, dass der Länderfinanzausgleich in der Form, wie er jetzt besteht, in Zukunft nicht mehr sein kann. Niemand von uns ist wohl mit den Ergebnissen der vergangenen Föderalismuskommission wirklich zufrieden. Deshalb stehen auch gerade CDU und SPD in einer besonderen Verantwortung. Sie verfügen über entsprechende Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat, um eine Reform auch wirklich umzusetzen. In seiner jetzigen Form bietet der Länderfinanzausgleich den Bundesländern viel zu geringe Anreize, die eigene Wirtschafts- und Finanzkraft zu steigern oder wenigstens zu erhalten. Doch genau diese Anreize brauchen wir, damit positive wirtschaftliche Entwicklungen und auch die Sparsamkeit im Umgang mit den eigenen Mitteln belohnt und nicht auch noch bestraft werden.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem müssen wir den Abbau von Doppelzuständigkeiten und Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern sowie den Ausbau der Finanzautonomie der Länder endlich klar in den Fokus nehmen. Wir sprechen uns schon seit Längerem für eine stärkere Budgethoheit der Länder aus. Die Länder brauchen die Möglichkeit, über entsprechende Hebesätze auf die Einkommen- und Körperschaftsteuern Einfluss auf ihre Einnahmen neh-

men zu können. So würde die Verantwortung sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen in einer Hand liegen.

Fazit: Die SPD sollte aus den Fehlern der CDU lernen und endlich Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt Hamburg zu steigern. Darüber hinaus sollten wir in der Bürgerschaft und auch in den Ausschüssen über mögliche Ansätze zu einer Reform des Länderfinanzausgleichs beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heintze, nach den Erfahrungen, die wir mit der CDU in dieser Stadt gemacht haben, gehört schon eine ziemliche Portion Mut dazu, sich hier als haushalts- und wirtschaftspolitischer Star zu empfehlen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen, weil es in der nächsten Zeit durchaus eine wichtige Debatte sein könnte. Welche Erfahrungen haben wir in den letzten Jahren diesbezüglich gemacht? Ihr eigener Bürgermeister, Herr Ole von Beust, hat damals darauf hingewiesen, dass der Haushaltsausgleich im Jahre 2007 nur durch Taschenspielertricks – er nannte das kreative Bilanzierung – möglich gewesen war. Wir können uns gemeinsam daran erinnern, dass das HSH-Desaster, das gerade in diesen Tagen wieder eines der großen Probleme für diese Stadt geworden ist, im Wesentlichen aus Ihrer Feder stammt. Wir stellen fest, dass Sie im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie im Wesentlichen die Verantwortung tragen müssen, und wir haben auch eine riesige Bilanz, welches öffentliche Eigentum in Ihrer Zeit massiv verschleudert worden ist. Dementsprechend geht es nicht, sich hier in dieser Form zu profilieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Da gibt es dann auch keine Einheit der Opposition in irgendeiner Form, obwohl ich natürlich die SPD jetzt nicht aus dem Schlamassel herauslassen will, in dem sie durchaus steckt.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Ach, die Sätze waren eben so schön!)

Was ist denn das Hauptproblem, dem wir gegenwärtig gegenüberstehen? Das müssen wir einmal versuchen zu bilanzieren. FDP, SPD und die GRÜNEN, damals noch die GAL, haben gemeinsam beschlossen, die Schuldenbremse in der Hamburger Verfassung zu verankern,

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

und haben gesagt, das sei eine großartige Entwicklung. Vielleicht haben die SPD und die GRÜNEN damals noch gehofft – wie ich vielleicht auch –, dass wir in der Lage sein werden, die Einnahmesituation in dieser Stadt zu verbessern, was im Wesentlichen nur über die Bundesregierung möglich ist. Alles andere, was Sie dort gemacht haben, und das können wir uns gegenwärtig im Zusammenhang mit der Haushaltspolitik ansehen, ist unverantwortlich: nicht die Einnahmen zu verbessern, aber auf jeden Fall die Schuldenbremse einzuführen und damit die Handlungsfähigkeit der Stadt zu beschränken. Das stellen wir zurzeit dramatisch fest bei der Aufstellung des Haushalts in den einzelnen Bereichen. Was ist denn gegenwärtig los, wenn wir uns das genau angucken?

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das tut weh!)

Wir haben in den Bezirken und den Behörden die Situation, dass öffentliche Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden, weil die Kürzungen dazu geführt haben, dass Stellen weggefallen sind. Das können Sie gegenwärtig an verschiedenen Punkten feststellen. Wir haben eine gemeinsame Sitzung aller Fraktionen mit den sozialen Trägern gehabt. Die Diakonie als großer sozialer Träger in dieser Stadt hat dargestellt, dass sie die öffentlichen Aufgaben nur noch wahrnehmen könne, wenn sie entweder Tarifflicht begehe, weil sie durch die Beschränkung nicht mehr in der Lage sei, ihre Aufgaben zu erfüllen, oder wenn sie sich auf die Aufgaben beschränke, die dringend notwendig seien. Das haben wir gemeinsam festgestellt.

Das dritte Wichtige, und das ist für die Haushaltspolitik und die Wirtschaftspolitik eines Senats entscheidend: Die Infrastrukturprobleme, die wir schon in der Stadt haben – da braucht man sich nur den Hafen oder die Brücken anzuschauen –, bauen wir gegenwärtig noch mehr auf, weil die Stadt für Infrastruktur nicht ausreichend Geld zur Verfügung stellt. Die Probleme dieser Stadt werden kräftig wachsen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Maßnahme der SPD dazu ist nicht, eine Idee vorzustellen, wie man das verändern könnte, sondern in schlechter Manier der Controller werden alle gleichmäßig beschränkt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt doch gar nicht!)

Der Senat beschränkt die Ausgaben auf 0,88 Prozent für alle außerhalb und 1,5 Prozent für alle innerhalb der Behörden. Das sind die Maximen, die im Wesentlichen dort existieren, und das fräst durch alle Bereiche des Haushalts, wie Sie gegenwärtig in der Haushaltsaufstellung merken.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist falsch!)

Das ist die Art und Weise, wo wir dann und wann vielleicht einmal etwas für die Stadtteilkultur bekommen, aber nur dann und wann. Das ist die Art und Weise, wie Sie das machen, und das ist eine schlechte Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei vielen Sachen, die eben debattiert worden sind – ich will nicht auf alle Aspekte eingehen, aber es ist natürlich richtig, dass wir ein großes wirtschaftliches Problem in dieser Stadt haben –, vermisste ich den Senat in seiner Lautstärke. Gegenwärtig können wir viele Insolvenzen feststellen. Wir haben eine Schifffahrtskrise, die dramatisch ist. Zwar hat es in der gegenwärtigen Situation im Wesentlichen die privaten Dummköpfe erwischt, die dort irgendwelche Papiere gezeichnet haben und deren Geld jetzt weg ist. Die waren ein bisschen naiv und sind gelinkt worden, wie in mehreren Prozessen vielfach dargestellt wird. Aber wir haben die Situation, dass das weiter voranschreitet. Wir haben schon eine riesige Summe Geld für Hapag-Lloyd investiert, und wir brauchen eine Perspektive, wie wir dieses Problem lösen. Daran fehlt es, nur durchfusseln allein reicht nicht. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Länderfinanzausgleich, das ist schon erwähnt worden, gehört zu den komplizierteren Rechenwerken in den Bundesländer-Finanzbeziehungen. Die Steuereinnahmen von Ländern und Kommunen werden dabei über mehrere Stufen so verteilt, wie es einem Finanzbedarf entspricht, der sich aus der Einwohnerzahl und einigen weiteren Annahmen ergibt. Bei der Verteilung der Steuern ist Hamburg keinesfalls Nehmerland, auch nicht 2013, sondern Hamburg ist unter Berücksichtigung der Umsatzsteuerverteilung mit rund 250 Millionen Euro und erst recht bei der Zerlegung von Lohn- und Körperschaftsteuer mit 1,8 Milliarden Euro eines der größten Zahlländer. Die Zerlegung der Lohn- und Körperschaftsteuer nimmt übrigens von Jahr zu Jahr zulasten Hamburgs zu. Auch wenn man sich nur auf die dritte Stufe des Länderfinanzausgleichs beschränkt – und das haben Sie getan, Herr Heintze –, bewegt sich die Entwicklung nur auf dieser Stufe seit 2011 eher an der Grenze zwischen Zahler- und Nehmerland und ist dabei vor allem geprägt von der positiven Einwohnerentwicklung Hamburgs, die in der Logik des Finanzausgleichs völlig unabhängig von der Wirtschaftskraft einen höheren Finanzbedarf begründet.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Nun hat Frau Suding schon darauf hingewiesen, dass der eigentliche Einbruch an dieser Stelle in den Jahren 2006 bis 2010 stattgefunden hat. In diesem Zeitraum ist der Wert der Ausgleichszahlung von 600 Millionen Euro 2006 auf knapp 70 Millionen Euro eingebrochen. Das war in der Tat ein bemerkenswerter Effekt.

(Dietrich Wersich CDU: In der Krise 2009/2010, ja, da hatten wir auch eine Krise!)

– Ich erkläre es gerade.

Das war ein Effekt, der als Hinweis auf eine ganz schlechte wirtschaftliche Entwicklung gedeutet werden kann. Die Zahlen haben wir Ihnen genannt, schauen Sie dazu noch einmal in die Anfragen: 2006 über 600 Millionen Euro, 2010 rund 70 Millionen Euro. Das ist ein herber Einbruch auf dieser Stufe, und den kann man in der Tat als einen Hinweis auf eine problematische Entwicklung in diesen Jahren interpretieren. Um das aber besser beurteilen zu können, lohnt sich der Blick – Herr Heintze, und das haben Sie getan – auf einen besseren, direkteren Indikator für die Wirtschaftskraft, nämlich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Das ist 2011 und 2012 in Hamburg in gleichem Maße gewachsen wie die gesamtdeutsche Wirtschaft. Nun zitieren Sie hier plötzlich Zahlen von 2013, die außer Ihnen wohl keiner kennt. Ich würde mich stark wundern, wenn 2013 auf einmal ein Einbruch im Bruttoinlandsprodukt in Hamburg verzeichnet worden wäre. Unsere bisherigen Daten zeigen dies nicht.

Deutlich schlechter als die gesamtdeutsche Entwicklung war in der Tat die Entwicklung der Hamburger Wirtschaft in den Jahren 2006 bis 2010. Das lässt sich alles nachlesen in der Anfrage, die wir der FDP-Fraktion beantwortet haben. Nun weiß ich nicht, ob Sie diese Entwicklung 2006 bis 2010 dem damaligen Senat vorwerfen wollen. Ich wäre zurückhaltend, weil man sich klarmachen muss, dass die Senatspolitik die regionalwirtschaftliche Entwicklung mit ihren starken Verflechtungen zur deutschland- und weltweiten Konjunktur nur begrenzt beeinflussen kann, und in diese Jahre fällt auch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Aber wenn Sie das dem früheren Senat vorwerfen wollen, dann müssen Sie das unter sich ausmachen.

(Beifall bei der SPD)

Nach unserer Einschätzung – und wir haben uns in der Finanzbehörde durchaus schon Gedanken gemacht, wie unsere Steuerentwicklung in diesen Jahren zu beurteilen ist – hat dies etwas mit der sehr unterschiedlichen Entwicklung einzelner Branchen zu tun. Vor allem die Entwicklung der ertragsabhängigen Steuern in der Mineralöl-, Banken- und Versicherungswirtschaft lässt dies vermuten.

Aber um es für die Aktuelle Stunde zusammenzufassen: Hamburg ist in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen kein Nehmer-, sondern das wirt-

schaftsstärkste Zahlerland. Die Wirtschaftskraft sinkt auch nicht, sondern sie steigt, und wir sollten uns alle darum kümmern, dass dies auch so bleibt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Wersich.

(Arno Münster SPD: Da hat er seine Brille abgenommen!)

Dietrich Wersich CDU: – Genau, die Brille nehme ich ab. Ich glaube, das ist an der Zeit.

Wenn man sich die guten Entwicklungen in der Stadt anschaut wie beispielsweise im Tourismus, die wir beim ersten Thema der Aktuellen Stunde debattiert haben, dann tut man auch gut daran, ebenso die kritischen Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Herr Tschentscher, Sie haben als Finanzsenator mit Schützenhilfe von Herrn Quast noch einmal erklärt, wie der Länderfinanzausgleich funktioniert,

(Wolfgang Rose SPD: Genau!)

aber Sie haben im Grunde genommen wieder nicht erklärt, warum Hamburg zum Nehmerland geworden ist. Aber um diese Sorge geht es. Wenn Hamburg mit einem Wachstum von 1,68 Prozent pro Steuerpflichtigem am Ende aller Bundesländer der Republik liegt, während der Durchschnitt bei 5 Prozent liegt und andere Länder bei 8 Prozent, und wenn wir sehen, dass die Metropolregion Hamburg gegenüber anderen Metropolregionen in Deutschland – Stuttgart, Frankfurt oder Münchener Raum – unterdurchschnittlich wächst, dann ist das ein Grund, genauer hinzuschauen. Wir hatten 2001, als die CDU mit dem Motto "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" angetreten ist, noch die Situation, dass wir ungläubig belächelt worden sind. Wie kann man so etwas noch machen? Wir kamen aus einer Zeit, in der von der Unregierbarkeit der Städte die Rede war und wie man da Wachstum proklamieren könne. In diesen Jahren bis zur Krise 2009 ist unter diesem Leitmotto aus Hamburg eine Stadt des Booms geworden, nicht nur im Tourismus, sondern auch in vielen anderen Bereichen, weil es eine sehr engagierte Wirtschaftspolitik gegeben hat, die auf die Stärken Hamburgs gesetzt und unsere Metropolfunktion ausgebaut hat.

(Beifall bei der CDU)

Das hat der Bürgermeister auch anerkannt. Herr Scholz hat in seiner Übersee-Club-Rede gesagt, die Stadt wachse und wir müssten die Folgen des Wachstums bewältigen. Genau da liegt aus meiner Sicht die Problematik. Die Stadt wird nicht von alleine wachsen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir bauen zum Beispiel die Wohnungen dafür aus!)

(Dietrich Wersich)

man muss sich dafür anstrengen. Wachstum kommt nicht von alleine, und deswegen hat Herr Heintze recht, wenn er sagt, wir bräuchten nicht die Verwaltung der Folgen des Wachstums, sondern wir bräuchten die Gestaltung der Stadt, damit Hamburg weiter wächst.

(Beifall bei der CDU)

Herr Tschentscher, dann reicht es nicht, wenn Sie im Vergleich zu Ihrem Vorgänger Wolfgang Peiner uns hier wie ein Amtsleiter erklären, wie der Länderfinanzausgleich funktioniert. Sie sollten mithelfen, diese Stadt zu gestalten, und das bedeutet, dass Sie uns erklären sollen, warum Hamburg relativ absinkt, übrigens nicht seit 2006, sondern in Wahrheit – das ist in Ihrem Redebeitrag auch angeklungen – seit der großen Krise.

Genau das ist doch, was uns beunruhigt: Hamburg ist nicht wie der Rest der Republik nach der Krise stärker als vorher. Diesen Status hat Hamburg noch nicht erreicht, aber genau das muss doch das Bemühen sein. Es geht nicht darum, was wir statt des Hafens machen. Der Hafen ist weiter in der Krise. Es geht um die Frage, was wir zusätzlich machen können, was wir außer und neben dem Hafen noch machen können, damit Hamburg auch in Zukunft eine bedeutende Metropole bleibt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Da ist doch die Analyse völlig richtig. Heute sind hochproduktive Arbeitsplätze nicht mehr dort, wo viele Arbeiter und viele Kaufleute sind, sondern da, wo Wissen ist, wo Innovation ist und wo Wissenschaft ist, und da tritt der Senat mit einer Strategie an, die nichts dafür tut, dass Hamburgs Universitäten endlich aus dem Mittelmaß herauskommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt doch gar nicht! Wir haben es zum ersten Mal abgesichert! Was haben Sie denn gemacht?)

Stattdessen wird sogar gekürzt. Die Universitäten bekommen quasi eingefrorene Budgets. Sie sind nicht einmal bereit, den Hamburger Universitäten die Kostensteigerungen zu erstatten. Das ist die sträfliche Vernachlässigung eines der wichtigsten Wachstumsfaktoren für unsere Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Wir müssen heute im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht nur eine tolle Stadt sein, weil wir die Alster, die Elbe und so viel Grün haben, sondern wir müssen auch die besten Universitäten mit der besten Forschung, aber auch mit den besten Ausbildungsbedingungen haben.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber die schlechteste Opposition, das sind Sie!)

Da brauchen wir mehr Engagement, denn sonst schläft diese Stadt wieder ein, und dann ist Schluss mit der Wachsenden Stadt.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Wir sind alle zusammen dringend aufgefordert, gemeinsam darüber nachzudenken, was diese Stadt stark macht, wo die Potenziale für die Zukunft liegen und wo diese Stadt Lösungen für andere große Städte anbietet. Wir wollen nicht die Stadt sein, die 2020 emissionsfreie Busse kauft,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wieso eigentlich nicht? – Zurufe von der SPD: Doch, doch!)

wir wollen die Stadt sein, in der emissionsfreie Busse entwickelt werden, wo das erforscht wird und wo diese Produkte an den Markt gehen. Das muss unser Ehrgeiz sein.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Quast hat das Wort.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, welchen Applaus Sie eben dafür bekommen haben, Herr Wersich, dass Sie eigentlich nur Fragen gestellt haben,

(Birgit Stöver CDU: Aber berechnete Fragen!)

aber was Ihnen eigentlich als Opposition auferlegt ist, einmal Antworten zu geben, das haben Sie immer noch nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Sie klagen und jammern, aber wo Sie hinwollen, das verschweigen Sie uns.

(Robert Heinemann CDU: Sie müssen mal zuhören, er hat es genau gesagt! Aber nicht mal das können Sie!)

Deswegen sage ich Ihnen einmal, wo wir hinwollen. Wir bringen diese Stadt voran, wir machen nicht nur Pläne, sondern wir schaffen Fakten. Es geht um die Energiewende, in die wir viel Geld investieren; gestern ist ein Energie-Campus in Bergedorf eröffnet worden. Wir investieren in den Wohnungsbau, und der Wohnungsbau in Hamburg boomt. Das sind alles Dinge, die Sie haben liegen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir investieren in die Bildung und damit in die Zukunft dieser Stadt, in die Zukunft der Kinder dieser Stadt, damit wir auch in der Clusterpolitik – dazu haben Sie sicherlich in Ihrer Regierungszeit auch beigetragen – Fachkräfte für die verschiedenen Cluster haben, die für diese Stadt wichtig sind, und in den Clusterbereichen Energiewende, Gesundheitswirtschaft und Flugzeugbau vorankommen. Das sind alles Dinge, die in dieser Stadt jeden Tag konkret von diesem Senat betrieben werden und wozu Sie uns hier nur Fragen stellen, ohne selbst

(Jan Quast)

zu sagen, wo Sie hinwollen. Herr Wersich, das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Die ewige Position der GRÜNEN – neuerdings auch von Ihnen, Herr Wersich –, über den Hafen herzuführen und ihn schlechtzureden,

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Der Hafen ist in einer Krise!)

teile ich nicht. Der Hafen gehört zu Hamburg, er ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftskraft in Hamburg und in der Region, und wir werden weiter in den Hafen und die Wirtschaft rund um den Hafen investieren.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat ist Hamburg eine Handelsstadt, eine Hafenstadt und sie hat sich auch immer so definiert. Vieles, was es in dieser Stadt gibt, gäbe es ohne den Hafen nicht, aber eine andere Wahrheit ist auch, dass Hamburg nie ausschließlich auf den Hafen gesetzt hat,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Auch jetzt nicht!)

sondern immer auch auf andere Dinge. Wir stellen seit vielen Jahren fest, dass der Hafen in einer Krise ist, und die reden nicht wir GRÜNE herbei. Das alte Geschäftsmodell, Rotterdam beim Containerumschlag überholen zu wollen, ist vorbei und wird auch nicht wiederkommen. Daran wird auch eine weitere Elbvertiefung nichts ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind bei Ihnen, dass der Hafen wichtig ist und man nicht einfach zugucken darf, aber dann muss man doch aktiv daran arbeiten, was jetzt aus dem Hafen werden soll.

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Unsinn!)

Da reicht es einfach nicht zu behaupten, Sie seien der hafenfreundlichste Senat seit dem Zweiten Weltkrieg. Dann müssen Sie jetzt neue Konzepte vorlegen und vielleicht auch einmal etwas im Hinblick auf das Thema Schiffsfinanzierung unternehmen. Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank kündigt alle paar Monate an, die Bank werde wegen der Schiffsfahrtskrise Staatsgarantien in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro zusätzlich in Anspruch nehmen müssen. Wenn Sie da keine Antworten finden und noch nicht einmal das Engagement zeigen, dort etwas zu tun, dann wird es ein böses Erwachen in dieser Stadt geben, und das ist unser Vorwurf. Es ist nicht so, dass wir den Hafen nicht ernst nehmen, aber wenn Sie sagen, das sei

der einzige wichtige Bereich, dann sollten Sie in dem Bereich auch endlich einmal etwas vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wenn Sie das in dem Bereich nicht tun, dann sollten Sie wenigstens darüber reden, was in anderen Bereichen passieren sollte. Es ist richtig, dass Menschen, die nach Hamburg kommen, Wohnungen brauchen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, und wir bauen sie!)

aber in den letzten Jahren ist Hamburg gewachsen, weil nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Leute aus Ostdeutschland, aus Mecklenburg und Brandenburg, nach Hamburg gekommen sind.

(*Jan Quast SPD*: Das ist schon eine Weile her!)

– Das ist schon eine Weile her, Herr Quast.

Die sind jetzt alle hier, und von da wird niemand sonst kommen. Im Moment merken wir, dass das Wachstum deshalb auch nachlässt, und da wird es im Wettbewerb der Köpfe schon eine Antwort dieses Senats geben, warum Menschen nach Hamburg kommen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat ist das ein Punkt: Warum kommen junge Menschen nach Hamburg? Weil sie hier eine Ausbildung finden wollen, weil es hier gute Wissenschaft geben könnte und weil es hier Forschung und Entwicklung geben könnte. Aber dafür bräuhete es Konzepte und eine Schwerpunktsetzung. Den Universitäten noch nicht einmal den Inflationsausgleich zu geben und ihnen zu garantieren, dass in den nächsten 20 Jahren eines sicher nicht passieren wird, nämlich dass dieser Bereich wachsen und besser werden wird, das ist mit Sicherheit keine Strategie, um ein weiteres Standbein neben dem kriselnden Hafen aufzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Ihnen dieser Vorschlag, den wir Ihnen nicht erst seit heute machen, sondern schon länger, nicht zusagt,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist immer dasselbe!)

dass Hamburg neben dem Hafen auf Kreativität, Kultur, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung setzen soll, dann bringen Sie doch ein anderes Bild und treten Sie ein in den Wettstreit. Mit der Umwelthauptstadt Europas hatten Sie es auch nicht so. In dem Bereich haben Sie im Grunde genommen auch nur abgebaut. Aber wenn Ihnen diese Bereiche nicht wichtig sind oder Sie diese falsch finden, dann sagen Sie uns doch einmal, welches Ihr Bild von einer Entwicklung in Zukunft ist, wohin Sie stattdessen wollen und auf welche anderen

(Jens Kerstan)

Bereiche Hamburg neben dem Hafen setzen will. Davon haben wir bisher noch nichts gehört.

(Zuruf von der SPD: Dann müssen Sie mal zuhören!)

– Dann kommen Sie doch hier nach vorne und sagen es uns. Eben war davon nichts zu hören. Dann können wir eine Debatte führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Aber mit dieser Selbstgefälligkeit, alles sei gut und Sie bauten 6000 Wohnungen – was gut ist –, werden Sie am Ende die wirtschaftlichen Probleme und Zukunftsperspektiven dieser Stadt nicht heilen. Dann wird es ein böses Erwachen geben zu einem Zeitpunkt, wo es vielleicht zu spät ist, gegenzusteuern. Noch könnten wir das tun. Das ist die Aufgabe der Politik, und das erwarten wir von diesem Bürgermeister und einer Partei, die hier mit absoluter Mehrheit regiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Bläsing hat das Wort.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema dieser Aktuellen Stunde war eigentlich der Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich habe festgestellt, dass Sie doch ein wenig vom Thema abgeschweift sind. Herr Kollege Wersich, Ihre Rede klang ein bisschen nach ein Jahr vor der nächsten Bürgerschaftswahl. Man könnte auch sagen, das lief unter der Überschrift "Alster, Michel, Dietrich" in dem Fall dann wohl.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und der SPD – *Dietrich Wersich* CDU: Haben Sie es nicht gelesen?)

Das Thema Länderfinanzausgleich ist nicht unbedingt die Baustelle, um die neuesten Satzbausteine für den aufkommenden Wahlkampf zu testen.

(Beifall bei der FDP – *Jan Quast* SPD: Ich bin mal gespannt auf Ihre Vorschläge!)

Das Notwendige dazu hat schon Frau Kollegin Suding für meine Fraktion ausgeführt. Ich möchte nur noch einmal die Gelegenheit nutzen, dem Kollegen Hackbusch auf die von ihm angesprochene Schuldenbremse zu erwidern. Das war eine Situation, in der sich drei Fraktionen in die Verantwortung genommen haben, um dort Regelungen zu schaffen. Ansonsten wäre die grundgesetzliche Schuldenbremse 2020 über uns hereingebrochen. Es war gut, dass wir hier entsprechende Konsolidierungspfade definiert und diese Verantwortung angenommen haben. Das heißt natürlich nicht, dass wir mit der Haushalts- und Finanzpolitik dieses Senats

einverstanden sind. Wir sind schon der Meinung, dass man schneller zur Entschuldung kommen kann. Andere Bundesländer, auch ostdeutsche beispielsweise, sind deutlich ambitionierter als dieser Senat. Und hier werden wir bei den nächsten Haushaltsberatungen den Finger in die Wunde legen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Das war nun schon der Auftakt für die Auseinandersetzungen um die Wahlen, so wie wir das kennen. Dementsprechend ist es vernünftig, nicht zu viele Fragestellungen aufzumachen, sondern einmal zu versuchen, einige Dinge aufzuarbeiten. Was kann eigentlich eine Region wie Hamburg regionalwirtschaftlich machen? Herr Wersich ist mit seinen Vorstellungen nicht ganz allein in der Stadt, und ich möchte mich damit einmal auseinandersetzen. Hier ist natürlich eine Sache interessant. Da ist dieser Nimbus einer großen Entwicklung, eingeführt von der CDU und später von den Grünen unterstützt, deswegen kritisieren Sie das auch nicht so sehr. "Wachsende Metropole" – als ob das diesen Riesendurchbruch gebracht hat. Darüber können wir uns noch einmal kräftig auseinandersetzen, aber ich finde, es sprechen kaum Fakten dafür. Hamburg ist in diese Situation aufgrund der normalen Entwicklung geraten – Herr Kerstan hat das schon aufgeführt –, die in gewisser Weise automatisch eingetreten ist durch die veränderten politischen Situationen in Osteuropa. Dadurch haben wir eine stärkere Stellung als Stadt bekommen und haben dementsprechend automatisch eine stärkere regionalpolitische, wirtschaftspolitische Situation. Das sollte man ganz nüchtern betrachten und sich daran auch erfreuen. Ich habe den Eindruck, dass das von Ihnen mitinitiierte Leitbild der "Wachsenden Stadt" und auch das Gefühl, von dem es getragen worden ist – noch heutzutage wird das in der Debatte positiv benannt – eher mit diesem Größenwahn, der diese Stadt umfasst hat, eng verbunden war nach dem Motto: Wir sind so großartig und können alles Mögliche. Diesen Größenwahn arbeiten wir gegenwärtig im parlamentarischen Untersuchungsausschuss Elbphilharmonie auf, wo man sich manchmal fragt, ob die eigentlich noch normal gedacht haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich meine auch den Größenwahn im Zusammenhang mit der HSH Nordbank nach dem Motto: Wir sind die tollsten Investmentbanker, die sich die Welt überhaupt nur vorstellen kann. Das ist es doch, was diese Zeit gekennzeichnet hat. Ich möchte SPD und GRÜNE sehr davor warnen, sich

(Norbert Hackbusch)

das als Vorbild zu nehmen. Das ist kein vernünftiges Vorbild für die Zukunft.

(Beifall bei der LINKEN)

Richtig an der Kritik an der SPD ist, dass die Schifffahrtskrise angesehen werden muss. Das ist ein Problem. Herr Tschentscher kann sich nicht hinstellen und uns nur den Länderfinanzausgleich erklären, was wir meinetwegen im Haushaltsausschuss lange diskutieren können. Wir müssen in der Lage sein, an diesem Problem etwas zu ändern, weil es die HSH Nordbank trifft, weil es die Reedereien trifft und weil viele Illusionen, die Sie gegenwärtig noch hinsichtlich der HSH Nordbank haben, damit verbunden sind. Das müssen wir aufarbeiten, und das ist nicht einfach zu machen. Dazu ist Hapag-Lloyd zu bilanzieren und es ist zu überlegen, wie man damit weiter umgehen kann.

Zweitens ist es richtig, dass wir regionalwirtschaftlich stark sein müssen. Dafür muss eine Universität besser ausgestattet werden, dafür muss innovative Wirtschaftspolitik besser ausgestattet werden, und dafür brauchen wir Geld. Darum streiten wir uns in dieser Gesellschaft. SPD und GRÜNE: vergesst das nicht. Wir haben das im Bundestagswahlkampf noch gemeinsam gemacht. Wir brauchen mehr Geld, um in der Lage zu sein, vernünftige Politik in dieser Stadt zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen die Vermögensteuer, wir brauchen mehr Einkommen. Es ist doch eine völlige Illusion, einfach zu sagen, wir können das auch so. Das wird der Zukunft nicht gerecht werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten, vierten und fünften Thema fortsetzen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 20/10695, Antrag der CDU-Fraktion: Hochschulvereinbarungen neu verhandeln – Grundfinanzierung der Hamburger Hochschulen stärken.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hochschulvereinbarungen neu verhandeln –
Grundfinanzierung der Hamburger Hochschulen stärken
– Drs 20/10695 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Herr Kleibauer hat das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gerade in der Aktuelle Stunde über Anzeichen einer strukturell rückläufigen Wirtschaftskraft in Hamburg debattiert. Wenn man sich überlegt, was die wirtschaftliche Dynamik der Stadt ausmacht, dann kommt den Hochschulen für die zukünftige Entwicklung der Metropole Hamburg in der Tat eine Schlüsselrolle zu. Hier entstehen Ideen, hier entstehen Innovationen, hier wird qualifizierter Nachwuchs ausgebildet, nicht nur für die Tourismuswirtschaft, auch Ärzte, auch Ingenieure. Hier entscheidet sich, ob wir die besten Köpfe aus dem In- und Ausland zu uns holen können, ob wir attraktiv sind. Dies ist für die künftige wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für die gesellschaftliche Entwicklung der Stadt von überragender Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sagen wir sehr deutlich, wir wollen leistungsstarke Hochschulen. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, und dazu gehört eine verlässliche finanzielle Perspektive. In der Hochschulpolitik müssen die Weichen rechtzeitig und langfristig gestellt werden. So wie dieser Senat die Weichenstellung vorgenommen hat, führt der Weg leider in eine Sackgasse.

(Beifall bei der CDU)

Ein sehr schwerer Fehler des SPD-Senats war die Aufkündigung der Übernahme von Tarifsteigerungen im Hochschulbereich. Allein die Tarifabschlüsse 2013 und 2014 führen bei den Hamburger Hochschulen zu Mehrbelastungen im zweistelligen Millionenbereich. Dies führt zu massiven Einschnitten bei der Qualität von Lehre und Forschung. Sie schicken die Hochschulen in den kommenden Jahren auf einen Abbaukurs, und deshalb sagen wir sehr deutlich, Ihre Hochschulvereinbarungen sind gescheitert, sie müssen nachverhandelt werden, und genau das sehen die Hochschulvereinbarungen im Übrigen auch vor.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen vor allem rechtzeitig nachverhandelt werden, bevor nämlich der Abbaukurs mit den Planungen für die Jahre 2015 und 2016 weiter konkretisiert und damit mehr und mehr Schaden ange richtet wird.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren einen klaren Schwerpunkt auf den Bereich Wissenschaft, Bildung und Forschung gesetzt. Die vom Bund geleisteten Investitionen im Hochschulbereich sind seit 2005 massiv gestiegen. Der heute vorgelegte Bildungsfinanzbericht 2013 dokumentiert das eindrücklich. Allein im vorigen Jahr sind die vom Bund für die Hochschulen zur Verfügung gestellten Mittel um 20 Prozent auf fast 5 Milliarden Euro gesteigert worden. Dies zeigt doch sehr deutlich, dass auch in Zeiten knapper Kassen und der Schuldenbrem-

(Thilo Kleibauer)

se politische Gestaltung und politische Schwerpunktsetzung auf Zukunftsinvestitionen möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein gutes Zeichen, dass auch die neue Regierungskoalition in Berlin Bildung und Wissenschaft zu einem Schwerpunktbereich macht und dass in der Finanzplanung der neuen Bundesregierung auch der Hochschulbereich weiterhin Priorität hat. Der Koalitionsvertrag thematisiert ausdrücklich das Ziel, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern. Dies eröffnet Handlungsspielräume und Chancen für die Bundesländer, und diese Chancen sollten wir in Hamburg nutzen. Zur Ausweitung der Kooperation zwischen Bund und Ländern im Hochschulbereich liegt im Übrigen seit nunmehr zwei Jahren ein Vorschlag der Union für eine entsprechende Grundgesetzänderung vor. Hier kann man nur an die SPD appellieren, nicht weiter in Blockadehaltung zu bleiben, sondern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch im Hochschulbereich eine längerfristige Förderung durch Bundesmittel möglich ist, was im Übrigen alle Akteure im Wissenschaftsbereich unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man dann wieder nach Hamburg sieht, dann haben Sie den Hochschulen mit den abgeschlossenen Hochschulvereinbarungen auf dem Papier zwar langfristige Planungssicherheit und Autonomie zugesagt, aber wie sieht denn die Praxis aus? Man muss nur in den von Ihnen vorgelegten Entwurf des neuen Hochschulgesetzes schauen. Allein mit diesem Gesetz wollen Sie zahlreiche zusätzliche und sehr teure Aufgaben und Verpflichtungen für die Hochschulen neu vorschreiben und gesetzlich festlegen und die Kosten komplett auf die Hochschulen abwälzen. Man kann doch nicht ein oder zwei Jahre zuvor Vereinbarungen abschließen und sagen, die Hochschulen seien frei in ihrem Budget – daraus gestalten sie ihre Aufgaben – und dann den gesetzlichen Aufgabenkatalog ändern und sagen, bei gleichem Budget müsst ihr bitte zusätzliche Aufgaben übernehmen. Das passt nicht zusammen, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Senat und die SPD müssen endlich die hohe Bedeutung der Hochschulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt erkennen. Ihre Hochschulvereinbarungen haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Sie sind keine verlässliche Basis für die Zukunft. Wenn man das mit anderen Bundesländern vergleicht, zum Beispiel mit den Berliner Hochschulverträgen oder auch mit dem, was sich die neue Regierungskoalition in Hessen vorgenommen hat, dann ist das, was im Hamburger Hochschulbereich passiert, sehr schwach. Hier müssen wir sehr aufpassen, dass wir im Wettbewerb der Standorte nicht weiter

zurückfallen. Wir brauchen jetzt ein klares Signal für eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Universitäten. Wenn Sie das genauso sehen, dann bitten wir Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümber* GRÜNE)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Kühn hat das Wort.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kleibauer, ich glaube, es ist schon angezeigt, die Frage danach zu stellen, wie glaubwürdig der Antrag ist, für den Sie gerade gesprochen haben, und wie glaubwürdig Ihre Position, gerade in Anbetracht Ihrer Beiträge eben in der Aktuellen Stunde, ist. Ich möchte Sie an eine Diskussionsveranstaltung vor wenigen Wochen in der Universität auf Einladung der Hochschule erinnern. Dort hat Sie ein ehemaliger Hochschulpräsident daran erinnert, dass es der schwarz-grüne Senat zwischen 2009 und 2011 war, der den Hamburger Hochschulen eine Sparauflage von insgesamt 10 Prozent ihres Budgets aufgedrückt hat. In Anbetracht dieser Umstände eine solche Rede zu halten, finde ich schon ziemlich mutig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will aber auch sagen, was aus meiner Sicht glaubwürdig ist und warum wir Sozialdemokraten im Bereich Wissenschafts- und Forschungspolitik glaubwürdig sind. Das sind beispielsweise die 37 Millionen Euro, die wir in das neue Max-Planck-Institut investieren, beispielsweise zur Erforschung der Struktur und Dynamik der Materie. Es sind die 320 Millionen, die wir in die Erneuerung des naturwissenschaftlichen Bereichs an der Universität Hamburg investieren. Wer zum Beispiel einmal zum Geomatikum fährt, der sieht, dass es mit der Erneuerung endlich vorangeht. Das, finde ich, ist sehr glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Glaubwürdig, Herr Kleibauer, sind auch die 20 Millionen Euro, die wir gerade vor Kurzem im Wissenschaftsausschuss für den Neubau der Kinderklinik am UKE beschlossen haben. Glaubwürdig sind genauso, einmal eine kleine Summe, die 2,5 Millionen Euro, die wir zusätzlich in den Etat der Hafen-City Universität gegeben haben, damit diese wirklich eine langfristige Perspektive hat. Glaubwürdig wird auch der wahrscheinlich zweistellige Millionenbetrag sein, den wir in den Neubau der Hafen-City Universität nachschießen müssen, weil auch dort die Finanzplanung von Schwarz-Grün das Papier nicht wert war, auf dem die Drucksache gedruckt wurde.

(Beifall bei der SPD)

(Philipp-Sebastian Kühn)

Sie sprachen eben die Erneuerung im Hochschulgesetz an. Ein wesentliches Ziel der Erneuerung im Hochschulrecht ist gerade auch, viele Verfahren in der Verwaltung der Hochschulen, zwischen Fakultäten, zwischen Dekanaten, in der Universitätsverwaltung zu verschlanken und zu vereinfachen. Ich bin der festen Überzeugung, dass das neue Hochschulrecht den Hochschulen viel Potenzial bietet beispielsweise auch für Kosteneinsparungen oder durch Online-Kurse. Insofern ist Ihre Argumentation, Herr Kleibauer, vollkommen falsch gewesen, dass dieses neue Hochschulrecht allein dazu führt, dass die Hochschulen mehr Aufgaben bekommen, aber keine Entlastung. Ein wesentliches Ziel dieses Hochschulgesetzes ist es, die Verwaltungsaufgaben in den Hochschulen zu verschlanken und damit zu einer Entlastung beizutragen. Insofern ist Ihre Argumentation hier wirklich vollkommen falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wahr ist und bleibt auch, dass ein wesentliches Ziel dieses Hochschulgesetzes eine Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ist. Wir haben das schon vor ein paar Wochen diskutiert, insofern will ich das nicht nochmals aufgreifen. Ich will nur noch einmal daran erinnern, welche Sparvorgaben Sie damals in der Koalitionszeit von Schwarz-Grün den Hamburger Hochschulen gemacht haben. Deshalb ist das, was Sie heute vorgetragen haben, wenig glaubwürdig, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dr. Gümbel hat das Wort.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kühn, es ist natürlich richtig, dass man Versprechen, die man nicht gegeben hat, auch nicht brechen kann. Sie haben, was die Hochschulgrundfinanzierung angeht, tatsächlich keines gegeben, und insofern haben Sie auch an dieser Stelle kein Versprechen gebrochen. Die Frage ist aber eine andere. Insofern stellt der Antrag der CDU eine wichtige Forderung ins Zentrum der Debatte, nämlich die angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen. Es geht nicht um zusätzliche investive Mittel, die an anderen Stellen sicherlich auch nötig sind. Sie wissen genauso gut wie ich, was die Grundlage dieses Antrags ist. Der Wissenschaftsrat – wir haben das in mehreren Debatten hier immer wieder wiederholt – stellt Forderungen, die weit über das hinausgehen, was die Stadt bereit ist, für Grundfinanzierung auszugeben. Sie müssen sich gefallen lassen, dass man das ständig wiederholt, denn es ist einfach so. Herr Kleibauer hat darauf hingewiesen, dass sich die schwarz-grüne Regierung in Hessen ein ganz anderes Ziel gesetzt hat, dass sie nämlich

den Hochschulen einen Aufwuchs von 3 Prozent inklusive Inflationsausgleich und Tarifausgleich als Grundausrüstung zubilligt. Sie kommen nicht drumherum, dass Ihre 0,88 Prozent ein Schrumpfungskurs sind, den Sie den Hochschulen verordnen. Ich glaube, dass dies der Grund dafür ist, worüber wir vorhin in der Aktuellen Stunde debattiert haben. Nur wenn man den Hochschulen mit Vertrauen begegnet, ihnen aber auch die entsprechenden Mittel zur freien Verfügung gibt, dann kann man das von ihnen erwarten, was ihre ureigene Bestimmung ist, nämlich Innovationsmotor zu sein. Der neueste Bericht zum Thema Forschung und Innovation, der heute auf den Markt gekommen ist, hat gezeigt, dass wir im Norden und in Deutschland insgesamt wirklich sehr weit hinten sind. Natürlich ist es gut, dass der Bürgermeister gestern in Bergedorf das Zentrum eingeweiht hat. Wunderbar, herzlichen Glückwunsch dazu,

(Beifall bei *Jens-Peter Schwieger SPD*)

aber das reicht nicht.

(*Robert Bläsing FDP: So war das!*)

Man muss schon etwas mehr Engagement an den Tag legen, und man muss vor allen Dingen auch die Basis schaffen, um immer wieder solche Zentren eröffnen zu können. Wir haben aber an den Hochschulen – auch das sage ich hier nicht zum ersten Mal – bis 2016 einen Studienanfängerplatzabbau von 1964 Plätzen. Jeder einzelne ist einer zu viel. Wir brauchen junge Leute, die in Hamburg studieren wollen. Ich frage mich, was eigentlich in einem sozialdemokratischen Kopf vorgeht, wenn er sich seine Wählerschaft in Billstedt anschaut. Was sagen Sie denn den Leuten, die, wie es heute so schön heißt, in der First Gen, in der ersten Generation, in diese akademische Welt eintreten und in Hamburg keinen Studienplatz bekommen und er oder sie es dann sein lässt, weil es für eine solche Familie zu schwierig ist, das Kind dann tatsächlich loszulassen und in eine fremde Stadt zu schicken. Ich finde es wirklich unverständlich, warum Sie diese Position so vehement vertreten und nicht für Zuwachs sorgen, sondern für Abwuchs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will gar nicht auf die Geschenke hinweisen, die an anderer Stelle gemacht werden – der Polizei, der Kultur und so weiter. Geschenkt, ich rede jetzt nur vom Haushalt der BWF. Der Kollege Kleibauer hat darauf hingewiesen, dass mit dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene in Aussicht gestellt worden ist, dass die Bundesregierung sich an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligt. Das ist nicht genauer ausgeschmückt worden, aber der extreme Aufwuchs bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen – seit fünf Jahren beträgt er Jahr für Jahr 5 Prozent – soll anders als bisher allein von der Bundesregierung getragen werden. Wenn das passiert, was ich sehr gut fände, dann

(Dr. Eva Gümbel)

entsteht im Haushalt der BWF ein Freiraum. Es wäre nicht nur meine Bitte, sondern meine Forderung, diese freien Mittel nicht wie an anderer Stelle in den allgemeinen Haushalt fließen zu lassen, sondern sie tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Deswegen ist die Forderung dieses Antrags, mit den Hochschulen erneut das Budget zu verhandeln, eine völlig richtige, die sich genau aus dieser Situation ergibt. Insofern finden wir – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal sagen – diesen Antrag ausdrücklich gut, und wir freuen uns darüber, dass wir ihn hoffentlich an den Wissenschaftsausschuss überweisen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Bläsing hat das Wort.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! 14,4 Milliarden Euro hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode in den Bereich Bildung und Forschung investiert. Das ist mehr, als der gesamte jährliche Hamburger Haushalt ausmacht. Diese Summe war eine gute Investition und ein klares Bekenntnis zum Stellenwert von Bildung.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Deutschland ist auf gut ausgebildete Absolventen, hochqualifizierte Wissenschaftler und auf innovative Forschung und Entwicklung angewiesen. Es sollte deshalb im Interesse aller sein, den Hochschulstandort zu stärken. Leider lässt die Politik des Senats und der Umgang mit den Hochschulen dieses klare Bekenntnis vermissen.

(Beifall bei der FDP)

Die Finanzierung der Hamburger Hochschulen ist de facto ein undurchdachtes Sparprogramm. Darauf weist die FDP-Fraktion schon seit Beginn der Legislaturperiode immer wieder hin. Ein erster Schritt zur Schwächung der Hochschulen war die Abschaffung der Studiengebühren. Der Wegfall hat die Hochschulen vor massive Probleme gestellt, denn die Studiengebühren werden entgegen aller Ankündigungen eben nicht vollständig kompensiert.

Zusätzlich sollen die Hochschulen immer mehr Aufgaben übernehmen. Sie sollen zum Beispiel Online-Kurse anbieten, neue Studiengänge einrichten oder untersuchen, warum so viele Studierende ihr Studium abbrechen. Jede einzelne Maßnahme für sich ist sicherlich sinnvoll, nur müssen diese zusätzlichen Aufgaben aus dem bestehenden Budget bestritten werden, das sowieso schon relativ knapp bemessen ist. Eine Kostenerstattung gibt es darüber hinaus nicht. Dabei hätte gerade

hierin eine echte Chance für mehr Transparenz bestanden.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Durch die Offenlegung der notwendigen Mittel für die neuen Aufgaben wären die Kostenstrukturen nachvollziehbar gewesen. Die Situation spitzt sich stattdessen weiter zu. Das zeigt erste Auswirkungen auf die Studierenden, die Professoren und die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Schon jetzt gibt es wenige Masterplätze; die erste Hochschule hat angekündigt, die Zahl der Professoren zu verringern; die Tarifabschlüsse verschärfen die Probleme zusätzlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund ist auch die FDP-Fraktion der Meinung, dass Nachverhandlungen zwischen Senat und Hochschule notwendig sind. Bei Tarifierhöhungen von über 2 Prozent sind solche Nachverhandlungen sowieso schon vorgesehen, aber obwohl nun genau diese Situation eingetreten ist, werden Nachverhandlungen weder durchgeführt noch geplant. So geht es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn meine Fraktion die Forderungen der CDU inhaltlich teilt, müssen wir doch feststellen, dass der Antrag leider relativ unausgegoren ist. Bedauerlicherweise macht die CDU keinen einzigen Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Ich bin ebenfalls haushaltspolitischer Sprecher meiner Fraktion, daher ist mir auch das ein Anliegen.

(*André Trepoll CDU:* Drücken Sie doch mal ein Auge zu!)

Deshalb würde sich die FDP-Fraktion über eine Überweisung an den Wissenschaftsausschuss freuen, um dort offene Fragen und vor allem Fragen der Finanzierung zu erläutern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hochschulen und Universitäten sind ein wichtiger Baustein für eine prosperierende Stadt. Deshalb ist der Kampf um die besten Köpfe nur damit zu gewinnen, dass eine auskömmliche Finanzierung gegeben ist.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die staatlichen Hochschulen in Hamburg sind seit Jahrzehnten strukturell unterfinanziert. Seit dem sogenannten Öffnungsbeschluss der Kultusministerkonferenz 1977 wurde neben der weiteren Öffnung der Hochschulen auch das Einfrieren der öffentlichen Mittel für die Ausgaben der Hochschulen beschlossen. Die Hoch-

(Dora Heyenn)

schulen sollten – das hat man früher so genannt – eine Überlast an Studierenden bei etwa gleichbleibendem Budget und stagnierendem Lehrpersonal akzeptieren, anstatt entsprechend der Notwendigkeit bei steigenden Studierendenzahlen ausgebaut und finanziert zu werden. Diese Sparpolitik dauert bis heute unvermindert an, egal, wer hier den Senat gestellt hat.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das Verhältnis von Grundmitteln, die eine eigenmotivierte Forschung ermöglichen, zu wettbewerblichen Drittmitteln hat sich seitdem dramatisch verschoben. So ist zum Beispiel der Anteil der staatlichen Grundmittel der Hamburger Hochschulen von 1995 bis 2011 von circa 67 auf ungefähr 50 Prozent gesunken, während im gleichen Zeitraum die Drittmittel um circa 220 Prozent von 66 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro angestiegen sind. Das ist eigentlich unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Verwaltungseinnahmen haben stark zugenommen. Drittmittel und Verwaltungseinnahmen machten 2011 mehr als 50 Prozent der Hochschulbudgets aus. Fakt ist, dass die Hochschulen mit den abgeschlossenen Hochschulvereinbarungen gezwungen sind, verstärkt Drittmittel einzuwerben. Hochschulen und dort vor allem die Geisteswissenschaften, die im Rennen um Drittmittel schlecht abschneiden, sind dadurch massiv benachteiligt.

Die Senatorin hat mit den einzelnen Hochschulen die Hochschulvereinbarung ausgeführt. Wir haben damals schon gesagt, dass diese Planungssicherheit, die dort angesprochen wird, eine einzige Sicherheit beinhaltet, nämlich die, dass die Unterfinanzierung bis 2020 anhalten wird. Diese Unterfinanzierung hat weitreichende Konsequenzen für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Hinzu kommt, dass die Prekarität der Drittmittelfinanzierung mit kurzen Förderzeiträumen auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Personals hat, besonders im Mittelbau und bei Nachwuchswissenschaftlern. Dieser Trend wurde 2007 mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz verstärkt und ist im Grunde eine faktische Legalisierung der Tarifsperr.

Die steigende Zahl der Studienanfänger ist über Jahre nicht von steigenden Grundmitteln gedeckt worden. Die Betreuungsrelation und die Qualität der Lehre haben sich in vielen Fachbereichen massiv verschlechtert. Was das Wissenschaftszeitvertragsgesetz betrifft, haben wir eine sehr, sehr lange Diskussion geführt. Die nun vorliegenden Vorschläge des SPD-Senats zur Änderung schaffen die prekäre Beschäftigung überhaupt nicht ab. Wir haben nach diesen ausführlichen Beratungen und Expertenanhörungen nichts anderes als bloße Absichtserklärungen gehört. Die Umsetzung wurde

auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Prekäre Beschäftigung an den Hochschulen schafft man nur ab, wenn man mehr Geld zur Verfügung stellt, und genau das verweigert die SPD.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun kommt die CDU und sagt, sie habe erkannt – ich lese aus der Pressemitteilung vor –, dass man den Hochschulen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müsse. Das ist ein erstaunlicher Sinneswandel. In der 19. Wahlperiode haben wir das nicht gehört. Ich sage nur Gundelach, das war schon dramatisch.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Da haben wir ja auch noch gar nicht regiert!)

Jetzt machen Sie einen Spagat, und ich finde, wie auch einige Vorredner, dass das unglaublich ist. Unsere Fraktion hat in der Haushaltsdebatte 2011 und später 2012 mehrfach Anträge gestellt, um die Mittel für die Hochschulen heraufzusetzen. Wir haben ganz konkret und manchmal auch allgemein gefordert, dass man vorstellig werden sollte, um die Mittel aus dem Hochschulpakt für Hamburg zu erhöhen, aber die CDU hat bei allen diesen Anträgen konsequent mit Nein gestimmt.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Hört, hört!)

Jetzt kommen Sie mit einem Antrag, der voller Gummibandwörter ist. Es soll neu verhandelt werden, aber das Ziel ist nicht klar, es soll dementsprechend erhöht werden, aber wie genau, das wissen Sie nicht. Sie sprechen von einer besseren finanziellen Ausstattung, aber konkret ist das nicht, und Sie haben in keiner Weise einen Finanzierungsvorschlag.

Eine Frage haben Sie uns nicht beantwortet. Sie sind diejenige Fraktion, die gesagt hat, dass die Schuldenbremse noch früher verwirklicht werden sollte,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Richtig!)

und jetzt sagen Sie, dass für die Hochschulen nachverhandelt werden muss, drücken sich aber darum, woher es kommen soll und vielleicht auch um die Erkenntnis, dass die Schuldenbremse falsch ist und dass man damit aufhören sollte.

(Beifall bei der LINKEN – *Dietrich Wersich CDU*: Sie verstehen nicht, dass Steuereinnahmen erarbeitet werden müssen!)

Ich unterstütze, dass das in den Ausschuss kommt.

Herr Kühn, wenn Sie die Investitionen, die im Hochschulbereich geplant sind, aufzählen, dann ist das gut und schön, aber es fehlt leider eine sehr wichtige Investition. Die Studierenden der Hochschule für Musik und Theater warten noch immer

(Dora Heyenn)

vergeblich auf die versprochenen Übungsräume. Hier fehlt die wahnsinnige Summe von 2 Millionen Euro; sie haben diese immer noch nicht.

Wenn wir über die Unterfinanzierung von Hochschulen sprechen, so sprechen wir nicht über neue Bauten, sondern darüber, die Bedingungen für die Studierenden, das wissenschaftliche Personal und die Lehre zu verbessern. Davon sind wir weit entfernt. Ich hoffe, dass wir den Antrag der CDU im Wissenschaftsausschuss mit konkreten Zahlen füllen und endlich dazu kommen, dass wirklich etwas geändert wird und nicht nur Versprechungen für irgendwann gemacht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt.

Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Neben den Differenzen stimmen wir in grundsätzlichen Fragestellungen hoffentlich überein, und das hat die Debatte auch ergeben. Für die zukunftsfähige Gestaltung und Entwicklung unserer Gesellschaft und unseres Landes brauchen wir sehr gut gebildete und qualifizierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen, eine exzellente Lehre und Forschung und den Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Die Hochschulen sind dabei selbstverständlich Kern und Motor einer solchen Entwicklung. Wir werden die Hochschulen in Hamburg stärken.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit den Hochschulvereinbarungen eine verlässliche und solide Finanzierungsgrundlage geschaffen. Sie ist mit einem hohen Maß an Hochschulautonomie verbunden. Die Hochschulen erhalten einen regelmäßigen Budgetaufwuchs, der ihnen über acht Jahre, das heißt also langfristig, Planungssicherheit gewährt und garantiert.

Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, sehen die Vereinbarungen im Kern vor, dass die Mittel der Stadt für die Hochschulen ab 2013 jährlich um knapp 1 Prozent gesteigert werden – und das auf der Grundlage eines 2013 stark gesteigerten Globalbudgets. Mit anderen Worten: Die staatlichen Hamburger Hochschulen, das Universitätsklinikum Eppendorf und die Staats- und Universitätsbibliothek erhalten im Zeitraum 2013 bis 2020 Jahr für Jahr mehr Geld. In diesem Jahr sind es 636 Millionen Euro, und der Betrag steigt bis 2020 auf knapp 671 Millionen Euro. Daraus werden Betriebsausgaben, IuK-Baumaßnahmen, Bauunterhaltung und wissenschaftliche Geräte finanziert. Das ist verlässlich, sodass die Hochschulen ihre Planungen auf einer sicheren Grundlage aufbauen können. In einer Phase der Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jah-

re 2019, also ohne Kreditaufnahme, ist das keine Selbstverständlichkeit. Ich erinnere an die hamburgische Verfassung, die hier im Haus mit großer Mehrheit beschlossen worden ist. Zu dieser Haushaltskonsolidierung sind wir nach der hamburgischen Verfassung verpflichtet. Mit den Hochschulvereinbarungen und den Hochschulbudgets setzen wir allerdings im Haushalt eine Priorität für die Wissenschaft und die Hochschulen, und ich finde, das ist richtig.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Worin besteht die Priorität?)

Auch mit verlässlichen Budgetsteigerungen und Planungssicherheit stehen die Hochschulen selbstverständlich vor Herausforderungen, die denjenigen entsprechen, vor denen die gesamte Stadt steht. Veränderte Aufgabenstellungen, neue Entwicklungen in der Wissenschaft und Preis- und Tarifsteigerungen in dem beschriebenen Rahmen müssen bewältigt werden. Das ist für die Hochschulen nicht anders als für die gesamte Stadt. Es ist gut, dass wir Klarheit über die finanzielle Ausstattung haben und gemeinsam – Bürgerschaft, Senat und Hochschulen – in der Lage sind, langfristige Perspektiven zu entwickeln. Wir glauben, dass die Hochschulen mit dem so dotierten Budget in der Lage sind, eine hervorragende Arbeit in Forschung und Lehre zu machen.

Sie haben kurz über die Landesgrenzen geschaut, und es gibt Hochschulvereinbarungen auch in anderen Ländern. Man muss allerdings sagen, dass diese sehr unterschiedlich in ihrer Ausgestaltung sind. Die Hochschulvereinbarung mit der Universität von 2011 zielt auf acht Jahre, also bis 2020, und das ist auch bezüglich der langfristigen Planungssicherheit wirklich außergewöhnlich und einmalig in Deutschland. Noch einmal: Die anderen Vereinbarungen sind wirklich sehr unterschiedlich.

Nun zur Ausstattung der Hochschulen. Wie sieht diese aus und in welcher Situation und Lage befinden sich die Hochschulen? Zu den genannten Hamburger Mitteln, in diesem Jahr 636 Millionen Euro, kommen hohe Millionenbeträge aus dem Hochschulpakt von Bund und Ländern. Allein im vergangenen Jahr waren es 70 Millionen Euro, die an die Hamburger Hochschulen geflossen sind. 2012 waren es sogar noch mehr, nämlich 78 Millionen Euro, weil die Hochschulpaktzahlen so hoch waren. 2014 gehen wir bislang von 65 Millionen Euro aus, die zusätzlich kommen.

Außerdem ersehen wir aus den Jahresabschlüssen der Hamburger Hochschulen, dass die Hochschulen Überschüsse erwirtschaften – das zu dem Thema, sie seien seit den Siebzigerjahren unterfinanziert. Sie erwirtschaften Überschüsse, und so haben sie zum Beispiel im Jahr 2012 ihr Eigenkapital um rund 60 Millionen Euro erhöht und ihre Gewinnrücklagen gesteigert. Die ohnehin hohen liquiden Mittel wachsen seit Jahren an; Ende 2013

(Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

waren es ohne Drittmittel rund 300 Millionen Euro. Man sieht daran, dass die Hochschulen auf einer Basis stehen, die ihnen erlaubt, mit diesen Mitteln und mithilfe der Planungssicherheit auch strategisch eine gute Politik zu machen, die Hochschulen gut zu führen. Meiner Ansicht nach gibt es an dieser Stelle keinen Grund zu klagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen eine angemessene Grundfinanzierung für die Hochschulen, und ich möchte gern auf die Koalitionsvereinbarungen, die Herr Kleibauer und andere angesprochen haben, und auf die einzelnen Positionen, die dort für die Wissenschaft beziehungsweise für die Hochschulen festgelegt worden sind, eingehen.

Sie wissen, dass 6 Milliarden Euro an Kitas, Schulen und Wissenschaft gehen sollen und dass zusätzlich 3 Milliarden Euro für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt werden. Das ist gut, hat aber nach dem jetzigen Stand noch keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Hamburger Haushalt. Wir müssen uns länderseitig – und ich hoffe, wir bekommen das hier in der Bürgerschaft hin – darauf verständigen, wie das passiert, denn auf Bundesebene muss erst geklärt werden, ob und wie den Ländern mit dem Geld mehr finanzielle Gestaltungsspielräume ermöglicht werden. Solange es darüber keine Klarheit gibt, können wir in Hamburg nichts verteilen. Im Koalitionsvertrag wurde konkret festgelegt, dass der Bund außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative weiterfinanziert, und den Aufwuchs für die außeruniversitäre Forschung finanziert er in Zukunft allein. Die 3 Milliarden Euro stehen unter anderem dazu zur Verfügung.

Für die laut Koalitionsvereinbarung für die Hochschulen, Schulen und Kitas vorgesehenen 6 Milliarden Euro gilt Folgendes: Diese Mittel müssen den Ländern und den Hochschulen zweckbindungsfrei, abrechnungsfrei und kofinanzierungsfrei zur Verfügung gestellt werden. Nur dann ergeben sich für die Länder überhaupt Möglichkeiten zur Verbesserung der Grundfinanzierung oder der Finanzierung ihrer Hochschulen; in keinem anderen Fall ist das möglich. Das ist die Entlastung, die mit der Koalitionsvereinbarung angesprochen ist und die noch umgesetzt werden muss. Ich hoffe sehr, dass wir uns aus Ländersicht darauf verständigen können, dass sie für die Länder so erfolgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gleiches gilt für die Gespräche zur Fortsetzung des Hochschulpakts, die in diesem Jahr erfolgen müssen, damit Ende 2014 klar ist, wie der Pakt nach 2015 weitergeht und ob insoweit Planungssicherheit für die Hochschulen hergestellt wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Studierendenzahlen sagen, Frau Gümbel. Das Argument, dass in Hamburg vorgesehen sei, die Studierenden- oder Studienanfängerzahlen um 2000 zu senken, wird immer wieder im Ausschuss oder im Plenum gebracht. Es gibt dazu Kennzahlen und für 2012 ein Ist, das sich aus den aus Landesmitteln und den aus dem Hochschulpakt finanzierten Studienanfängerplätzen zusammensetzt. Die Zielzahl war 2012 wegen des doppelten Abiturjahrgangs und der Aussetzung der Wehrpflicht besonders hoch. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass 78 Millionen Euro aus dem Hochschulpakt an die Hochschulen geflossen sind; das war die Zahl 2012. Für 2016 gilt die Zielzahl nur für Studienanfängerplätze aus den Landesmitteln, weil der Hochschulpakt nicht feststeht. Daraus ergibt sich die Differenz, und deswegen ist Ihre Feststellung nicht zutreffend.

Sie sehen, wie wichtig es ist, dass wir in diesem Jahr die Koalitionsvereinbarung umsetzen und eine Entlastung der Länder und damit der Wissenschaft und Forschung erreichen und dass der Hochschulpakt über 2015 hinaus fortgesetzt wird. Wir brauchen diese Mittel für die Hamburger Hochschulen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin Stapelfeldt, Sie haben in Ihrer Argumentation wieder das Thema Rücklagen der Hochschulen angeführt. Abgesehen davon, dass Sie bei den Hochschulvereinbarungen gesagt haben, dass die Hochschulen frei in der Bewirtschaftung der Rücklagen seien, ihnen das also explizit zugebilligt haben, muss man Folgendes sagen: Erstens sind die Rücklagen von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedlich. Ich finde es nicht fair gegenüber den staatlichen Hochschulen, alle in einen Topf zu werfen und pauschal nach dem gleichen Schema zu beurteilen und zu kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens ist es schön, dass Sie sich über die Hochschulpaktmittel aus Berlin freuen, die die Vorgänger-Bundesregierung von CDU und FDP im Bundeshaushalt ausfinanziert hat,

(*Dietrich Wersich CDU: Alles vergessen!*)

aber genau das trägt doch mit zu dem Problem der Rücklagen bei. Bei den Hochschulpaktmitteln hat man vielleicht Visibilität fürs laufende Jahr, aber so schnell kann man das Geld gar nicht ausgeben. Sie sagen, Sie wollen Mindestlaufzeiten und keine kurzfristigen Beschäftigungen, aber dafür braucht man eine verlässliche Grundfinanzierung. Und ich

(Thilo Kleibauer)

finde es sehr schade, Herr Kühn, dass Sie auf dieses Thema überhaupt nicht eingegangen sind. Es mag sein, dass man ablenken will, wenn man drei andere Punkte in den Ring wirft und lieber Generaldebatten führt, das können wir auch alles machen. Aber wenn man noch nicht einmal auf das Thema des Antrags kommt, dann ist das für eine Regierungsfraktion mehr als ärmlich, und es ist bei diesem Thema, zu dem es Dutzende von Parteitagsbeschlüssen Ihrer Partei gibt, die alle sagen, dass das Thema Grundfinanzierung an Hochschulen mehr in den Fokus müsse, deutlich zu wenig. Ich habe die Unterlagen noch einmal herausgesucht: Im November 2012 wurde das beim SPD-Bundesparteitag gefordert, und am 10. Dezember 2013, also noch nicht lange her, gab es eine kräftige Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, dass eine stärkere Grundfinanzierung der Hochschulen nötiger denn je sei. Es kann nicht sein, dass Sie beide Augen schließen und dieses Thema völlig ausblenden und ignorieren. Mit dieser Strategie fahren Sie erst recht gegen die Wand.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Frau Senatorin Stapelfeldt, ich habe Ihre Rede mit großem Interesse verfolgt

(Robert Heinemann CDU: Nicht lügen!)

und finde es gut, wenn wir uns über die Fraktionen hinweg darüber einig sind, dass wir starke Hochschulen brauchen. Ein Bekenntnis dazu muss jedoch mit Zahlen im Haushalt unterlegt werden. Was Sie hinterlegen und bis 2020 langfristig aufwachsen lassen, ist aber ein Defizit und kein Aufwuchs, und es wird dadurch, dass Sie betonen, wie gern Sie starke Hochschulen hätten und nur nicht wollen, dass wir sie finanzieren, nicht besser. Ich fand Ihre Wortwahl wirklich bezeichnend. Das, was die Hochschulen an Rücklagen haben, sind bewirtschaftete Rücklagen. Sie kennen den Haushalt der Hochschulen und wissen, wie dieser gestaltet ist und wie komplex er ist. Wenn Sie das als Gewinn titulieren, ist das doch aberwitzig. Es ist erstaunlich, dass sich die Sachwalterin der Hochschulen und die Fürsprecherin dieser Einrichtungen hier hinstellt und das tut, was eigentlich die Opposition tun müsste, wenn sie Finanzströme aus den Hochschulen in andere Politikfelder umlenken wollte. Sie müssten doch im Gegenteil ein großes Interesse daran haben, dass die Finanzströme, die wir in den Hochschulen haben, dem Ausschuss und dem Parlament transparent dargestellt werden und dass mehr Geld in die Hochschulen fließt. Sie könnten uns als Hilfe für Ihre Politik benutzen, die Sie als Unterstützungspolitik für die Hochschulen verkünden, sind aber offensichtlich weder willens

noch in der Lage, sich im Senat durchzusetzen. Das finde ich – das sage ich fast jedes Mal, wenn ich hier stehe – beklagenswert.

In der Aktuellen Stunde haben alle Fraktionen bezeugt, dass wir die Hochschulen als Motor der Innovation brauchen, und dazu muss die Grundfinanzierung stimmen. 0,88 Prozent Steigerungsrate bei gleichzeitig 2,6 Prozent Tarifsteigerungen in 2013 und 2,95 Prozent in 2014 ist ein enormes Defizit. Das muss Ihnen doch klar sein und, liebe Frau Stapelfeldt, es ist Ihnen auch klar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Robert Heinemann CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer die Drucksache 20/10695 an den Wissenschaftsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer den CDU-Antrag aus der Drucksache 20/10695 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 54, Drucksache 20/10851, Antrag der GRÜNEN Fraktion: StadtRAD weiter ausbauen.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
StadtRAD weiter ausbauen
– Drs 20/10851 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/11011 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
StadtRAD weiter ausbauen
– Drs 20/11011 –]**

Die Fraktionen der CDU und der FDP möchten die Drucksache 20/10851 an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Steffen, bitte.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das StadtRAD ist ein Erfolgsmodell. Die Idee wurde in der letzten Wahlperiode konsequent verfolgt und zügig eingeführt. Ende 2008 ist das StadtRAD beschlossen worden, und Mitte 2009 gab es die ersten Stationen; das war offenbar genau zum

(Dr. Till Steffen)

richtigen Zeitpunkt. Heute gibt es 221 000 registrierte Nutzerinnen und Nutzer. Es ist anders als zum Beispiel bei Facebook, wo man nur seine Daten hergeben muss, denn hier muss man gleichzeitig 5 Euro hinterlegen. Die Leute, die sich anmelden, meinen es also ernst und machen das in voller Absicht. In der Konsequenz hat sich das StadtRAD fest in unserem Stadtbild etabliert. Die roten Räder sind neben dem Michel und dem Miniaturwunderland ein Symbol von Hamburg geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Hamburg nutzen die Räder in großem Umfang. Dabei verkörpert das StadtRAD eine neue, andere Art und ein anderes Verständnis von Mobilität. Die Art der Fortbewegung wandelt sich, die Bedeutung des eigenen Autos geht zurück. Es geht heute vor allem darum, im Ergebnis zügig voranzukommen, und es gibt einen Rückgang im Hinblick auf die Festlegung auf ein ganz bestimmtes Verkehrsmittel. Die Leute kombinieren Fortbewegungsarten, sie gehen ein Stück zu Fuß und fahren dann mit der Bahn oder vielleicht mit dem Bus und eben auch mit dem Rad. Wir haben es geschafft, dass über das StadtRAD Menschen in Hamburg Fahrrad fahren, die das bisher nicht getan haben, weil es aus ganz praktischen Gründen für sie nicht in Frage kam. Völlig neue Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern wurden erschlossen, und dadurch hat sich das Fahrradfahren viel breiter im Bewusstsein verankert.

Wir haben frische Zahlen aus einer Schriftlichen Kleinen Anfrage, die ich gestellt hatte. Daraus ersieht man, dass das StadtRAD insbesondere Berufspendlerinnen und -pendler anspricht, die damit zur Arbeit fahren oder wieder nach Hause, und zwar am Nachmittag, wo der Autoverkehr sich staut und durch das StadtRAD tatsächlich eine erhebliche Entlastung erreicht wird. Auch Touristinnen und Touristen nutzen das StadtRAD – das passt zur ersten Debatte, die wir heute hatten. Sie erschließen sich Hamburg an der frischen Luft und bekommen viel von der Stadt mit. 2011 waren das rund 12 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer.

Vor diesem Hintergrund finden wir es ausgesprochen schade, dass der jetzige Senat das StadtRAD nicht weiterentwickelt und die dritte Realisierungsstufe nicht einleitet, die bereits in der Gründungsdrucksache zum StadtRAD erwähnt wurde und vorgesehen war. Die ersten beiden Realisierungsstufen wurden bereits kurz nach der Amtsübernahme durch die SPD erfüllt. Damals waren es 90 Stationen mit 1500 Fahrrädern. In den vergangenen zwei Jahren sind im Rahmen der zweiten Stufe 40 Stationen mit 150 Rädern dazugekommen, aber eine eigene Strategie für das StadtRAD oder eigene Ausbauziele – Fehlanzeige. Die SPD hat kein Interesse daran, dem StadtRAD deutlich mehr Schwung zu geben.

Das Nutzungsziel von 1,1 Millionen Fahrten pro Jahr ist mit über 2 Millionen Ausleihvorgängen deutlich überschritten. Das rächt sich mittlerweile, denn von den 221 000 Nutzerinnen und Nutzern sind auch in den Sommermonaten gerade mal ein Fünftel aktiv. Wir haben also über 220 000 Menschen, die irgendwann einmal die Anmeldegebühr hinterlegt und damit deutlich gemacht haben, dass sie das interessant finden; das konkrete Angebot scheint ihren Bedürfnissen aber nicht zu entsprechen, weil es nicht genutzt wird.

Die Bahn hat also in einem erheblichen Umfang Geld für eine Hoffnung eingenommen, ohne dann tatsächlich das konkrete Angebot liefern zu können. Das macht deutlich, dass die Leihfahrräder allein den Radverkehr nicht ankurbeln und dass der Senat mehr tun muss, um den Menschen attraktive Bedingungen fürs Radfahren zu bieten: bessere Radverkehrsverbindungen auf den Straßen, aber eben auch mehr Stationen und ein größeres Netz, sodass für noch mehr Strecken das StadtRAD genutzt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Busbeschleunigungsprogramm blockiert die SPD jedoch sämtliche Kapazitäten. Das Geld und die personellen Ressourcen gehen dorthin; das sehen wir beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, und das zeigt sich auch beim Ausbau des Veloroutennetzes. Viele Planungen der letzten Wahlperiode wurden ausgebremst, und es geht deutlich langsamer voran als geplant, weil die Busbeschleunigung Vorrang haben soll.

Wir haben einen Zusatzantrag der SPD, aber das ist lediglich weiße Salbe. Hier wird Sand in die Augen gestreut und das Thema ausgesessen. Es wird auf vermeintliche Sponsoren verwiesen. Das mag in Einzelfällen funktionieren, bringt aber keine relevanten Ausbauschritte und ist der falsche Weg, weil wir uns hier von Dritten abhängig machen. Wir müssen richtige Prioritäten zugunsten des Radverkehrs setzen. Die Prioritätensetzung des Senats macht jedoch deutlich, dass es keine Priorität zugunsten des Radverkehrs gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch schon im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen kritisiert, dass das Budget für die Förderung des Radverkehrs abgesenkt wurde – der Titel "Förderung des Radverkehrs" um 20 Prozent. Begründet wurde das damit, dass die Mittel nicht abfließen würden, und das verweist wieder auf die personelle Prioritätensetzung zugunsten anderer Schwerpunkte. Selbst wenn Sie das Geld tatsächlich nicht hätten verbauen können, in Radverkehrsanlagen auf der Straße zugunsten des StadtRAD-Systems wäre es gut angelegtes Geld gewesen.

Wir schlagen ein Sofortprogramm mit 50 neuen Stationen vor, das man sehr gut aus Investitions-

(Dr. Till Steffen)

mitteln bestreiten kann. Die größten Kosten, die entstehen, sind die Investitionen in die neuen Räder und die entsprechenden Abstellanlagen. Wir haben uns bei der Berechnung der Summe, die wir hier vorschlagen, an der Drucksache zur Einführung des StadtRAD-Systems orientiert. Es ist nicht ersichtlich, warum plötzlich deutlich höhere Kosten auf Basis des gleichen Vertrags anfallen sollten.

Wir meinen, dass das Geld hier besser investiert ist als in die wenig nachhaltige Busbeschleunigung, denn die Förderung des StadtRAD-Systems kommt gerade den Nutzerinnen und Nutzern von Bus und Bahn zugute. Ihr Weg wird durch ein attraktives Angebot für Leihräder stärker beschleunigt als durch die aufwendigen Umbaumaßnahmen, die der Senat in der ganzen Stadt vollzieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Ausbau wird im Rahmen des SPD-Antrags erst für den Zeitpunkt vorgesehen, wenn der jetzige Vertrag mit der Deutschen Bahn ausläuft; das wäre im Jahre 2018 oder 2019 der Fall, wenn es zur Neuausschreibung kommt. Wir meinen, so lange sollten die Hamburgerinnen und Hamburger auf weitere Stationen nicht warten.

Der Ruf nach neuen Stationen wird laut, und zwar aus allen Bezirksversammlungen und jeweils auch mit den Stimmen der SPD. Ihre Parteikollegen fordern den konkreten Ausbau an vielen Stellen und sehen konkrete Bedarfe. Zum Beispiel fordert die Bezirksversammlung in Altona den Anschluss des Hamburger Westens, die Bezirksversammlung in Eimsbüttel fordert die Erweiterung bis Stellingen und Eidelstedt, die Bezirksversammlung in Harburg fordert die Erweiterung im Hinblick auf sämtliche S-Bahn-Stationen im Bezirk und die TU, die Bezirksversammlung in Hamburg-Mitte im Hinblick auf Hamm, Horn und Borgfelde, die Bezirksversammlung Hamburg-Nord im Hinblick auf weitere Stationen in Barmbek, Dulsberg, Alsterdorf und Ohlsdorf, die Bezirksversammlung in Wandsbek entlang der Ahrensburger Straße bis nach Tonnendorf und im Hinblick auf die Bundeswehruniversität und, und, und. Diese Rufe sind allerdings vergebens, weil die zuständigen Behörden das jeweils unisono ablehnen; es gebe keine Mittel für diese zusätzlichen Stationen. Wenn man diese Wünsche auf die Zeit nach 2019 verweist, ist das aber unzureichend.

Es gibt noch viel mehr Ideen, und diese finden sich auf einer Vormerkliste. Nach dieser habe ich im Rahmen meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage gefragt, und mir wurde gesagt, dass die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei und nicht gefährdet werden solle. Deswegen müsse von einer Veröffentlichung abgesehen werden. Das ist also ein richtiges Staatsgeheimnis, noch geheimer als das Gehalt des Hauptgeschäftsführers der Handelskammer.

Warum das eigentlich so geheim ist, ist eine interessante Frage. Ich habe erst einmal unterstellt, dass Sie den großen Coup vorbereiten und dass in den nächsten Wochen jeder Wahlkreisabgeordnete der SPD seine persönliche StadtRAD-Station einweihen darf.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Super Idee! – Klaus-Peter Hesse CDU: Das werden noch mehr!)

Ich habe gedacht, dass Sie das durch unsere Aktivitäten nicht durchkreuzen lassen wollen. Das hätte ich noch verstanden, auch wenn es rechtswidrig gewesen wäre, so mit uns umzugehen. Jetzt wissen wir aber, dass nicht einmal das passiert. In der Sache wäre das sogar schön gewesen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Du hast uns auf eine Idee gebracht!)

Ich hoffe, dass die SPD sich noch bewegt; Ihr heutiger Antrag beweist jedoch das Gegenteil, das Thema soll totgeschwiegen werden. Es soll tatsächlich nicht deutlich werden, wo es konkrete Bedarfe nach neuen Stationen gibt, und die Vormerkliste mit den Standortwünschen nicht nur der bezirklichen Gremien, sondern auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, von Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und anderen Behörden soll geheim bleiben. Das halte ich für den falschen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, die Erklärung ist, dass das StadtRAD gar nicht so einen starken Erfolg haben soll. Der Senat und die SPD sind nicht daran interessiert, eine weitere Stärkung des Radverkehrs zu bekommen.

(Wolfgang Rose SPD: So ein Quatsch!)

Radverkehr hat schlicht keine hohe Priorität, und wenn es Verbesserungen gibt, dann aus Zufall an einzelnen kurzen Strecken zum Beispiel im Rahmen des Busbeschleunigungsprogramms. Es gibt aber keine Strategie zur Förderung des Radverkehrs, und das wird auch an der Situation heute deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Pochnicht.

Lars Pochnicht SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das StadtRAD ist ein Erfolgsmodell, das es weiter auszubauen gilt; da sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der SPD)

Alein bei der Frage, wie wir es organisieren, sind wir unterschiedlicher Meinung, und das gilt es zu diskutieren.

(Lars Pochnicht)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie machen es sich an dieser Stelle sehr einfach. Sie fordern den Ausbau eines Verkehrssystems, des StadtRADs, auf Kosten des anderen. Sie wollen die dringend erforderliche Modernisierung des Bussystems aussetzen, um damit 50 weitere StadtRAD-Stationen zu bauen. Verstehen Sie mich nicht falsch, auch meine Fraktion hält den Ausbau des StadtRADs für absolut wünschenswert, jedoch nicht auf Kosten des öffentlichen Nahverkehrs und der Busse.

(Beifall bei der SPD)

ÖPNV und Radverkehr lassen sich nicht einfach gegeneinander aufwiegen, denn sie stellen oft erst in Verbindung miteinander eine attraktive Alternative zum Auto dar. Wir brauchen intermodale Verkehrskonzepte und kein Inseldenzen. Nicht zuletzt deshalb konnte Hamburg mit dem Projekt "LOOP HH-Wilhelmsburg" den Deutschen Fahrradpreis 2014 gewinnen – ein Zeichen von guter Fahrradpolitik auch in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Verleihung ging es um die unmittelbare Anbindung zentraler Wohngebiete an Stationen des ÖPNV, die durch den "LOOP" der ausschlaggebende Grund für die Auszeichnung war. Die Attraktivität hängt auch immer davon ab, welche Angebote des ÖPNV man damit erreichen kann.

Hamburg verfügt über ein breites und gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln. 80 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger sind mit dem öffentlichen Nahverkehr in unserer Stadt zufrieden; das hat die jährliche Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GESS im Auftrag des "Hamburger Abendblatts" erst kürzlich ergeben. Der HVV nimmt außerdem in puncto Schnelligkeit der Verbindung den zweiten Platz im ÖPNV-Ranking ein – ein Beispiel für gute öffentliche Nahverkehrspolitik in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings sind sich alle Fachleute darüber einig, dass die Fahrgastzahlen auch weiterhin steigen werden. In den letzten Jahren waren es durchschnittlich 2 Prozent, und es ist davon auszugehen, dass das auch weiterhin der Fall sein wird. Für die Funktionsfähigkeit unserer Infrastruktur auch gerade im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs ist es sehr wichtig, dass wir das Bussystem an den steigenden Bedarf anpassen.

Meine Damen und Herren! Sie wollen uns weismachen, dass das Busbeschleunigungsprogramm nicht notwendig sei.

(Beifall bei *Klaus-Peter Hesse CDU – Jens Kerstan GRÜNE*: Genau! und Beifall)

Es sei eine Laune des SPD-Senats, auf die man ohne Auswirkungen für die Stadt verzichten könne.

Das ist aber nicht richtig. Wir brauchen die Busbeschleunigung, um allein die Bedarfe an unser Bussystem decken zu können, die schon jetzt vorhanden sind und zukünftig noch steigen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir brauchen die Busbeschleunigung außerdem, damit die Busse zukünftig weiter pünktlich fahren, um mehr Gelenkbusse einsetzen zu können und um die Fahrgäste bei steigenden Fahrgastzahlen transportieren zu können, wir brauchen sie für den Ausbau der Barrierefreiheit und um den Bus gegenüber dem individuellen Personenverkehr, also den Autos, attraktiver zu machen.

Auch die SPD-Fraktion hält den Ausbau des StadtRADs für sinnvoll und nötig, und deswegen haben wir heute einen eigenen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Dass der Ausbau des einen Verkehrsmittels auf Kosten des anderen erfolgt, wird es mit uns allerdings nicht geben. Wir setzen darauf, dass wir einen weiteren Ausbau auch ohne die von Ihnen geforderten Einschnitte beim öffentlichen Personennahverkehr erreichen können. Es gibt bereits gute Beispiele, wie in Kooperation von Stadt- und Privatfirmen weitere StadtRAD-Stationen realisiert werden können. Auch die Nutzung des StadtRADs als Dienstfahrzeug ist Teil einer solchen Vereinbarung.

Nicht zuletzt gibt es schon jetzt vielversprechende Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft, beispielsweise mit der "Mitte Altona", die zukunftsweisend sind. Stadt und Bauherr finanzieren hier gemeinsam die Erschließung des neuen Quartiers mittels zweier StadtRAD-Stationen. Bei derartigen Kooperationen entstehen auch Kosten, die von der Stadt getragen werden müssen. Eine StadtRAD-Station, Sie haben es vorhin selbst gesagt, verursacht Kosten von mindestens 10 000 Euro. Zurzeit sind noch Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 vorhanden, mit denen vielleicht fünf weitere Stationen finanziert werden können, aber das auch nur, wenn es zu einer Unternehmenskooperation kommt und die Privatwirtschaft ihren Anteil am Ausbau des StadtRADs trägt.

(Beifall bei der SPD)

Entsprechende Standortauswahlverfahren laufen bereits, und für die Zukunft gilt es, weitere Unternehmen zu finden, die für eine Kooperation zur Verfügung stehen. Denkbar sind insbesondere solche Partner, die Stadtteile erschließen, die bisher nicht über das StadtRAD verfügen. Jenfeld mit der Bundeswehruniversität ist ein gutes Beispiel.

Natürlich wollen wir weitere Stadtteile mit dem StadtRAD anbinden. Wir ersuchen deshalb mit unserem Antrag den Senat, Wege dazu aufzuzeigen. Die Ausweitung des StadtRAD-Systems muss deshalb auch Bestandteil der Neuausschreibung für das Jahr 2018 sein.

(Lars Pochnicht)

Dass der Ausbau auch ohne die Kürzung in anderen Bereichen gelingen kann, haben wir bereits bewiesen, etwa durch den Wegfall des vergünstigten Tarifs ab der 31. Minute. Hierdurch konnten wir einige neue StadtRAD-Stationen eröffnen, beispielsweise in Wilhelmsburg im letzten Jahr.

Meine Damen und Herren! Das StadtRAD ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Wir werden uns mit Sicherheit nicht dazu verleiten lassen, zwei notwendige und erfolgreiche Angebote des öffentlichen Nahverkehrs gegeneinander auszuspielen, wie Sie es an dieser Stelle vorschlagen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab und werden unseren eigenen Antrag beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn erst einmal herzlichen Dank an die Fraktion der GRÜNEN für die Anmeldung dieses Themas heute.

(Beifall bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder einmal über das Thema StadtRAD unterhalten – nicht, weil alle hier vorne sagen, dass sie das StadtRAD toll finden, sondern weil es ernstzunehmende Zeichen gibt, dass dieses wirklich gut gestartete Projekt unter der SPD langsam verbaselt wird, und darüber muss man in diesem Parlament sprechen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Über Erfolge sprechen alle gern, und Erfolge haben viele Väter.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Und Mütter!)

Till Steffen hat vorhin die Geschichte des StadtRADs ein wenig deutlich gemacht, und, liebe Kollegin Sudmann, wir kennen die Geschichte des StadtRADs. 2007 haben wir bei der Radverkehrskonzeption und beim Thema Stadtmöblierung das erste Mal die Finanzierung klargemacht, und 2008 haben wir das Projekt gemeinsam mit den GRÜNEN angeschoben und umgesetzt. Warum haben so viele im Parlament den Eindruck, dass seit 2011, also seitdem die SPD regiert, nicht nur in vielen anderen Bereichen, sondern auch beim StadtRAD Stillstand eingetreten ist, dass keine Vision und kein Mut vorhanden sind und dass kein Weg aufgezeichnet wird, der glaubhaft macht, wie es weitergehen soll?

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Dorothee Martin SPD: Einzelmeinung!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie werden sich bei diesem Thema nicht durchwurschteln können, denn die Menschen in

der Stadt haben ihr StadtRAD bisher geliebt, sie lieben es weiterhin und wollen mehr davon. Till Steffen hat gesagt, in welchen Bezirksversammlungen entsprechende Beschlüsse gefasst wurden. Dieser Druck wächst, und Sie werden sich ihm nicht verweigern können.

Lieber Kollege Pochnicht, es reicht nicht zu sagen, dass soundso viel Prozent der Menschen zufrieden mit dem öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg seien, dass die Welt schön sei,

(Dorothee Martin SPD: Genau!)

die SPD regiere und nichts geändert werden müsse. Sie ruhen sich immer noch auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, also auf dem, was Sie gar nicht selbst gemacht haben. Sie haben bisher keine Veränderung in diesem Bereich durchgeführt, also lassen Sie sich auch nicht von irgendwelchen Umfragen loben, deren Ergebnis nur darauf fußt, was vor Ihrer Regierungszeit getan wurde.

(Beifall bei der CDU – Dorothee Martin SPD: Die Platte hat einen Sprung!)

Die GRÜNEN haben heute einen mutigen Schritt getan. Sie haben sich Gedanken gemacht, wo sie eine Deckung hernehmen, da die SPD nicht bereit ist, konzeptionell in irgendeiner Form Veränderungen vorzunehmen und zu sagen, wie wir weitere StadtRAD-Stationen bezahlen wollen. Diese Kreativität wurde vollkommen zu Recht angebracht.

Lieber Kollege Pochnicht, Sie haben eben dargestellt, dass der ÖPNV gegen den Radverkehr ausgespielt werde und das tolle gewinn- und nutzbringende Busbeschleunigungssystem für die StadtRAD-Funktion geopfert würde. Das ist natürlich grober Unfug. Es würde einen solchen Antrag der GRÜNEN, einer Fraktion, die seit ihrer Gründung für den öffentlichen Personennahverkehr steht, nicht geben, wenn sie nicht den Eindruck hätten, dass das, was von Ihnen im öffentlichen Personennahverkehr mit dem Busbeschleunigungssystem gemacht wird, absoluter Unfug ist.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich empfehle Ihnen, sich vor Ort anzuhören, was die Menschen von Ihrer Busbeschleunigung halten. Wenn ich Ihre Reden höre, scheinen Sie noch immer nicht verstanden zu haben, wie das vor Ort ankommt und was die Busbeschleunigung dort für einen Nutzen hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Minuten! Fahren Sie mal damit!)

Im Übrigen habe ich weder Sie, Herr Bürgermeister, noch den Verkehrssenator irgendwann einmal mit oder gar auf einem Fahrrad auf einem Foto gesehen.

(Dorothee Martin SPD: Das sagt der Richtige!)

(Klaus-Peter Hesse)

Herr Senator, setzen Sie sich doch einmal auf ein Fahrrad, fahren Sie mit Till Steffen und mir zum Mühlenkamp und sprechen Sie mit den Leuten vor Ort. Diese warten sehnsüchtig auf Sie als denjenigen, der für das Busbeschleunigungsprogramm verantwortlich ist. Aber Sie drücken sich. Wo Bürgerprotest ist, wo Leute sauer sind und wo Ihr Busbeschleunigungsprogramm scheitert, sind Sie nicht zu sehen – schon gar nicht auf dem Fahrrad.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Wer hat den Fahrradbeirat abgeschafft? Das waren doch Sie, Herr Hesse!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gut gemeint ist nicht gut gemacht. Wir als CDU-Fraktion unterstützen natürlich die Idee, weiterhin Kooperationen mit Unternehmen durchzuführen und Partner zu suchen. Es muss nicht immer alles aus Steuergeldern finanziert werden. Man kann schauen, wo man StadtRAD-Stationen mit Partnern gründen kann, die Nutzen haben. Machen Sie hier also weiter, aber zeigen Sie auch Ergebnisse. Halten Sie nicht nur Schaufensterreden, sondern setzen Sie konkret etwas um.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das haben sie bei Ihnen gelernt!)

Das StadtRAD ist ein schönes Thema, um sich zu profilieren und zu sagen, schaut, was wir Tolles haben, aber das reicht bei Weitem nicht. Radverkehr in unserer Stadt ist sehr viel mehr als das StadtRAD. Dazu gehört auch, das hat der Kollege Steffen angedeutet, dass Sie endlich dafür sorgen, dass sich ausreichend Personal in der Fachbehörde um die Umsetzung der Radverkehrskonzeption kümmert und dass man keine Mittel für den Radverkehr streicht, die eingesetzt werden sollten.

Ich glaube, Sie setzen die falschen Prioritäten und haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Menschen wollen verstärkt mit dem Fahrrad fahren. Kümmern Sie sich endlich darum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das StadtRAD-Projekt ist eines der wenigen erfolgreichen Projekte der schwarz-grünen Koalition. Mit wenig Einsatz wurde effizient sehr viel erreicht. Wenn ich das sage, dann können Sie sicher sein, dass ich das ehrlich meine, denn ich muss mir drei- oder viermal überlegen, ob ich die GRÜNEN, die CDU oder beide zusammen lobe; das beruht auf Gegenseitigkeit.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das hat ja geklappt!)

Die SPD vollzieht bei diesem Projekt allerdings eine Vollbremsung, und jeder Radfahrer weiß, was nach einer Vollbremsung passieren kann,

(*Wolfhard Ploog CDU*: Die bleiben stehen!)

nämlich diverse Kollateralschäden, die nicht nur ihn selbst betreffen, sondern auch andere.

Wenn man sich die Kosten anschaut, die mit einer Erweiterung verbunden sind, dann sind das gegenüber dem Busbeschleunigungsprogramm – ich will nicht "Peanuts" sagen – Mittel, die man aus dem Haushalt bestreiten kann. Wenn man sich als Ziel setzt, dass sich die Fahrradnutzung in Hamburg prozentual verdoppeln soll, dann muss man auch Geld in die Hand nehmen.

Ich verstehe nicht, dass der Senat sagt, bis hierhin und nicht weiter: bis Ottensen nach Westen, in den Stadtpark nach Norden, bis Hamm nach Osten und bis zur BSU-Zentrale nach Süden. Alles, was darüber hinausgeht, ist eben Niemandsland, und wenn man irgendeinen Sponsor findet, der woanders das StadtRAD machen will, dann ist das in Ordnung. Es ist schön, dass sich Beiersdorf in der Troplowitzstraße eine StadtRAD-Station leisten will, und es ist auch sehr schön, dass der Eisenbahnbauverein in Wilstorf ebenfalls überlegt, so etwas zu tun. Das Problem ist nur, dass diese Station die einzige südlich der Süderelbe sein wird und etwa 800 Meter vom Harburger Bahnhof entfernt ist. Es würde sich doch wirklich anbieten, das StadtRAD wenigstens an den großen Schnellbahn-Stationen in Hamburg einzuführen. Das würde wahrscheinlich dazu führen, dass sich viel mehr Institutionen, die in der Nähe dieser StadtRAD-Stationen sind, auch überlegen, sich zu engagieren. Einzelne Insellösungen sind Flickwerk und haben mit Verkehrspolitik nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich werden wir einem Überweisungsbegehren nicht negativ gegenüberstehen

(*Dirk Kienscherf SPD*: Aber wir!)

und dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, insbesondere wegen des Finanzierungsvorschlags und weil wir das Busbeschleunigungsprogramm auch für denkbar schlecht halten.

Ich will dazu jetzt nicht wieder eine Ausführung von 1 bis 10 machen, wie Herr Dr. Schinnenburg das normalerweise tut. Ich beginne gleich bei Punkt 10, und zwar beim SPD-Antrag, der mich fast vom Hocker gehauen hat.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Klar und präzise!)

Wenn der Senat die Fahrradbewegung in Hamburg noch immer als Priorität ansieht, dann ist das, was in diesem Antrag steht, schon in der Arbeitsplatz-

(Dr. Kurt Duwe)

beschreibung des Senats enthalten. Dieser Antrag ist überflüssig und selbstverständlich, und Selbstverständlichkeiten werden wir natürlich zustimmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Man hätte sich auch darauf einigen können, dass sich die SPD, wenn schon solch ein Antrag da ist, der Stimme enthält,

(Hans-Detlef Rook CDU: Kreativität!)

weil hier eine Vollbremsung beim StadtRAD passiert und das für diese Stadt nicht gut ist. Das sollte auch der Senat einsehen. Was Sie hier tun, ist eine Änderung der Strategie der Verkehrspolitik, und es ist eine schlechte Änderung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE: Lasen Sie mich mit einer Feststellung beginnen: Das Leihsystem StadtRAD ist gut, der Zustand des Hamburger Radverkehrs ist schlecht. Wir müssen die SPD auf Spur bringen, auf Radspur und Radstreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe eine längere Rede vorbereitet. Da wir aber gerade eine wunderbare Abstimmungssituation haben, werde ich diese Rede später halten, und wir kommen jetzt hoffentlich zur Abstimmung.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Koeppen hat das Wort.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hesse, Ihre Rede ist die einzige Schaufensterrede, die ich heute gehört habe. Es war eine laute und unüberhörbare Aufzählung der üblichen Floskeln, die Sie auch sonst immer von sich geben. Ich will Ihnen ein paar Zahlen mit auf den Weg geben, die Sie vielleicht das nächste Mal noch etwas lauter von sich geben können.

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Koeppen, entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber ich finde, das Plenum könnte sich etwas leiser verhalten.

(Finn-Ole Ritter FDP: Es war so schön ruhig, als die SPD draußen war!)

Martina Koeppen SPD (fortfahrend): Das sind vielleicht Zahlen, die Herr Kerstan nicht unbedingt hören möchte, aber seit 2011 sind 20 neue StadtRAD-Stationen entstanden. Und, Herr Kerstan, vielleicht interessiert es Sie, dass sich die Zahl der StadtRAD-Fahrräder seit 2011 verdoppelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den anderen Themen, die hier zur Sprache gekommen sind, zum Beispiel die Busbeschleunigung. Herr Hesse, ich biete Ihnen an, dass wir uns auf dem Siemersplatz treffen. Ganz gleich, ob Sie mit der Metrobuslinie 5, als Fahrradfahrer mit dem StadtRAD von Hagenbecks Tierpark oder als Individualverkehrsnutzer kommen, die Situation vor Ort hat sich für jeden Teilnehmer verbessert. Aber da Sie sich das noch nicht angesehen haben, können Sie natürlich nicht mitreden.

Kurze Anmerkung: Die S4 wird gebaut, die S21 wird umgesetzt, die U4 wird verlängert, und es gibt einen neuen Bahnhof an der Elbbrücke. Das ist die Leistung des Senats und des Senators Horch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Jetzt habe ich es endlich testen können und es hat geklappt, das Haus ist voll. Das werde ich öfter machen, vielen Dank.

(Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt kann wenigstens die gesamte SPD-Fraktion zuhören.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Vielleicht bewirkt es auch etwas, wenn Sie noch einmal überlegen, weshalb ich zu Anfang gesagt habe, dass das Leihsystem StadtRAD gut ist, der Hamburger Radverkehr aber nicht. Daran hat die SPD leider einen Anteil. Herr Hesse sprach von Müttern und Vätern, und wenn alle Mütter und Väter fürs StadtRAD Unterhalt zahlen und sich zu ihrem Kind bekennen würden, dann sähe es besser aus. Sie sagen selbst, liebe SPD-Fraktion, dass es 2005 Ihre Idee war, ein Leihsystem einzuführen, das Schwarz-Grün nur übernommen und umgesetzt habe. Also tun Sie etwas für Ihr Kind und lassen Sie es nicht auf der Straße stehen – oder besser: fahren.

Wir haben bisher viel zu wenig Wissen über das StadtRAD und wissen überhaupt nicht, warum Leute registriert sind und nicht fahren; Herr Steffen hat es angesprochen. Ich bin für den Notfall auch registriert, aber bisher ist der Notfall nie eingetreten, und ich habe mein eigenes Rad dabei. Ich glaube, viele Leute haben damals gedacht, es kostet nichts, also lasse ich mich registrieren, und irgendwann kann ich es dann nutzen.

(Arno Münster SPD: Ich habe meine PIN vergessen!)

(Heike Sudmann)

– Herr Münster, Sie fahren auch Fahrrad? Es ist hart, wenn jemand seine PIN vergisst.

Wir wissen auch nicht, wie sich das StadtRAD auf die Verteilung der Verkehrsarten ausgewirkt und ob es dazu beigetragen hat, dass wesentlich mehr Menschen sagen, ich lasse mein Auto stehen und fahre jetzt Fahrrad. Bisher gibt es diese Erkenntnis nicht, auch wenn Herr Schmidt heftig nickt. Das fehlt noch, und es fehlt einfach die Möglichkeit, in Hamburg wirklich gut Rad zu fahren. Es reicht nicht, über das StadtRAD zu sprechen und es zu loben wie die SPD, aber im Radverkehr zu wenig zu machen. Und dieses Problem hat Herr Pochnicht eben sehr schön beschrieben. Er hat zu Recht erkannt, dass die GRÜNEN etwas völlig Unsinniges gemacht haben

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

und etwas beantragen, das den Umweltverbund, sprich den Radverkehr, fördern soll, dafür aber Geld aus dem ÖPNV nehmen wollen. So schlecht kann die Busbeschleunigung gar nicht sein, eine halbe Million Euro herauszunehmen. Es gibt so viele schlechte Straßenprojekte, zum Beispiel "switchh – Hamburg verbunden", wo Sie beim Berliner Tor und an anderen innenstadtnahen U-Bahn- und S-Bahn-Stationen für sehr viel Geld Carsharing anbieten wollen. Hier hätte man Geld herausnehmen können, das wäre eine wunderbare Idee gewesen, aber doch nicht aus dem Busbeschleunigungs- und ÖPNV-Programm.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Kerstan GRÜNE: Das Busbeschleunigungsprogramm kann man einstellen, das würde gar keiner merken!)

Herr Pochnicht, Sie haben gesagt, dass Sie nicht den Ausbau des einen Verkehrsmittels auf Kosten des anderen betreiben wollen. Genau das ist das Problem der SPD, dass Sie nicht bereit sind, zugunsten des Radverkehrs etwas gegen den Straßenverkehr zu machen, und das hat Ihre Regierung im Mobilitätsprogramm auch beschrieben. Dort steht klar, dass es zu Konflikten zwischen Radverkehr und Autoverkehr komme, aber nicht, dass man diese Konflikte auch zugunsten des Radverkehrs entscheiden werde. Sie sagen, es gebe Konflikte und man müsse schauen, wie das ausgeht. In Hamburg geht es seit 40 Jahren so aus, dass die Straßen gebaut werden und die Radfahrerinnen immer hinterherradeln können. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Finn-Ole Ritter FDP)

– Herr Ritter, hier haben Sie leider etwas zu wenig Ahnung. Üben Sie noch ein bisschen.

Sie als SPD-Mehrheitsfraktion sind nicht bereit, im Ausschuss zu diskutieren oder noch einmal zu schauen, wie man das StadtRAD fördern kann. Sie

machen wieder einen Prüfauftrag, der niemandem wehtut, der irgendwann beantwortet wird und bei dem Sie dann nicht mehr in der Pflicht sind, sich in dieser Legislaturperiode zu entscheiden, ob Sie Ja oder Nein sagen. Das ist schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/10851 an den Verkehrsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich lasse über die Anträge in der Sache abstimmen.

Wir beginnen zunächst mit dem Antrag der GRÜNEN aus der Drucksache 20/10851. Hierzu hat die Fraktion DIE LINKE eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer sodann die Ziffern 1, 2 und 5 des Antrags annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer den Ziffern 3 und 4 des Antrags folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch die Ziffern 3 und 4 sind mit Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/11011.

Wer sich diesem anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 57, Drucksache 20/10861, dem Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN und FDP: Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vernachlässigung der Kindeswohlsicherung im Fall Yagmur durch staatliche Stellen und zur Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung des Kinderschutzes in Hamburg.

[Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN und FDP:

Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung der Vernachlässigung der Kindeswohlsicherung im Fall Yagmur durch staatliche Stellen und zur Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung des Kinderschutzes in Hamburg

– Drs 20/10861 –]

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 26 Absatz 1 Satz 1 der Hamburger Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist.

Zu diesem Antrag liegt Ihnen als Drucksache 20/10980 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Erweiterung des Auftrags zur Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Todes von Yagmur und der Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung des Kinderschutzes in Hamburg
– Drs 20/10980 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Ritter.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses geht es uns vor allem um eine umfassende Aufklärung. Das betrifft nicht nur den Todesfall der kleinen Yagmur, sondern auch deren Vorgeschichte. Die Tragik des Falles liegt nicht allein darin, dass ein Kind zu Tode gekommen ist, sondern auch darin, dass das Mädchen schon vorher ein Martyrium erlebt hat und offenbar nichts dagegen unternommen wurde. Im Bericht der Jugendhilfeinspektion, aus dem mittlerweile auch schon öffentlich zitiert wurde, können wir nachlesen, dass allein die äußerlich sichtbaren Verletzungen am Körper und am Fuß in Form von Hämatomen und Quetschungen weit mehr als 80 an der Zahl umfassen.

Meine Damen und Herren! Ein kleines Mädchen hat zum Zeitpunkt seines Todes mehr als 80 sichtbare Verletzungen. Schon in den Jahren zuvor hat es immer wieder massive Verletzungen gegeben, und dennoch ist das Wohlergehen des Mädchens im Laufe der Zeit aus dem Blick geraten. Dabei hat der Staat in solchen Fällen ein grundgesetzlich vorgeschriebenes Wächteramt, das hier offenbar nicht wahrgenommen wurde. Es ist absolut unverständlich, warum die notwendige Sensibilität aller Akteure nach mehreren Todesfällen von Kindern in Hamburg dennoch fehlte. An dieser Tatsache hätte auch eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz nichts, aber auch gar nichts geändert.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Statt sich um die wirklich drängenden Fragen zu kümmern, wird zum wiederholten Male eine Verfassungsdebatte aufgewärmt, und so entsteht der Eindruck, dass es sich um ein reines Ablenkungsmanöver der SPD handelt. Wir müssen die Probleme in Hamburg an den Wurzeln angehen, und das schafft aus unserer Sicht nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss.

Der PUA muss zweierlei leisten, zum einen die Aufklärung des konkreten Falls und die Aufarbeitung der Vorgeschichte, zum anderen aber auch die Aufklärung hinsichtlich der Rahmenbedingungen, denn nach allem, was wir bisher wissen, war es gerade nicht das individuelle Versagen einer einzelnen Fachkraft, sondern eine Verkettung von Fehlern, Fehleinschätzungen, Schnittstellenproblematiken und Kommunikationsdefiziten zwischen allen beteiligten Akteuren.

Der Auftrag des PUA beinhaltet deshalb gerade nicht nur die Befassung mit dem ASD beziehungsweise dem Jugendhilfesystem,

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

sondern auch andere Beteiligte und ihre Rollen sollen in den Blick genommen werden. Das ist ein entscheidender Vorteil eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegenüber einer Enquetekommission.

Die Entscheidung für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss liegt aber nicht nur im Auftrag begründet, sondern auch im Verhalten der Behörden. Aus unserer Sicht wurden seitens des Senats und der zuständigen Bezirksamter voreilige Schlüsse gezogen. Herr Senator, selbstverständlich gibt es eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitern, aber dennoch muss die Arbeit im ASD und in der Justiz ergebnisoffen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, statt den Schwarzen Peter von einem zum Nächsten zu schieben.

Meine Damen und Herren! Das Ziel ist nicht die Suche nach individueller Schuld; dies zu bewerten wird Aufgabe der Staatsanwaltschaft und der Gerichte sein. Das Ziel ist hingegen, Hintergründe aufzuarbeiten, Handlungsweisen zu hinterfragen und den Kinderschutz in Hamburg zu verbessern. Dabei müssen und werden auch diejenigen zu Wort kommen, die tagtäglich diese verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen. Insofern ist die Kritik der SPD und der LINKEN verfehlt, wir würden keine externen Experten miteinbeziehen wollen. Zum einen werden wir genau solche Experten einladen, und zum anderen sind die Mitarbeiter der Allgemeinen Sozialen Dienste ebenfalls Experten – Experten, denen viel zu selten Gehör geschenkt wird. Wie sonst kann die große Diskrepanz in der Wahrnehmung der Behördenleitung und der Mitarbeiter der Basis erklärt werden?

Mit dem Untersuchungsausschuss haben wir die Möglichkeit, die am Fall beteiligten Fachkräfte zu befragen, nicht nur zum konkreten Fall Yagmur, sondern auch zu den Rahmenbedingungen. Für die Rahmenbedingungen ist nun einmal der Senat verantwortlich. Dass er dieser Verantwortung ausreichend nachgekommen ist, bezweifeln wir – mir fehlt ein Wort.

(Finn-Ole Ritter)

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

– Kleiner Test, ob Sie noch dabei sind. Sie haben alle verstanden, was ich sagen wollte.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zum Zusatzantrag der Links-Fraktion sagen. Sie wollen mit Ihrem Antrag den Auftrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ausweiten, überfrachten ihn damit, nehmen das Ergebnis implizit vorweg und verheddern sich dabei in Widersprüche. Sie möchten die Jugendhilfe am liebsten rekommunalisieren, sprechen aber den Jugendämtern, also einem Teil der kommunalen Jugendhilfe, gleichzeitig Ihr Misstrauen aus und stellen ihnen ein schlechtes Zeugnis für den Umgang mit Eltern aus. Das verstehe, wer will, wir tun es auf jeden Fall nicht und lehnen den Antrag deswegen komplett ab.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist aus unserer Sicht die richtige und vernünftige Vorgehensweise, um für eine umfassende Aufklärung zu sorgen und den Kinderschutz in Hamburg nachhaltig zu verbessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Schmitt.

Frank Schmitt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ritter, auch wenn Ihnen das Wort gefehlt hat: Ich bedanke mich zunächst einmal für die Klarstellung, dass es bei diesem parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht darum geht, individuelle Schuld zu suchen. Ich denke, das ist auch ein wichtiges Signal für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes, die jeden Tag viel dafür tun, dass Hamburgs Kinder und Jugendliche geschützt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der Aktuellen Stunde der vorangegangenen Bürgerschaftssitzung ausführlich über die Frage des geeigneten Instruments zur Aufklärung des schrecklichen Todes und der Leidensgeschichte von Yagmur diskutiert. Wir als SPD-Fraktion haben deutlich gemacht, dass wir sowohl zur Aufklärung, insbesondere jedoch für die Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung des Kinderschutzes eine Enquete-Kommission für das geeignetere Instrument halten. Als SPD-Fraktion haben wir größtes Interesse an einer umfassenden Sachaufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Diese haben wir begonnen durch mehrfache Beratung im Ausschuss. Wir haben ein Aktenvorlageersuchen für die Ausschussmitglieder gestellt und dieses erweitert, damit sich jeder Kollege und jede Kollegin hier im Parlament ein eigenes Bild machen kann. Wir haben uns intensiv mit dem Bericht der Jugendhilfeinspektion auseinandergesetzt. Mit dieser Aufklärung wollen wir jetzt weiter vorankommen und auch nicht länger Diskussionen über die Wahl des geeigneten Instruments führen.

Der Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses liegt nun vor. Es ist ein verfassungsmäßiges Minderheitenrecht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, und ich füge hinzu: Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem also das erforderliche Quorum festgestellt wurde, kann der parlamentarische Untersuchungsausschuss bereits in der nächsten Woche zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen.

Dass wir als SPD-Fraktion es nicht als sinnvoll erachten, zeitlich parallel eine Enquete-Kommission einzurichten, haben wir der LINKEN gegenüber immer klar und offen dargestellt. Jetzt finden sich – und das ist eine Beschreibung und ausdrücklich kein Vorwurf – im Zusatzantrag der LINKEN teils wortgleiche Formulierungen wieder, die wir alle aus früheren Anträgen der LINKEN auf Einsetzung einer Enquete-Kommission kennen. Wir denken, dass parlamentarischer Untersuchungsausschuss auf der einen und Enquete-Kommission auf der anderen Seite unterschiedliche Ansätze haben, und weil wir die Minderheitenrechte nicht nur respektieren, sondern achten, werden wir uns heute zu beiden Anträgen in Gänze enthalten. Inwieweit die einzelnen Punkte des Zusatzantrags der LINKEN mit den Fragestellungen des ursprünglichen Einsetzungsantrags in Einklang zu bringen sind, müssen die einsetzenden Fraktionen in Wahrnehmung ihres Minderheitenrechts entscheiden. Wir als SPD werden jede Aufklärungs- und Sacharbeit unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr de Vries.

Christoph de Vries CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt liegt der Antrag auf Einsetzung des PUA vor, über den wir schon ausführlich während der letzten Sitzung beraten und debattiert haben. Der PUA, ich will es noch einmal klar sagen, dient der umfassenden sachlichen Aufklärung der Umstände, die zum Tod des kleinen Mädchens Yagmur geführt haben. Er ist aus unserer Sicht genau das richtige Aufklärungsinstrument, um den Fehlentscheidungen der Jugendämter und

(Christoph de Vries)

auch den Versäumnissen anderer Beteiligter, nämlich bei Staatsanwaltschaft, Familiengericht und möglicherweise auch der betreuenden Kita, umfassend und schonungslos auf den Grund zu gehen. Klar ist: Ein Mädchen wurde zurückgeführt trotz aller Warnhinweise, trotz aller Bedenken. Klar ist auch: Es wurde ein Mädchen in die Hände ihrer gewalttätigen Eltern gegeben, obwohl es schon einmal lebensbedrohlich verletzt war und obwohl es einen Antrag des zuständigen Jugendamts gab, den Eltern das Sorgerecht zu entziehen.

Unser Eindruck ist, dass die zahlreichen Fehler, die dort gemacht worden sind, nicht vornehmlich auf einem Regelungsdefizit beruhen, sondern wir haben es mit einer Verkettung von individuellen Fehlern der Mitarbeiter zu tun, man könnte auch von einem kollektiven Versagen sprechen, wenn man sich das in der Nachschau ansieht. Möglicherweise hat der Tod auch mit den personellen, finanziellen und fachlichen Rahmenbedingungen zu tun, die durch die BASFI vorgegeben werden, aber auch anderer Behörden und Ämter, die daran beteiligt waren.

Wir haben den Bericht der Jugendhilfeinspektion vorgelegt bekommen. Er ist mit Sicherheit eine gute Grundlage, um Fragen zu stellen, aber er ist keineswegs geeignet, um erschöpfende Antworten auf das Versagen der staatlichen Stellen zu geben. Und vor allen Dingen gibt er uns erst recht keine Hinweise darauf, wie wir Kinder in unserer Stadt, die von Gewalt und Misshandlung bedroht sind, künftig besser schützen können. Es leiten sich zentrale Fragen aus diesem Bericht ab, die bislang unbeantwortet sind. Ich will sie noch einmal kurz skizzieren, weil ich glaube, dass sie im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit im PUA stehen werden.

Die erste Frage, die sich natürlich alle stellen: Warum haben sich Jugendamtsmitarbeiter zu einer Rückführung des Kindes entschieden bei dieser Vergangenheit und bei allen Warnhinweisen, die es gab? Und warum sind angesichts der lebensgefährlichen Verletzungen, die das Kind schon erlitten hatte, Kontrollbesuche nach der Rückführung ausgeblieben? Was spielte da eine Rolle? Ist es Personalmangel, ist es Überlastung in den Jugendämtern? Das wird eine wichtige Frage sein, die uns beschäftigen wird.

Aber auch die Rolle der Staatsanwaltschaft wird zu untersuchen sein. Warum wurde die Mutter damals nicht vorgeladen und vernommen, als das Kind das erste Mal schwer verletzt wurde? Und warum ist die Staatsanwaltschaft, obwohl sie selbst die rechtsmedizinische Untersuchung angeordnet hatte und eine Stellungnahme einforderte, den Ergebnissen nicht näher nachgegangen? Warum wurde nicht gefragt, in welchem Zeitraum diese Verletzungen zugefügt worden sein konnten? Das hätte wichtige Hinweise auf die Verdächtigen gegeben, ist aber unterblieben.

Die nächste Frage, die sich uns stellt, bezieht sich auf die Rolle der Familiengerichte. Warum hat das Familiengericht an dem entscheidenden Wendepunkt, wie es im Bericht bezeichnet wird, keine eigene Bewertung des Falls vorgenommen, sondern sich auf die Aussage des Jugendamts verlassen? Stimmt diese Aussage überhaupt? Wir mussten erleben, dass es darüber im Familienausschuss keine einheitliche Auffassung gab. Es gab Widersprüchlichkeiten zwischen den Behörden, aber noch viel bemerkenswerter ist, dass der Leiter des Bezirksamts Eimsbüttel, Herr Sevecke, seiner eigenen Aussage, die er im Ausschuss getätigt hat, kurze Zeit später öffentlich widersprochen hat, indem er sagte, das Familiengericht habe eine aktive Rolle gespielt. Auch das sind Widersprüche, denen wir im PUA auf den Grund werden gehen müssen.

Zu guter Letzt noch etwas, das einen fassungslos macht: Warum hat sich eigentlich die Kita nicht eingeschaltet, wenn ein Kind wochenlang mit blauen Flecken und blutiger Nase erscheint? Auch hier wird die Frage zu stellen sein, wieweit die Kita ihrer Verantwortung nachgekommen ist.

Auf all diese Fragen, die ich gerade formuliert habe, kann eine Enquete-Kommission keine Antworten geben. Wir wollen aber Aufklärung konkret für diesen Fall, um mithilfe der Zeugenbefragungen, die wir durchführen werden, und der Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen können, gute Lösungen für den Kinderschutz in Hamburg zu finden.

Der vorherrschende Eindruck, den wir momentan gewinnen, ist, dass es den beteiligten Behörden in Hamburg vorrangig darum geht, die Verantwortung für den Tod des Mädchens auf jeweils andere zu schieben und die eigenen Hände in Unschuld zu waschen. Wir hören, es gäbe in der BASFI gar keine Verantwortung und auch in den Bezirksämtern gäbe es keine Notwendigkeit für Konsequenzen. Dann gibt es eine Taskforce, die zu dem Ergebnis kommt, die Mitarbeiter hätten nichts falsch gemacht und auch an der Spitze der Jugendämter müsse sich nichts ändern. Das alles zeigt uns, dass wir die Aufklärungsarbeit nicht allein den Behörden überlassen sollten. Diesen Fehler wollen wir als CDU-Fraktion nicht machen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Zur Aufarbeitung gehört auch, dass uns alle wesentlichen Informationen vorliegen. Wir müssen aber feststellen, dass echte Aufklärung mit den Akten, die uns auf das Aktenvorlageersuchen der SPD hin vorgelegt worden sind, faktisch unmöglich ist. Es sind uns nicht sämtliche Akten der Jugendämter vorgelegt worden mit Verweis auf den Sozialdatenschutz. In der letzten Sitzung haben Sie gesagt, dass diese Akten nicht nur die Mitglieder des Familienausschusses, sondern das gesamte Parlament erhalten sollen. Aber dieser Antrag läuft doch völlig ins Leere, wenn die wesentlichen Unterlagen

(Christoph de Vries)

nicht enthalten sind. Damit ist der Antrag, ich muss es leider sagen, eine Farce.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der FDP)

Genau das ist auch ein wesentlicher Grund, warum wir den PUA mit all seinen Rechten brauchen, damit wir die Vorlage aller wichtigen Unterlagen erzwingen können, um dann Wahrheit ans Licht zu bringen. Eines ist klar: Am Ende muss eine Verbesserung des Kinderschutzes in Hamburg stehen. Und klar ist auch, dass das Wohl der Kinder künftig in den Mittelpunkt jugendamtlicher Entscheidungen gerückt werden muss. In Zukunft müssen bei allen Zweifeln, die es gibt, immer die Unversehrtheit und die Sicherheit der Kinder im Mittelpunkt stehen. Das muss ausschlaggebend sein bei allen Entscheidungen, die getroffen werden.

An dieser Stelle will ich auch noch etwas zum Elternrecht sagen. Das elterliche Erziehungsrecht muss bei allen Entscheidungen der Jugendämter künftig dort seine Grenzen finden, wo Kinder fundamentalen Gefahren ausgesetzt sind. Ich glaube, das muss Ziel unserer Beratungen und Untersuchungen im Ausschuss sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die SPD hat sich personell aufgestellt, wie ich heute sehen konnte, die Mitglieder sind benannt, auch wir haben das getan. Der Vorsitzende wird Herr Trepoll sein, ich werde die Rolle des Obmanns für die CDU übernehmen, und wir werden auch einen bereits bekannten Vorschlag für die Leitung des Arbeitsstabs unterbreiten. Die konstituierende Sitzung wird noch in den Ferien, am 6. März, stattfinden. Ich hoffe, dass wir uns alle personell und organisatorisch so aufstellen, dass wir zügig mit der Arbeit beginnen können und keine Auseinandersetzungen über Verfahrensfragen haben. Es muss das gemeinsame Ziel sein, Aufklärungsarbeit zu leisten; ich bin auch hoffnungsvoll nach dem, was ich eben von Herrn Schmitt gehört habe. Ich hoffe, dass wir leidenschaftlich Aufklärungsarbeit zum Wohle der Kinder leisten werden und parteipolitische Mätzchen dabei unterbleiben. Wir als CDU sind dazu jedenfalls uneingeschränkt bereit. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Yagmurs Tod hat uns gezeigt, dass Hamburg nicht in der Lage ist, seine Kinder zu schützen. Das ist die Ausgangssituation für diesen Untersuchungsausschuss. Das Handeln und das Unterlassen aller Stellen im Fall Yagmur muss schonungslos analysiert werden. Der Bericht

der Sozialbehörde hat diese Analyse leider nicht geleistet. Wichtige Schnittstellen – wir hörten es eben schon – zwischen Jugendhilfesystem und der Justiz klammert dieser Bericht völlig aus. Der eben schon erwähnte Bericht der sogenannten Taskforce aus dem Bezirksamt Eimsbüttel erreicht uns erst gar nicht, den kennen die Abgeordneten hier nicht. Auch die von der SPD während der letzten Bürgerschaftssitzung verkündete Transparenz sehe ich ebenso als halbherzig an wie Kollege de Vries. Fakt ist nämlich, dass der Senat mauert und wichtige Akten, zum Beispiel die Akten der Jugendämter, die gesamten Akten zum Fallverlauf bei Jus-IT, diesem Computersystem, und eine mindestens ebenso wichtige Akte des Familiengerichts St. Georg zurückhält. Der Senat legt den Sozialdatenschutz so eng aus, dass die Bürgerschaft ihren Aufgaben nicht nachkommen kann. Der gesamte Fallverlauf fehlt den Abgeordneten. So kann man seine Arbeit nicht machen, und aus diesem Grund ist der Untersuchungsausschuss erst recht notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Es wird mindestens ebenso deutlich, dass wir die Aufklärung der Umstände von Yagmurs Tod nicht allein den staatlichen Stellen überlassen können. Die staatlichen Stellen sind unserer Meinung nach Teil des Systems, das versagt hat. Aus diesem Grund brauchen wir einen Drauf- und einen Einblick, der unabhängig von staatlichen Stellen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Natürlich spielt auch die Frage nach der politischen Verantwortung eine Rolle, ebenso wie die Sachfragen, die zu klären sein werden. Wir müssen uns aber auch klarmachen, dass Yagmurs Tod auf seine Art zwar ein tragischer Einzelfall ist, aber im Gesamtzusammenhang auch wieder nicht. Der Tod von Yagmur kann auch als Spitze eines Eisbergs gesehen werden, denn täglich sind viele Kinder massiven Gewaltmisshandlungen ausgesetzt. Laut polizeilicher Statistik werden in ganz Deutschland wöchentlich etwa 70 Kinder so schwer misshandelt, dass sie in ärztliche Behandlung kommen müssen, um wieder gesund zu werden, und oft sind die Täter oder Täterinnen im familiären Umfeld zu finden. Die Gefahr für all diese Kinder, durch Misshandlung ums Leben zu kommen, ist immens. Meine Damen und Herren, so darf es nicht bleiben.

Umso schwerer wiegt es da, wenn sich das Kind bereits in der Obhut des Staates befindet. Wir müssen – und das wollen wir mit diesem Untersuchungsausschuss erreichen – verstehen, warum auch bei Yagmur an verschiedenen Stellen die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt wurde und warum sogar bei dem konkreten Verdacht auf Kindesmisshandlung nicht konsequent gehandelt wurde,

(Christiane Blömeke)

warum nicht eingegriffen wurde. Wir müssen untersuchen, warum die Beteiligten der verschiedenen Stellen nicht in der Lage waren, die Misshandlungen rechtzeitig zu erkennen. Da wird es natürlich auch um Fragestellungen gehen. Es wird um die Frage gehen, ob Sozialpädagogen, Erzieher, Polizisten, aber auch Kinderärzte und Richter in der Ausbildung vielleicht nicht genügend auf dieses Thema Kinderschutz vorbereitet werden. Wir müssen auch den Einfluss untersuchen, den die Rahmenbedingungen haben, und diese Rahmenbedingungen werden vom Senat gesetzt. Verhindert vielleicht zu viel Bürokratie einen wirksamen Kinderschutz? Fakt ist, dass die personelle Ausstattung der Jugendämter unzureichend ist und dass dort unter Zeitmangel nicht die Arbeit geleistet werden kann, die für einen umfassenden Kinderschutz notwendig ist. Entgegen der Äußerung des Bürgermeisters und auch des Sozialsenators spielte auch Zeitmangel beim Personal in den Jugendämtern im Fall Yagmur eine entscheidende Rolle. Wir haben es in der letzten Bürgerschaftsdebatte schon gesagt: Es gibt Hinweise darauf, dass Hilfeplangespräche aus Zeitmangel nicht stattgefunden haben und dass auch die Zeit für das Aktenstudium fehlte.

Die Sachfragen, aber auch die Fragen nach der politischen Verantwortung für die Rahmenbedingungen des Kinderschutzes muss der Untersuchungsausschuss beantworten, um dann am Ende konkrete Vorschläge für die Zukunft vorzulegen, denn eines ist klar: Hamburg braucht ein wirksames Kinderschutzsystem, und dafür soll dieser Untersuchungsausschuss eine Hilfe sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Zum Antrag der Links-Fraktion. Aus unserer Sicht wirft die Links-Fraktion wichtige Fragen auf. Wir können diese aber weder im Rahmen des PUA bearbeiten, noch könnten wir sie im Rahmen einer Enquete-Kommission klären, weil beide bis zur nächsten Wahl beendet werden müssen. Der Zusammenhang zwischen Armut, Hartz IV und Kinderschutz ist ein Thema, das gemeinsam mit dem Sozialressort geklärt werden müsste. Politisch kann man sicherlich wichtige Erkenntnisse daraus entwickeln, wenn man sich damit beschäftigt. Aber wir glauben nicht, dass diese Themen in diesem PUA richtig aufgehoben sind, vor allen Dingen, weil es zeitlich gar nicht machbar wäre, sie zu bearbeiten. Wir werden uns deswegen bei diesen Punkten enthalten, weil sie in der Sache wichtige Fragen aufwerfen, es aber eben nicht machbar ist, diese im Rahmen des PUA zu bearbeiten.

Einem Punkt aus dem Antrag der LINKEN stimmen wir aber zu, das ist der Punkt 2, denn die Frage der Erziehungsfähigkeit von Eltern und auch von Pflegeeltern ist ein Punkt, den wir als GRÜNE in unserem Untersuchungsantrag noch nicht ausrei-

chend berücksichtigt finden. Wir finden diesen Punkt der Links-Fraktion hier schlüssig und würden ihm zustimmen wollen. So kommen wir am Ende zu einer differenzierten Abstimmung. Aber ich glaube, das Wichtigste ist – und da stimme ich dem Kollegen Schmitt zu –, dass wir jetzt anfangen zu arbeiten. Die Frage des Instruments spielt keine Rolle mehr. Uns alle eint der Wunsch nach Aufklärung, wie es zu diesem Tod von Yagmur kommen konnte. Uns alle eint auch der Gedanke, den Kinderschutz in Hamburg wieder auf eine neue Basis zu stellen, damit es nicht weitere tote Kinder in Hamburg gibt. Wir wissen, dass wir nichts hundertprozentig verhindern können, aber wir können unser Bestes tun, um den Kinderschutz noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Yildiz das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab will ich sagen, dass wir den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unterstützen werden. Ich will aber noch einmal deutlich hervorheben, warum wir die Enquete-Kommission bevorzugt hätten und warum wir mit unserem Zusatzantrag die Erweiterung des Untersuchungsauftrags erreichen wollen.

Ich fürchte, es wird wieder so sein, dass wir Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft in unserem eigenen Saft schmoren werden. Wieder wurde eine Möglichkeit verpasst, sich organisiert – ich betone organisiert, denn natürlich werden wir auch im PUA Experten einladen – wissenschaftlichen Sachverstand von außen zu holen. Wieder wurde eine Möglichkeit verpasst, über den Wahlkampf hinaus das System der Kinder- und Jugendhilfe als Ganzes zu untersuchen, anstatt an Einzelteilen herumzureparieren oder sich im Einzelfall zu verlieren. Nach dem Tod von sechs Mädchen wäre es an der Zeit gewesen, damit aufzuhören und das gesamte System von unabhängiger Seite durchleuchten zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht der Parteienproporz entscheidet in der Enquete-Kommission, sondern die fachliche Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft; im Untersuchungsausschuss wird das nicht der Fall sein. Dazu waren die anderen Parteien aber leider nicht bereit, nach unserer Auffassung auch die SPD nicht. Sie sehen an unserem Erweiterungsantrag, dass wir trotzdem, wie schon im Sonderausschuss zum Tod des Mädchens Chantal, konstruktiv mitarbeiten wollen und Vorschläge machen. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die inhaltlichen Anliegen des Kinderschutzes stärken und bisher fehlende

(Mehmet Yildiz)

Bereiche des Untersuchungsauftrags sachlich und fachgerecht ergänzen. Aber ich fürchte nach den bisherigen Debattenbeiträgen, dass das keine Zustimmung finden wird.

Neben der Sachaufklärung, die auch wir wollen, sollten wir uns vor allem mit den Fragen beschäftigen, die hinter den tragischen Todesfällen stehen. Ohne Ihre Unterstützung werden wir die Möglichkeit verpassen, den Untersuchungsauftrag des PUA zu erweitern und so am Fall Yagmur orientiert diese Fragen sachlich aufarbeiten zu können. Daher will ich unsere Vorschläge noch einmal deutlich machen.

Erstens: Wir wollen die Wirkung der Ökonomisierung der sozialen Arbeit untersuchen.

Zweitens: Wir wollen die Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen.

Drittens: Wir wollen die Begleitung der auf Hilfe Angewiesenen untersuchen und verbessern.

Viertens: Wir wollen das Verhältnis zwischen Jugendämtern und den auf Hilfe Angewiesenen untersuchen und verbessern.

Zu Punkt 1: Ein wichtiger Bereich, der unbedingt untersucht werden muss, ist die Ökonomisierung der sozialen Arbeit. Wir haben in den letzten Jahrzehnten erlebt, wie der Bereich der Jugendhilfe nach marktwirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet wurde. Nach meiner Auffassung ist die Fachlichkeit dabei verloren gegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines der besten Beispiele dafür ist Jus-IT, für das wir 112 Millionen Euro ausgegeben haben und das, wenn ein Hilfesuchender kommt und die Fakten eingegeben werden, am Ende die billigste Hilfe ausspuckt und nicht die passende. Das kann und darf nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es in Hamburg 250 Träger mit dem Arbeitsschwerpunkt Jugendhilfe gibt und viele davon nicht einmal gemeinnützig sind, dann läuft in unserer Stadt einiges falsch. Vor diesem Hintergrund hatte unsere Fraktion schon im Sonderausschuss Chantal eine Expertenanhörung zu diesem Thema vorgeschlagen. Eine solche hat es aber nicht gegeben, obwohl wir sie damals auch im Familienausschuss durchführen wollten. Jetzt sollte es wieder auf der Tagesordnung stehen, dass wir dieses Thema aufnehmen.

Zu Punkt 2: Vielleicht noch wichtiger ist es, sich die Lebenslage der Kinder und ihrer Familien anzuschauen. Die Politik hat mit dafür gesorgt, dass die Schere zwischen Arm und Reich in dieser Stadt weiter auseinandergegangen ist. Wenn wir uns anschauen, dass ausnahmslos alle verstorbenen Kinder aus benachteiligten Stadtteilen kamen, dann besteht da ein dringender Handlungsbedarf. Wir

müssen erkennen, dass sich die Lebenslagen von vielen Menschen in unserer Stadt erheblich verschärft haben, während die herrschende Politik mit dem Bau von Opernhäusern und der Rettung von Banken beschäftigt war. Armut, Perspektivlosigkeit, fehlende Bindung an das Umfeld, all diese Faktoren spielen in ausnahmslos allen Fällen, in denen Kinder in dieser Stadt gestorben sind, eine Rolle. Wenn in manchen Stadtteilen nicht einmal ein Kinderarzt da ist, dann stimmt etwas in dieser Stadt nicht, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wenn Träger oder ASD keine Mutter-Kind-Einrichtung verfügen, weil die Wartezeit zu lang erscheint, wie es im Bericht der Jugendhilfeinspektion beschrieben ist, dann stimmt etwas nicht in dieser Stadt.

In den letzten Wochen habe ich mit vielen Eltern und Mitarbeitern des ASD gesprochen. Vor genau einer Woche habe ich eine Veranstaltung mit 130 Menschen gehabt. Ich war in Mümmelmannsberg und habe mit vielen Menschen gesprochen. Viele Eltern haben Angst vor den staatlichen Strukturen. Wenn Eltern berichten, dass sie Angst haben, zum Jugendamt zu gehen, wenn sie ein Problem haben, weil sie fürchten, dass ihnen vielleicht ihr Kind weggenommen wird, dann müssen wir da etwas Grundsätzliches ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Politik ist mit daran schuld, dass der ASD nicht als Unterstützungsmechanismus gesehen wird, sondern als Angstfaktor. Dafür sind nicht die Kolleginnen und Kollegen im ASD verantwortlich. Ich glaube schon, dass diese eine tolle Arbeit machen und tagtäglich versuchen, das Beste aus minimalen Möglichkeiten zu machen. Darum will ich mich auch ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeit bedanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Todesfall eines Kindes hat häufig dazu geführt, dass wir in der Bürgerschaft mehr Dokumentation und mehr Kontrolle beschlossen haben, statt dass wir Instrumente geschaffen haben, die den Menschen bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme helfen. Wir müssen den ASD endlich wieder so ausrichten, dass die Menschen sich mit ihren Problemen gern an ihn wenden, weil sie wissen, dass ihnen geholfen wird. Dazu braucht es ein Konzept für die Begleitung von Kindern, Eltern und Pflegeeltern, das wirklich greift. Darum wollen wir diesen Bereich untersuchen, und wir wollen, dass eine unabhängige Beschwerdestelle für die Betroffenen in dieser Stadt eingerichtet wird.

Auch wir wollen Sachaufklärung, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ich bin immer noch der Auffassung, dass wir uns mit dem Untersuchungsausschuss im Einzelfall verlieren werden. Wir brau-

(Mehmet Yildiz)

chen endlich wirksame Lösungen, die echte Verbesserungen für Kinder und Jugendliche, für Kinderschutz und Jugendhilfe liefern.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Untersuchungsausschuss teilnehmen werden, den Fall Yagmur nicht zum Wahlkampfthema zu machen, sondern die Fachlichkeit in den Vordergrund zu stellen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das kann die LINKE besonders gut!)

Ich möchte auch in Richtung der SPD ein Wort sagen. Ich bedauere, dass es nicht zu einer Enquete-Kommission gekommen ist, und ich bedauere, dass die SPD mit ihrer Enthaltung zu unserem Zusatzantrag einen Schritt zurück macht. Das hätte ich von Ihnen nicht erwartet, und ich finde es schon – ich weiß nicht, ob das dem parlamentarischen Sprachgebrauch entspricht – heuchlerisch,

(Zurufe von der SPD: Hey!)

wenn Sie zwar politisch-inhaltlich einer Meinung sind, aber der Erweiterung des Untersuchungsauftrags nicht zustimmen. Nichtsdestotrotz freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit den Kollegen im Untersuchungsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Wenn nun keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Die Abgeordnete Frau Kaesbach hat mir hierzu mitgeteilt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Zunächst kommen wir zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/10980. Hier möchte die GRÜNE Fraktion Ziffer 2 separat abstimmen lassen.

Wer möchte nun dem Antrag aus Drucksache 20/10980 mit Ausnahme der Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Ich fahre fort in der Abstimmung. Wer möchte die Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt.

(Glocke)

Darf ich den Fotografen bitten, während der Abstimmung keine Fotos zu machen?

Nun zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN und FDP aus der Drucksache 20/10861.

Wer möchte diesem zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 62, Drucksache 20/10866, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Rüstungsexporte kontrollieren – Ein restriktives Rüstungsexportgesetz für Deutschland.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Rüstungsexporte kontrollieren – ein restriktives Rüstungsexportgesetz für Deutschland
– Drs 20/10866 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10975 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor, den DIE LINKE an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen möchte.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Rüstungsexporte kontrollieren – ein restriktives Rüstungsexportgesetz für Deutschland
– Drs 20/10975 –]**

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie dieser Debatte nicht folgen mögen, können Sie gerne den Plenarsaal verlassen, aber bitte ohne weitere Gespräche.

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 20/10866 ebenfalls an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Schneider, Sie haben es.

(Glocke)

Entschuldigung, Frau Schneider. Ich möchte die Damen und Herren im Publikum bitten, solche Dokumentationen und Äußerungen zu unterlassen. Sie müssen sich hier an die Hausordnung halten. Das gilt für alle.

Frau Schneider, bitte.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! In der Verfassung, die sie sich 1952 gab, verpflichtete sich die Freie und Hansestadt Hamburg auf ihre, wie es heißt – ich zitiere –:

"[...] durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe [...]. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein."

– Zitatende.

In krassem Widerspruch zu dieser Selbstverpflichtung, im Geiste des Friedens zu vermitteln, steht die Tatsache, dass vom Hamburger Hafen aus Gewalt in alle Welt exportiert wird. Allein in acht Monaten, zwischen Mitte Mai 2013 und Ende Januar 2014, wurden 11 000 Tonnen Munition im Hambur-

(Christiane Schneider)

ger Hafen umgeschlagen, 672 Container, vor allem mit beschussfähigen Patronen, aber auch sonstiger Munition, Sprengstoff, Raketen – insgesamt eine Nettoexplosivstoffmasse von 659 Tonnen. Dabei beziehen sich die genannten Zahlen nur auf Gefahrgüter aus dem Bereich Munition, Explosivstoffe und Waffentechnik, also nur auf einen kleinen Teil der Rüstungsgüter, die über Hamburg in alle Welt exportiert werden. Waffen und sonstiges Kriegsmaterial sind nicht erfasst. Aber schon der genannte Ausschnitt macht deutlich, dass der Hamburger Hafen ein großer, wichtiger Umschlagplatz für Waffen und anderes Kriegsmaterial ist. Von Hamburg aus wird Gewalt in alle Welt exportiert. Speditionen, Frachtunternehmen, Reedereien, aber eben auch die Stadt Hamburg profitieren vom Rüstungsexport. Von den rund 100 Firmen aus Hamburg und dem Umland mit rüstungsrelevanten Produkten und Dienstleistungen will ich hier gar nicht reden.

Heute, am 26. Februar, findet ein bundesweiter Aktionstag gegen Waffenexporte statt. Das Datum ist nicht zufällig gewählt, denn es geht dem bundesweiten Bündnis – auch in Hamburg hat sich kürzlich ein Bündnis gebildet – darum zu erreichen, dass das Verbot von Rüstungsexporten in Artikel 26 des Grundgesetzes verankert wird. Wir von der LINKEN unterstützen dieses Anliegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag, den die GRÜNEN zur heutigen Bürgerschaftssitzung eingebracht haben, geht nicht so weit, auch unser Zusatzantrag nicht. Wir unterstützen den GRÜNEN Antrag auf ein restriktives Rüstungsexportgesetz jedoch als ersten wichtigen Schritt hin zu einem völligen Verbot von Rüstungsexporten und haben dazu noch einige Erweiterungen vorgeschlagen.

Jahr für Jahr steigen die deutschen Rüstungsexporte; im Fünfjahreszeitraum 2008 bis 2012 um 17 Prozent gegenüber dem Zeitraum 2003 bis 2007. Deutschland ist heute mit einem Anteil von 7 Prozent drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Allein im Jahr 2012 wurden Exportgenehmigungen in Höhe von 8,87 Milliarden Euro erteilt. Von den 16 380 Anträgen auf Rüstungsexporte wurden ganze 118 – das sind 0,7 Prozent – abgelehnt, also 99,3 Prozent angenommen. 55 Prozent aller Einzelausfuhrgenehmigungen entfielen 2012 auf sogenannte Drittstaaten. Auch an Despotenregime, an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten werden skrupellos Waffen geliefert. Größter Abnehmer deutscher Waffen ist Saudi-Arabien – ausgerechnet Saudi-Arabien, ein Staat, in dem Todesstrafe, Folter, Unterdrückung Andersdenkender und die totale Entrechtung von Frauen an der Tagesordnung sind, ein Staat, der den bewaffneten Konflikt im Jemen buchstäblich befeuert und an der blutigen Unterdrückung der Demokratiebewegung in Bahrain beteiligt ist, und

zwar mit Waffengewalt. Nach Saudi-Arabien werden nicht nur Kriegswaffen und Kleinwaffen geliefert, hier werden bereits seit Jahrzehnten in Lizenz Sturmgewehre des Waffenbauers Heckler & Koch produziert. Dafür importiert Saudi-Arabien aus Deutschland alljährlich Ersatzteile in erheblichem Umfang. In Saudi-Arabien produzierte deutsche Sturmgewehre kommen zum Beispiel im Jemen zum Einsatz.

Ich könnte die Reihe von Staaten, die sich mit deutschen Waffen aufrüsten und die deutsche Waffen im eigenen Land oder in regionalen Konflikten einsetzen, fortführen. Ein nicht kleiner Teil deutscher Waffen findet den Weg in Kriegs- und Krisengebiete, in Länder, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, in Länder, in denen Menschen verhungern, weil die Regime Geld für ihre Aufrüstung verschleudern. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür trägt Hamburg als Umschlagplatz für Rüstungsexporte und als Standort für Rüstungsproduktion erhebliche Mitverantwortung. Gerade das Beispiel Saudi-Arabien macht deutlich, dass nicht einmal die geltenden Rüstungsexportrichtlinien streng und verbindlich gehandhabt werden, weil ihre strikte Einhaltung diese schmutzigen Waffenexporte wenigstens eindämmen würde. Deshalb unterstützen wir erstens das Anliegen der GRÜNEN, die geltenden Rüstungsexportrichtlinien strikt und verbindlich anzuwenden und eine restriktive Genehmigungspraxis zu gewährleisten. Wir wollen allerdings – das haben wir hinzugefügt –, dass Menschenrechtsverletzungen zum absoluten Ausschlusskriterium für Waffenexporte gemacht werden und nicht ein Kriterium unter anderen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens unterstützen wir das Anliegen, Licht in die Rüstungsgeschäfte zu bringen und die Kontrolle zu stärken. Hamburg hat seine Verantwortung wahrzunehmen. Deshalb ist es richtig – und deshalb unterstützen wir das –, den Senat zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative aufzufordern. Wir werden natürlich aufgrund der Erfahrung mit der rot-grünen Regierung, die ja auch eine Geschichte hat in puncto Rüstungsexporte, darauf achten, dass die GRÜNEN ihr Anliegen auch dann weiter verfolgen, wenn sie das nächste Mal an einer Regierung in Hamburg oder in Berlin beteiligt sind. Wir werden Sie, das versprechen wir, bei Ihrem eigenen Wort nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will aber noch einige Worte zu drei weiteren Punkten sagen, die wir zusätzlich erreichen wollen. Das sofortige Verbot von kleinen und leichten Waffen halten wir für unverzichtbar. Kleine und leichte Waffen sind die – ich zitiere –:

(Christiane Schneider)

"Massenvernichtungsmittel der heutigen Zeit".

– Zitatende.

Helmut Schmidt hat das richtig auf den Punkt gebracht. Ihren Export hat Deutschland 2012 gegenüber 2011 fast verdoppelt. Einmal exportiert gibt es keine Kontrolle mehr darüber, wohin sie gelangen. Deutsche Klein- und Leichtwaffen sind im Sudan dabei, in Libyen, in Mexiko, in Syrien, auch bei Al-Qaida in Syrien – sie finden überall ihren Krieg oder ihren bewaffneten Konflikt. Es gibt praktisch keinen Konflikt, an dem deutsche Kleinwaffen nicht beteiligt sind, an dem deutsche Waffenexporteure nicht verdienen. Das muss aufhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Aufhören muss unserer Auffassung nach auch die Vergabe staatlicher Ausfallbürgschaften für Rüstungsexporte. Hermes-Kredite werden vor allem bei besonderem staatlichem Interesse an der Durchführung von Ausfuhrgeschäften vergeben. In den ersten elf Monaten 2012 wurden sechs Hermes-Bürgschaften für deutsche Rüstungsexporte in sogenannte Schwellenländer freigegeben, ihr Wert betrug laut "SPIEGEL" fast 3,3 Milliarden Euro. Dass die Geschäfte mit dem Tod auch noch auf Kosten der Steuerzahler/-innen abgesichert werden, ist doppelt unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Schließlich fordern wir im Sinne größerer Transparenz, dass der Staat alle Rüstungsexporte, die über den Hamburger Hafen abgewickelt werden, monatlich veröffentlicht. Das ist etwas, was er selber gewährleisten kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Daten kann er sich leicht beim Zoll beschaffen, er muss deshalb darauf verpflichtet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der heutige Aktionstag steht unter dem Motto – ich zitiere –:

"Grenzen öffnen für Menschen. Grenzen schließen für Waffen."

(Beifall bei der LINKEN)

Beides hängt untrennbar zusammen. Deshalb möchte ich in dieser Debatte am Schluss ausdrücklich auf die Demonstration am Samstag zur Unterstützung des humanitären Bleiberechts der Lampedusa-Gruppe und der Rechte aller Flüchtlinge hinweisen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Rose.

Wolfgang Rose SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Symbolik des heutigen Tages im Zusammenhang mit Artikel 26 Absatz 2 unseres Grundgesetzes wurde eben schon hingewiesen. Dort steht:

"Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Das ist der Text dieses Absatzes 2. Ich denke, das ist auch der Grund, warum die "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" unter der Schirmherrschaft von Margot Käßmann heute zu einem Aktionstag in Berlin aufruft und auch in Hamburg eine Initiative von Hauptpastor Christoph Störmer von der Petri-Kirche die Fraktionen der Bürgerschaft aufruft, sich einer offenen Debatte über die Rüstungsexporte aus dem Hamburger Hafen zu stellen.

Ich finde, dass es, unabhängig von der eigentlichen Zuständigkeit des Bundes und unabhängig von den schwierigen Einzelfragen, die in dieser Debatte zu klären sind, in jedem Fall ein positives und unterstützungswertes friedenspolitisches Zeichen ist, wenn es außerhalb der Parlamente zivilgesellschaftliche Initiativen gibt, die sich kritisch mit dem Export von Rüstungsgütern auseinandersetzen. Darum begrüßen wir als SPD-Fraktion diese offene Debatte sehr und werden uns an ihr beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Die Schaffung und Erhaltung des Friedens, die Kontrolle und Begrenzung von Rüstung im eigenen Land, in Europa und weltweit ist ein altes sozialdemokratisches Anliegen, für das sozialdemokratische Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht haben. Die Kontrolle und Begrenzung von deutschen Rüstungsexporten durch die Formulierung klarer Richtlinien ist von sozialdemokratischen Bundesregierungen eingeführt und immer wieder aktualisiert und verschärft worden, zuletzt im Jahr 2000 unter Rot-Grün. Auch die aktuellen sozialdemokratischen Bundesminister werden sich aktiv für Frieden, gewaltfreie Konfliktlösung und Abrüstung einsetzen. Frank-Walter Steinmeier hat dazu gerade einen wichtigen und bedeutsamen Beitrag geleistet und Sigmar Gabriel hat sich jüngst deutlich für eine Begrenzung der deutschen Waffenexporte ausgesprochen, denn Helmut Schmidt, der hier eben schon prominent zitiert worden ist, hat vollkommen recht, wenn er unlängst in der "Zeit" geschrieben hat, dass das Wirtschafts- und Arbeitsplatzargument, so ernst wir es als Partei der Arbeit auch nehmen, nicht allein ausschlaggebend sein darf bei diesem Thema. Dort, wo Waffen aus Deutschland absehbar Leid und

(Wolfgang Rose)

Tod von unbeteiligten Zivilisten verursachen können, dürfen sie nicht hingelangen.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Doch Helmut Schmidt hat ebenso recht, wenn er sagt, dass nicht die Formulierung von Richtlinien und Gesetzen allein entscheidend ist, sondern es vor allem auf ihre ernsthafte und verbindliche Umsetzung ankommt. Wir werden daher die Anträge zur weiteren Beratung an den Ausschuss überweisen, auch wenn wir bezüglich der konkreten Vorschläge zum Teil skeptisch sind.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Wo sind Sie nicht skeptisch?)

Denn wer sich die gültigen, im Jahre 2000 von der rot-grünen Bundesregierung formulierten Grundsätze und Richtlinien zum Kriegswaffenexport einmal genau anschaut, der wird feststellen, dass es ihnen keineswegs an Schärfe und Präzision fehlt. Daher sind wir skeptisch, ob es helfen wird, diese Regelungen noch einmal in andere Gesetze einzuschreiben. Was vielmehr in den zurückliegenden Jahren im Wirtschaftsressort der Bundesregierung wohl manches Mal gefehlt hat, war der Wille, diese Richtlinien bei der Erteilung der konkreten Ausfuhrgenehmigungen auch wirklich konsequent anzuwenden.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag der Großen Koalition unmissverständlich festgeschrieben, dass diese strengen Grundsätze für die Genehmigungspraxis der Bundesregierung wieder real verbindlich werden. Konkret bedeutet das, dass Waffenexporte in Länder und Regionen, in denen Menschenrechtsverletzungen oder Bürgerkriege herrschen, nicht infrage kommen.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Es gibt jedoch neben der Frage der Genehmigungskriterien ein weiteres Problem, und das ist die Kontrolle darüber, wo die Waffen am Ende tatsächlich hingelangen und wie sie dort möglicherweise zum Einsatz kommen. Der Dokumentarfilm "Waffen für die Welt" in der ARD hat darauf erst vorgestern Abend deutlich hingewiesen. Deshalb ist Helmut Schmidt ein drittes Mal recht zu geben: Gerade die sogenannten Kleinwaffen drohen – das ist eben schon erwähnt worden – aufgrund ihrer schiereren Menge heute tatsächlich Massenvernichtungswaffen zu werden. Deshalb müssen Wege gefunden werden, ihren Endverbleib schärfer zu kontrollieren. Wenn sich namhafte deutsche Rüstungsunternehmen Verstöße gegen klare Begrenzungen in Genehmigungen zuschulden kommen lassen, dann darf es keine Ausreden geben,

dann muss dies konsequent verfolgt und geahndet werden.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist es in der Tat wichtig, die Rüstungsexporte raus aus der Dunkelheit und stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu holen. Aber auch das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben: mehr Transparenz durch schnelle und regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Bundestag.

Ich will abschließend noch eine Anmerkung zu der eingangs erwähnten Initiative einiger prominenter Hamburger machen, die den Hamburger Hafen als Umschlagplatz in den Fokus nimmt. Ich bin durchaus ein Anhänger politischer Symbolik und gelegentlich auch symbolischer Politik, nämlich immer dann, wenn sich durch symbolische Handlungen faktische Veränderungen bewirken oder zumindest voranbringen lassen. Aber wenn es unser gemeinsames Ziel ist, Rüstungsexporte zu begrenzen und ihre Genehmigung an klare Kriterien zu binden, dann reicht es nicht, wenn der Transport von Waffen mit erteilter Ausfuhrgenehmigung von einem Hafen in den nächsten deutschen oder europäischen Hafen verschoben wird. Von daher muss es bei dieser Frage um die Rahmenbedingungen auf Bundesebene und auf europäischer Ebene gehen. Das ist auch die Stoßrichtung im Antrag der GRÜNEN.

Deswegen ist es gut, dass wir die Debatte am heutigen Tag mit diesem symbolischen Datum auf den Weg bringen, und wir freuen uns auf die sachliche Diskussion im Ausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg, Katharina Fegebank und Farid Müller, alle GRÜNE*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rose hat bereits den Artikel 26 Absatz 2 unseres Grundgesetzes zitiert. Er endet, wie Herr Rose ausgeführt hat: "Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." Damit ist die Bürgerschaft gar nicht zuständig bei Fragen der Rüstungspolitik.

Nun haben es die GRÜNEN natürlich ganz geschickt angestellt und gehen über die Aufforderung an den Senat, eine Bundesratsinitiative vorzubereiten. Freilich ist das nicht der erste Antrag dieser Art und es wird sicherlich auch nicht der letzte Antrag sein, bei dem sich die Bürgerschaft mit Belangen beschäftigt, die eigentlich dem Bundesgesetzgeber zugewiesen sind. Doch wir sollten dieses Instrument mit Bedacht wählen, nämlich dann, wenn es gilt, im Bund spezifische Hamburger Interessen einzubringen, und nicht, wenn sich einige Bürger-

(Hjalmar Stemann)

schaftsabgeordnete zu groß für die Landespolitik fühlen.

(Beifall bei der CDU)

Aus gutem Grund ist unsere Bundesrepublik nicht nur mit einer horizontalen, sondern eben auch mit einer föderalen Gewaltenteilung ausgestattet. Diesen Grundsatz sollten wir nicht ohne Not durch die Hintertür umgehen.

Nun werden Sie natürlich auf Ihre drei Sätze in der Antragsbegründung verweisen, wonach Hamburg unmittelbar von Rüstungsexporten profitiert. Entschuldigen Sie, liebe Kollegen der GRÜNEN – auch Frau Schneider hat eben entsprechende Argumente ausgeführt –, aber diese moralgeschwängerte Alibirhetorik kann man wohl kaum durchgehen lassen. Eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes und des Kriegswaffengesetzes ist mitnichten ein spezifisches Interesse der Hansestadt. Daher ist sowohl der Antrag der GRÜNEN als auch der Zusatzantrag der Links-Fraktion bereits aus formellen Gründen abzulehnen.

In der Sache darf ich darauf verweisen – Herr Rose hat das bereits getan –, dass Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass die Bundesregierung den Deutschen Bundestag künftig über ihre Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat unverzüglich unterrichten wird. Durch frühzeitige Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichts und die Herausgabe eines zusätzlichen Zwischenberichts soll die Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit verbessert werden. Sie sehen also, in Berlin ist man nicht untätig. Daher sollten wir uns nun wieder unseren wichtigen landespolitischen Aufgaben zuwenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, wir sind gut in die Debatte eingestiegen. Ich finde es wichtig, dass wir uns auch als Hamburger Landesparlament mit der Frage Waffenhandel und Rüstungsexporte beschäftigen, und muss sagen, Herr Stemann, Ihr Beitrag macht mich wirklich sprachlos.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Dora Heyenn DIE LINKE: Allerdings!)

Er macht mich sprachlos, weil Sie damit eigentlich gesagt haben, Waffenexporte gingen das Hamburger Landesparlament und die Menschen der Initiativen aus dem bürgerschaftlichen oder menschenrechtlichen Umfeld nichts an. Das finde ich nicht richtig, denn wir tragen natürlich eine Verantwortung. Frau Schneider hat vorhin sehr eindrücklich Zahlen genannt, die Deutschland als drittgrößten

Exporteur von Waffensystemen, militärischem Großgerät, aber auch von Kleinwaffen ausweisen – zu zwei Dritteln übrigens außerhalb unserer Bündnispartner und außerhalb der EU. Sie hat aber auch sehr deutlich gemacht, dass Hamburg eine besondere Verantwortung hat, weil der Hamburger Hafen Dreh- und Angelpunkt des deutschen Exports ist. Sich hier wegzudrehen und das mit einigen technischen Feinheiten, wer denn eigentlich wo in der Zuständigkeit liegt, abzutun, wird der Sache nicht gerecht und zeigt, dass Sie von dem Thema nichts verstanden und auch die Symbolkraft des heutigen Tages überhaupt nicht verinnerlicht haben, lieber Herr Stemann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Barbara Nittruch SPD*)

Das sage ich nicht nur, weil ich den Hamburger Hafen sehe, sondern auch – und damit haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten immer wieder beschäftigt –, weil wir tagtäglich mit eigenen Augen und vor unserer eigenen Haustür die Auswirkungen von kriegesischen Auseinandersetzungen, von Folter und Tod, von Vertreibung und Flucht erleben. Wenn dann noch jemand sagt, wir hätten hier keine Verantwortung, uns mit dieser Frage auseinanderzusetzen, dann ist das unverständlich. Ich sage nicht, dass die Antworten leicht sind. Wir sind auch mit der LINKEN nicht in allen Punkten einer Meinung – Frau Schneider hat es schon gesagt, ihr Antrag ist sicherlich weitergehender –, weil wir nicht sehen, dass man bei jeder Frage zu einem vollständigen Stopp kommen kann. Aber die Debatte darüber, welche Chancen und Möglichkeiten wir nicht nur hier im Landesparlament haben, sondern was wir auch der Bundesregierung mit auf den Weg geben können, ist eine ganz entscheidende.

Und da greife ich die Worte von Herrn Rose auf. Es ist immer galant, Herrn Schmidt zu zitieren. Er wird auch in dem Aufruf der Initiative "Hamburger Bündnis gegen Waffenexporte" zitiert. Ich möchte mich auf zwei andere, in heutiger Zeit nicht ganz unbedeutende Sozialdemokraten beziehen. Vor gar nicht langer Zeit hat Sigmar Gabriel gefordert – das war noch an die Adresse der schwarz-gelben Vorgängerregierung gerichtet –, die Ausfuhrgenehmigung von Panzern nach Saudi-Arabien entweder zurückzuziehen oder, falls die Entscheidung darüber noch nicht endgültig getroffen worden sei, sie nicht zu erteilen. Das war Sigmar Gabriel. Herr Oppermann hat noch im Februar 2013, als es auch um Saudi-Arabien ging, Schwarz-Gelb massiv angegriffen. Er sprach von totalem Hochtönen, von einer Irrfahrt und davon, dass aus öffentlichen Protesten gegen Waffenlieferungen in dieses Land nichts gelernt worden sei. Das war die SPD vor der Wahl. Jetzt als Koalitionspartner mit an der Regierung – deswegen auch unser Antrag an die SPD hier, die Verantwortlichen in Berlin zu treiben – hat die SPD vor einigen Tagen angekün-

(Katharina Fegebank)

digt, Hermes-Bürgschaften für Patrouillenboote zuzustimmen, die nach Saudi-Arabien gehen sollen. Das widerspricht ein wenig dem, was Sie gerade etwas wohlfeil dargestellt haben, Herr Rose. Auch die SPD in Hamburg trägt eine Verantwortung dafür, wie die SPD in einer Großen Koalition in Berlin entscheidet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will klar sagen, dass wir Rüstungsexporte in Krisenregionen und Waffenexporte an Diktaturen ablehnen und deshalb die SPD auffordern, mit einer Bundesratsinitiative für mehr Transparenz und vor allem für bessere Kontrollen zu sorgen. Unserer Meinung nach sind Kontrollen ein Hebel, den ungesteuerten und nicht nachvollziehbaren Waffenlieferungen in alle Welt Einhalt zu gebieten oder sie zumindest zu reduzieren. Der Bundessicherheitsrat tagt hinter verschlossenen Türen. Parlamentarier und Öffentlichkeit sollten zumindest darüber informiert werden, wohin und in welcher Menge welche Waffen geliefert werden. Wir brauchen eine bessere parlamentarische Kontrolle.

Ich glaube auch, dass die Frage der Rüstungsexporte nicht unbedingt gut im Wirtschaftsministerium aufgehoben ist. Da liegt der Verdacht immer nahe, dass industriepolitische Fragen und Interessen vielleicht vor friedens- und entwicklungspolitischen stehen könnten.

Ein weiterer Punkt – das haben wir beispielsweise gesehen, als es um den Arabischen Frühling ging –: Wir wollen, dass neben konventionellen Rüstungsgütern auch der Export von Überwachungssoftware kontrolliert wird. Das sind nur einige der Punkte, die wir der SPD mit auf den Weg geben wollen.

Wir werden uns sicherlich mit Teilen des Hauses streiten, in die eine wie in die andere Richtung – mit der LINKEN über den vollständigen Exportstopp unterschiedlicher Waffen, weil wir durchaus an die Kraft von Bündnispartnern und an die EU als Abrüstungsmechanismus und gegenseitigen Kontrollmechanismus glauben.

Ich finde es ausdrücklich gut, dass beide Anträge an den Ausschuss überwiesen werden und wir auf diese Weise Gelegenheit haben, uns mit dieser komplexen, wichtigen Materie, in der Hamburg natürlich eine Verantwortung trägt, auseinanderzusetzen. Wir können in Hamburg vorangehen und, ähnlich wie wir es in anderen Politikfeldern tun, in denen Hamburg gern Vorreiter ist – wir hatten heute einige schöne Debatten zur Wirtschaftskraft und zum Tourismus –, auch in diesem Bereich, in dem es um nicht mehr oder weniger als um Krieg und Frieden geht, ein starkes Signal senden, Rüstungsexporte drastisch einzuschränken und Rüstungsexporte in Krisenländer und Diktaturen vollständig zu stoppen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gebe offen zu, es ging mir anfänglich ähnlich wie dem Kollegen Stemmann. Ich habe mir angesichts des Antrags schon die Frage gestellt, ob das eigentlich ein sinnvolles Thema, ein sinnvoller Debatten- und Beschlussgegenstand für die Bürgerschaft ist. Das ist ein bundesrechtlich geregeltes Thema, das wissen wir alle. Aber im Ergebnis muss ich sagen, es ist ein geeigneter Debatten- und Beschlussgegenstand für die Bürgerschaft, und ich will auch begründen, warum.

Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN begründen ihre Initiative damit, dass Hamburg eine besondere Verantwortung für deutsche Rüstungsexporte habe, denn die Stadt profitiere schließlich von rund 1000 Containern jährlich mit Rüstungsgütern, namentlich mit Munition, die im Hafen umgeschlagen werden. Offen gesagt, diesen Begründungszusammenhang halte ich für etwas schlicht; ich glaube, dazu hat der Kollege Rose einiges Richtige gesagt. Aber dennoch, das Thema an sich ist wichtig, und wir meinen, das Anliegen, das mit dem vorliegenden Antrag der GRÜNEN verfolgt wird, ist ein richtiges.

Während wir Deutsche in einem vereinten Europa seit nunmehr drei Generationen in Frieden und Wohlstand leben, genießen viele Millionen Menschen in anderen Ländern diese Privilegien nicht. Hunger, Armut und bewaffnete Konflikte zählen zum Alltag dieser Menschen, dies trifft insbesondere auf viele Länder in Afrika zu. An anderen Orten in der Welt ist zwar der materielle Wohlstand gesichert, aber wichtige Menschenrechte wie die Meinungsfreiheit oder die Demonstrationsfreiheit werden von autoritären Regimen mit Füßen getreten. In all diesen Staaten spielt der Einsatz von Waffen eine ganz zentrale Rolle, und häufig genug – meiner Auffassung nach zu häufig – kommen diese Waffen aus Deutschland. Abrüstung und Rüstungskontrolle ist daher ein wichtiger Punkt, der alle politischen Kräfte angeht, und das auch an allen Orten.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Das geht über alle politischen Parteigrenzen hinweg, und dies gilt insbesondere deshalb – da schließe ich meine eigene Partei ausdrücklich ein –, weil niemand von uns behaupten kann, unbeteiligt gewesen zu sein. Ich will hierzu einige Fakten nennen.

Erstens: Erst unter der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer ist Deutschland zu einem Rüstungsgroßexporteur geworden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau, so ist es!)

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Schon im ersten rot-grünen Regierungsjahr 1999 verdoppelten sich die Rüstungsexporte. In die rot-grüne Regierungszeit fallen umfangreiche und auch spektakuläre Lieferungen an sogenannte Drittstaaten, also solche Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union oder der NATO sind. Ich erinnere zum Beispiel an die Lieferung von Testpanzern des Typs Leopard 2 an die Türkei oder die Lieferung erheblicher Mengen Kleinwaffen.

(Gerhard Lein SPD: Ist das die NATO oder nicht? – Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE)

– Das macht jetzt keinen gravierenden Unterschied. Sie haben recht, aber ich finde, das macht die Sache nicht unbedingt besser, Frau Kollegin Schneider.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Zweitens: Der vorliegende Antrag weist ein wenig darauf hin, dass die GRÜNEN scheinbar aus ihren Fehlern lernen wollen,

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

und das finde ich grundsätzlich gut. Jürgen Trittin hat in einem kritischen Rückblick auf die rot-grünen Jahre diese Waffenlieferungen als – ich zitiere – "falsch" bewertet. Aber zur Ehrlichkeit und Redlichkeit des vorliegenden Antrags hätte es dann auch gehört, dass man sich zu dieser Mitverantwortung offen bekannt hätte.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Drittens: Unter der Großen Koalition 2005 bis 2009 erlebte der Rüstungsexport in Drittländer geradezu einen Boom und wurde weiter massiv ausgebaut. Ich räume selbstkritisch ein, um da gleich Ihren Einwänden vorzugreifen, dass diese Entwicklung auch unter der schwarz-gelben Bundesregierung nicht korrigiert, sondern fortgesetzt worden ist.

Viertens: Der gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union, der 2008 formuliert wurde, behandelt die Frage der Rüstungsexporte gerade in Krisenstaaten mit hoher Aufmerksamkeit. Es fehlt jedoch bislang eine konsequente Umsetzung der Leitlinien, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Alles spricht also dafür, dieses bundespolitische Thema mit der nötigen Aufmerksamkeit zu behandeln, und es spricht überhaupt nichts dagegen, dass man auch in Hamburg diese Debatte führt. Daher unterstützt die FDP die Überweisung beider Anträge an den Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Wenn nun keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/10866 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mehrheitlich der Fall.

Wer möchte auch die Drucksache 20/10975 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist damit ebenfalls erfolgt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 20/10859, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien: Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand.

[Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/1693:

Neue Finanzierungswege für Handwerk und Mittelstand (Antrag der FDP-Fraktion)

– Drs 20/10859 –]

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal Ihre Konzentration auf die jetzt folgende Debatte lenken.

Wer wünscht dazu das Wort? – Frau Rugbarth, Sie haben es.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Neue Finanzierungswege für den Mittelstand ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Rugbarth. – Ich wiederhole auch gerne meine Erinnerung an Ihre Aufmerksamkeit für diese Debatte, sonst mögen Sie durchaus den Plenarsaal verlassen. – Fahren Sie fort, bitte.

Andrea Rugbarth SPD (fortfahrend): Danke schön.

Herr Tjarks war der Meinung, wir hätten einen FDP-Antrag zur Debatte angemeldet. Das ist nicht wirklich der Fall, denn wer nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses ist und sich dafür den Ausschussbericht, der heute zur Debatte angemeldet wurde, durchgelesen hat, der wird auf 92 Seiten gesehen haben, dass wir im Wirtschaftsausschuss über einen Zeitraum von zwei Jahren über einen Antrag der SPD zur Errichtung einer Investitions- und Förderbank gerungen haben mit allen Facetten, die die parlamentarische Arbeit so mit sich bringt. Zum guten Schluss wurde Anfang August des letzten Jahres die Investitions- und Förderbank

(Andrea Rugbarth)

gegründet und damit Hamburgs Position als bedeutender Wirtschaftsstandort weiter gestärkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit der Investitions- und Förderbank das Instrument geschaffen, strukturelle Defizite in der marktbasierteren Finanzierungsversorgung zu beheben, denn der Zugang zu Fremdkapital ist für die kleinen und mittleren Unternehmen und auch in der Existenzgründung schwierig. Das haben die in den Vorjahren regelmäßig durchgeführten Umfragen der Handelskammer ergeben. Es gab, Herr Dr. Kluth, eben keine gut funktionierende Förderlandschaft in Hamburg, sondern sie war zersplittert. Der große Vorteil einer Investitions- und Förderbank ist in der heutigen Zeit einer Niedrigzinsphase, so wie wir sie schon lange nicht mehr hatten, wohl nicht auf den ersten Blick erkennbar. Aber wir können sicher sein, dass diese Niedrigzinsphase nicht ewig anhalten wird, und dann werden auch die Zweifler den Nutzen einer monetären Wirtschaftsförderung erkennen, die zukünftig verstärkt nicht mehr auf Zuschüssen, sondern auf Darlehen basieren wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit der IFB das Instrument an der Hand, zielgerichtet die Gründungsdynamik in Hamburg zu erhöhen, die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen zu unterstützen und auch Drittmittel aus EU-Strukturfonds besser als bisher für Hamburg nutzbar zu machen. Mittlerweile, und darüber freut sich die SPD-Fraktion sehr, ist die Startphase der Investitions- und Förderbank zum Jahresende 2013 erfolgreich abgeschlossen worden. Die geplanten Geschäftsbereiche Wirtschaft, Umwelt und Innovation wurden in die bestehende Wohnungsbaukreditanstalt integriert. Es wurde das Personal übertragen, teilweise aus den Behörden, die Bank hat die bankinternen Prozesse und die Dokumentation organisiert, und es werden regelmäßig Informationsveranstaltungen bei Vereinen, Kammern und dergleichen durchgeführt. Jedes Mal, wenn ich bei irgendeiner Kammer eingeladen bin, geht es mir wie dem Hasen und dem Igel. Man sagt, die Investitions- und Förderbank habe sich schon vorgestellt. Bei diesen 29 Veranstaltungen wurden 2013 mittlerweile über 2000 Personen erreicht. Der Aufbau von Kooperationen mit der Bürgerschaftsgemeinschaft, mit den Kammern und den Banken am Finanzplatz Hamburg ist im Wachsen. Wöchentlich, so kann man fast sagen, kommen neue Kooperationspartner hinzu, und es gibt keine Konkurrenz, sondern ein ergänzendes Angebot. Was mich besonders gefreut hat: Die ersten IFB-Anleihen im Wert von 100 Millionen Euro wurden bereits im November letzten Jahres am Markt platziert, und nach einem halben Tag waren sie ausverkauft.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für das Ankerprodukt Hamburg-Kredit konnten allein 2013 mittlerweile über 7,4 Millionen Euro zugesagt werden, Tendenz steigend. Im Bereich Hamburger Kleinstkreditprogramm konnte mittlerweile über 1 Million Euro zugesagt und ausgezahlt werden, Tendenz steigend. Und im Bereich der Wirtschaft sind mittlerweile drei Förderlotsen tätig, die die Antragsteller umfassend und kompetent aus einer Hand beraten, so wie das auch unsere Absicht war. Allein in dem kurzen Zeitraum von August bis Dezember 2013 waren das 253 Unternehmen; das ist doch eine tolle Bilanz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Dirk Kien-scherf SPD*: Sehr gut!)

Für die Zukunft bleibt noch viel zu tun. Es wird an neuen Bankprodukten gearbeitet, zum Beispiel an einem Kredit mit eingebauter Bürgschaft. Es wird an der Entwicklung von Innovationsdarlehen gearbeitet, wo man bisher der Meinung war, das gehe nur mit Zuschüssen, und es wird natürlich an der Umsetzung gearbeitet, EFRE-Innovationsprogramme für die neue Förderperiode zu erarbeiten.

Fazit: Wer mittlerweile immer noch glaubt, dass Hamburg als einziges Bundesland keine Investitions- und Förderbank benötigt hätte, der muss sich angesichts der genannten Zahlen in einem so kurzen Zeitraum eines Besseren belehren lassen. Die SPD-Fraktion hat beizeiten die Notwendigkeit für eine Investitions- und Förderbank in Hamburg erkannt. Der Senat hat gehandelt, und das ist gut für Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war schon erstaunt, dass ausgerechnet die SPD-Fraktion diesen Ausschussbericht für eine Debatte angemeldet hat, legt dieser Bericht doch auf 92 Seiten dar, dass der Senat weder ordentlich mit diesem Parlament und seinen Ausschüssen umgegangen ist noch verantwortungsvoll die Gründung der IFB vorbereitet hat.

(Beifall bei *Dennis Gladiator CDU*)

Das parlamentarische Verfahren um die Gründung der IFB bewegte sich stets zwischen abenteuerlich und respektlos gegenüber der Bürgerschaft und dem bürgerschaftlichen Wirtschaftsausschuss. Den Mitgliedern des Ausschusses einen Tag vor seinen Beratungen eine umfangreiche Potenzialanalyse vorzulegen, ist und bleibt ein Unding.

(Beifall bei der CDU)

Selbst die anwesenden SPD-Abgeordneten mussten viel schauspielerisches Talent beweisen, um gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

(Hjalmar Stemann)

(Dietrich Wersich CDU: Das lernen die jeden Tag!)

Auch der Umgang mit der Expertenanhörung ist mehr als fraglich. Da dem Senat offensichtlich der Ausgang der Anhörung nicht gefiel, wurde ein Untersuchungsauftrag an das Unternehmen evers & jung gegeben. Deren Ergebnis wiederum zeichnete ein ganz anderes Bild als die Anhörungen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Schließlich wollten die Senatsvertreter bereits im August 2012 den FDP-Antrag aus dem Ausschuss herausbekommen. Nach dem Einschreiten der Opposition verweigerte die SPD dann aber doch einmal dem Senat die Gefolgschaft.

Ein ähnliches Spektakel ereignete sich im Januar des letzten Jahres. Dieses Mal wollte gleich die SPD-Fraktion den Antrag abbügeln, musste dann aber feststellen, dass die Irritation auch in den eigenen Reihen zu groß war. Fast zeitgleich brachte der Senat seine Drucksache zur Gründung der IFB ein. Nur durch Zufall hat der Wirtschaftsausschuss davon Kenntnis erlangt, dass die SPD-Fraktion gar nicht beabsichtigte, die Senatsdrucksache weiterhin im Wirtschaftsausschuss zu behandeln. Stattdessen wurden nun der Haushaltsausschuss mit der IFB-Gründung befasst und der Wirtschaftsausschuss durch diese Trickereien der SPD von der weiteren Beratung ausgeschlossen. Das ist wirklich kein Umgang mit dem Parlament und der Opposition, ein wahres Lehrstück, wie man es gerade nicht machen sollte. Nun gut, die IFB wurde von Bürgermeister Scholz und einer hörigen SPD-Fraktion mit der Brechstange durchgedrückt,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

und wir müssen damit leben und arbeiten. Doch immer noch gibt es viele offene Punkte.

Es beginnt mit der Frage nach dem Bedarf. Braucht Hamburg eine Investitions- und Förderbank? Das Ergebnis der Expertenanhörung legt nahe, dass dem nicht so ist. Warum tut der Senat immer noch so, als seien alle erdenklichen Programme nun als One-Stop-Shop unter einem Dach zusammengeführt? Tatsächlich ist es doch mitnichten so, und das ist eigentlich auch allen bekannt. Wählt man hier einen neumodischen Begriff, um falsche Weltgewandtheit und Ideenreichtum nur zu suggerieren? Ein Etikettenschwindel? Das hat der Senat auch an anderer Stelle getan, bedenkt man, dass der Wohnungsbau im Gesamtkonzept der Investitions- und Förderbank mit 90 Prozent absolut dominiert – der Name verrät uns das aber nicht. Nach wie vor am unklarsten und wenigsten ersichtlich bleibt für mich aber die Zerschlagung der Innovationsstiftung. Dort wurde eine gute Arbeit geleistet, und verschiedenste Experten brachten für unterschiedliche Wirtschaftsbereiche ihren Sachverstand ein. Nun soll aber lieber politisch und durch eine Vergabekommission entschieden werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich das Verfahren und die inhaltliche Diskussion in der Rückschau betrachte, dann kann ich verstehen, warum es um die IFB plötzlich so ruhig geworden ist. Ein Ruhmesblatt für Ihre Regierungszeit ist die IFB nun wirklich nicht, liebe Kollegen der SPD.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das sieht Ihre Kammer aber anders!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir haben uns, Frau Rugbarth hat es schon angedeutet, ein wenig über die Debattenanmeldung der SPD-Fraktion gewundert. Wir wollen jetzt nicht in die Vergangenheit blicken, denn es ist bereits beschlossen. Jetzt lassen wir die Bank einmal arbeiten und schauen, wie es nach einem Jahr aussieht.

Wir haben uns zwar nicht die 92 Seiten durchgelesen, aber wir haben auf Seite 29 des Ausschussprotokolls geguckt und dort steht – ich zitiere –:

"Die SPD-Abgeordneten erklärten, der IFB [...] die Gelegenheit geben zu wollen, sich zu entwickeln. Nach einem Jahr der Tätigkeit sei eine erste Bewertung sinnvoll."

(Dirk Kienscherf SPD: Gutes läuft!)

Das war vor anderthalb Monaten. Seitdem gibt es keinen neuen Bericht, keine neue Drucksache, nichts Neues. Ich habe auch nicht die Zeit, Herrn Sommer jeden Tag auf dem Schoß zu sitzen, und vor dem Hintergrund kann ich über eine weitere Entwicklung bisher nicht berichten. Wir können darüber auch nicht diskutieren; deswegen finden wir die Anmeldung eigentlich nicht besonders sinnvoll. Wenn ein Jahr vorbei ist, diskutieren wir gerne wieder darüber. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte ist wirklich eine Innovation. Es ist neu, dass die SPD-Fraktion einen Ausschussbericht über einen FDP-Antrag zur Debatte anmeldet.

(Dirk Kienscherf SPD: Freut euch doch!)

Wir finden es eine gute Innovation.

(Beifall bei der FDP – Andrea Rugbarth SPD: Wir haben ein Herz für Minderheiten!)

Das freut uns, weil es uns die Gelegenheit gibt, die für uns wesentlichen Punkte dieses Antrags noch einmal deutlich zu machen. Wir haben nämlich ge-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

sagt, wenn so eine hamburgische Innovationsbank kommen sollte, dann müssten drei grundlegende Voraussetzungen erfüllt sein – mindestens drei, Herr Kollege Wersich –: strikte Wettbewerbsneutralität, Kooperation mit den Hausbanken bei der Förderung der gewerblichen Wirtschaft und vor allen Dingen institutionelle und politische Unabhängigkeit der Investitionsbank. Wir haben auch gesagt, dass wir zunächst einmal den Bedarf klären müssen, bevor wir eine neue Institution schaffen. Wir müssen uns bei den bereits bestehenden Wirtschaftsförderungsprogrammen, die von der Stadt finanziert werden, anschauen, wie effektiv diese Programme sind und wie sie in Anspruch genommen werden. Es darf also nicht der zweite Schritt vor dem ersten Schritt gemacht werden. Wir müssen erst den Bedarf klären und dann die Institution schaffen und nicht umgekehrt. Allein dass das Thema Investitionsbank im SPD-Wahlprogramm gestanden hat, reicht zur Begründung einer neuen städtischen Institution nicht aus.

(Beifall bei der FDP)

Unser dritter Punkt: Wir waren dafür, zumindest zu prüfen, ob es nicht Sinn macht, dass Hamburg und Schleswig-Holstein eine gemeinsame Investitionsbank aufbauen. Ich freue mich, dass unser Antrag dazu beigetragen hat, dass die parlamentarische Behandlung des Vorhabens sehr ausführlich und sehr sorgfältig geführt worden ist. Wir haben die Investitionsbank allein im Wirtschaftsausschuss fünfmal erörtert, unter anderem im Rahmen einer Expertenanhörung Anfang 2012. Ebenso freuen wir uns darüber, dass es im Rahmen dieses langwierigen Prozesses gelungen ist, einzelne Verbesserungen zu erreichen, etwa die Einbindung externen Sachverständigen der Wirtschaft in den Gremien der Bank oder zumindest eine rudimentäre Sicherung und Erhaltung der Innovationsförderung. Im Ergebnis der parlamentarischen Beratungen haben unsere Bedenken gegen das Vorhaben jedoch eher zu- als abgenommen. Warum ist das so?

Erstens: weil der Senat den Beweis für den Bedarf der Institution nach wie vor schuldig geblieben ist.

Zweitens: Nach den bitteren Erfahrungen mit der HSH Nordbank erfolgt nun erneut der Aufbau eines eigenen Kreditgeschäfts außerhalb der Wohnungsbauförderung durch eine städtische Bank. Dabei kommt es zu einer Durchlöcherung des Hausbankprinzips und im Bereich der Mikrofinanzierung zu einem Wettbewerb mit bereits bestehenden privaten und halböffentlichen Anbietern.

Drittens: nicht mehr Effizienz, sondern Aufwuchs und Doppelung von Personal und Strukturen. Die Personalentwicklung bei der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt, wie wir schon heute feststellen können, oder etwa die neue Arbeitsweise der Kreditkommission bestätigen unsere Sorgen.

Und schließlich viertens: Schwächung der Innovationsförderung durch Auflösung der Innovationsstiftung, die nach unserer Beurteilung und der vieler Unternehmen eine gute Arbeit geleistet hat. Wir haben Zweifel, ob es ein richtiger Schritt war, die Innovationsförderung bei einer Einrichtung anzudocken – der Wohnungsbaukreditanstalt –, die zwar eine hervorragende Expertise bei der Wohnungsbauförderung hat, aber über keinerlei Erfahrung in den Bereichen Innovation, Existenzgründung oder Unternehmensnachfolge verfügt.

Nun, das ist das parlamentarische Leben, und es ist zu akzeptieren, dass wir seit dem 1. September letzten Jahres die Innovationsbank haben. Das ist nun einmal so und wir werden kritisch, aber konstruktiv beobachten, ob sich die Bank zu einem effektiven Instrument der Wirtschaftsförderung entwickelt oder ob sich unsere Bedenken bewahrheiten werden. Wir haben daher Ziffer 1 unseres ursprünglichen Antrags für erledigt erklärt, das Gleiche gilt auch für Ziffer 2, weil der Senat auf meine Schriftliche Kleine Anfrage 20/1062 zumindest einen rudimentären Überblick über den Bestand und die Evaluierung der vorhandenen Wirtschaftsförderungsprogramme vorgelegt hat.

Ziffer 3 unseres Antrags betraf die Kooperation mit Schleswig-Holstein. Offensichtlich ist die Zusammenarbeit in der Metropolregion für diesen Senat mehr etwas für Sonntagsreden. Wir alle wollen die Zusammenarbeit in der Metropolregion, und wir beklagen insbesondere im Hamburger Umland den zum Teil völlig unsinnigen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, finanziert mit öffentlichen Fördermitteln. Schleswig-Holstein verfügt anerkanntermaßen über eine gut funktionierende Investitionsbank. Was spricht also dagegen, zumindest die Möglichkeit einer weitergehenden Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein zu prüfen? Dieses abzulehnen, halten wir nicht nur für politisch falsch, sondern auch für kurzfristig, und werden daher dem Ausschussvotum zu Ziffer 2 nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Bei der Links-Fraktion wird es keine Kritik um der Kritik willen geben, so wie ich das jetzt bei den Kollegen der GRÜNEN und auch der CDU herausgehört habe. Der Ausbau sowie die Erweiterung des Finanzierungsumfangs der Hamburgischen Investitions- und Förderbank scheinen sich zu einer mittlerweile allerdings auch höchst selten gewordenen Erfolgsgeschichte der Stadt zu entwickeln. Geräuschlos und erfolgreich hat die IFB ihre Arbeit aufgenommen. Die Bankenlandschaft in Hamburg hat die IFB als Fi-

(Kersten Artus)

finanzierungspartnerin sehr wohl akzeptiert. Endlich gibt es eine echte wirtschaftliche Unterstützung für den Mittelstand in unserer Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir als Links-Fraktion haben diesen Weg von Anfang an unterstützt. Hamburg war schließlich das letzte Bundesland, das über keine solche Bank verfügte. Bemerkenswert finde ich, dass nunmehr auch eine der größten Kritikerinnen im Vorfeld der Gründung, die Handelskammer, ihre bislang vertretene Position aufgegeben hat und von einer – ich zitiere – "sehr konstruktiven Zusammenarbeit" spricht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Nur Herr Stemmann will davon nichts wissen!*)

Vielleicht haben dazu auch diejenigen ein wenig beigetragen, die unter dem Motto "Die Kammer sind WIR!" mit zwölf Kandidatinnen und Kandidaten erfolgreich ins Plenum der Handelskammer eingezogen sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Das war schon vorher!*)

Eine ihrer Forderungen lautete, die Kammer solle verstärkt kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen. Dem können wir uns nur anschließen.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch das Hauptziel der Investitions- und Förderbank, es war bislang nicht das Hauptziel der Handelskammer.

Bleiben noch die FDP-Abgeordneten, die ihren Antrag zumindest in Teilen aufrechterhalten wollen. Das letzte Zipfelchen Antrag soll gerettet werden und sei es nur, um einen kleinen letzten Rest FDP-Ideologie zu retten, die sich aber völlig überholt hat. Ihre Bedenken gegen die Einrichtung der Bank haben und hatten keine reale Grundlage.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein ist Ihre Ideologie, oder wie?*)

Ihre Vorschläge, die die Installation einer Investitions- und Förderbank hinausgezögert hätten, sind keine wirklichen Hürden gewesen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Da wurde aus meiner Sicht mit viel heißer Luft hantiert. In etlichen Anhörungen und Diskussionen ist klar herausgearbeitet worden, aus welchen Gründen eine noch nähere Kooperation mit der schleswig-holsteinischen Investitionsbank nicht förderlich ist und nicht zielführend sein kann. Wenn es in Einzelfällen geboten sein könnte, mit den schleswig-holsteinischen Kolleginnen und Kollegen im Interesse Hamburgs und der hiesigen mittelständischen Betriebe zu kooperieren, wird man si-

cher Wege finden, wie im Übrigen auch mit den Instituten anderer Bundesländer, denn wir haben noch ein paar andere Bundesländer in unserer Nähe.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Das ist ja eine Wahnsinnsideologie!*)

Kleiner Wermutstropfen ist die Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Außer Frau Senatorin Blankau ist nur noch eine weitere Frau Mitglied.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir sind mitten in der Debatte. Das bedeutet nicht, dass alle reden, sondern das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin.

Da die Bank erst zum 1. August 2013 gegründet wurde, hätte darauf geachtet werden müssen, dass der achtköpfige Verwaltungsrat nicht nur einen 25-prozentigen Frauenanteil hat. Wir erwarten also, dass hier bald eine nach- beziehungsweise Neubesetzung erfolgt, damit der Senat wenigstens seinem eigenen Anspruch gerecht werden kann, was die Teilhabe von Frauen in Gremien angeht.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Ich darf vor allem die aus meiner Sicht rechte Seite darauf hinweisen, dass Sie doch bitte der Rednerin folgen mögen oder den Saal verlassen. Danke schön. – Fahren Sie fort, Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): Mit ihrem Förderprogramm bei Kleinst- und Mikrokrediten geht die IFB aber auch bereits auf die Interessenlagen von Frauen ein, die sich selbstständig machen wollen. Aber dass das Gründungsdarlehen im Handwerk nur Meisterinnen und Meistern gewährt wird, wird die Selbstständigkeit von Frauen vermutlich wiederum umkehren, weil es sehr viel weniger Meisterinnen als Meister gibt.

Sehr gut finden wir im Übrigen das FamilienStart-Darlehen, das auch Lebensgemeinschaften nach dem Lebenspartnergesetz den Neubau oder den Erwerb von Wohnungseigentum mit einem günstigen Kredit leichter macht. Die Fraktion DIE LINKE wünscht der IFB eine erfolgreiche Arbeit als Dienstleisterin für die Stadt und wird ihre Tätigkeit aufmerksam begleiten. Da sie eine Anstalt öffentlichen Rechts ist, kann die Bürgerschaft sich auch jederzeit mit ihr befassen und die nötige Transparenz herstellen, wenn es nötig ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Senator Horch.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich könnte Sie jetzt namentlich aufrufen, das will ich uns allen ersparen. Ich bitte einfach weiterhin um Aufmerksamkeit für die Debatte. – Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Hamburg, ich habe es heute schon einmal gesagt, ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa, und das soll auch so bleiben, trotz aller etwas kontroversen Diskussionen zu unserer Wirtschaftsleistung hier in Hamburg. Als Grundlage für ein weiteres stabiles Wachstum der Hamburger Wirtschaft haben wir im Arbeitsprogramm des Senats eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Handlungsfelder definiert. Neben unserer intensiven Clusterpolitik in acht großen Clustern und einer gezielten Innovationspolitik ist eben der Umbau der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt zur Hamburgischen Investitions- und Förderbank, kurz IFB, ein wesentlicher Baustein.

Ich möchte Ihnen gerade aus meiner persönlichen Sicht noch einmal näher erläutern, warum ich diese überzeugte Meinung heute vertrete. Das sind tägliche Erlebnisse, die wir auch in der Finanzierung mit kleinen und handwerklich orientierten Unternehmen haben. Die Bereitstellung von Krediten wird zunehmend schwieriger nach Basel III und der Eigenkapitaldefinition der Banken. Das Drei-Säulen-System soll nicht infrage gestellt werden, aber wir müssen für die Zukunft unsere Kleinunternehmen, was Zuschüsse, Kredite und Darlehen angeht, besser unterstützen, und wir werden uns noch einmal daran erinnern, dass wir im Jahre 2013 eine Investitions- und Förderbank in Hamburg gegründet haben und keine zweite HSH Nordbank.

(Beifall bei der SPD)

Ab Mitte 2011 hat das behördenübergreifende Projekt zur Errichtung einer Investitionsbank – das war alles nicht ganz einfach, das gebe ich zu – an den Grundlagen dieser Umwandlung intensiv gearbeitet. Das Projekt konnte inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden, und zum 1. August hat die IFB die Arbeit aufgenommen.

Ich will die heutige Debatte nutzen, um noch einmal einen Überblick darüber zu geben, was in dieser relativ kurzen Zeit bezüglich des strukturierten Aufbaus passiert ist. Bei aller Freude über den Start darf ich auch anmerken – wir wollen uns nichts vormachen –, dass der Aufbau einer Investitionsbank und ihre erfolgreiche Positionierung am Markt seine Zeit braucht. Das ist nicht einmal eben mit einem Fingerzeig getan, und das müssen wir auch der IFB zugestehen. Lassen Sie mich des-

halb kurz berichten, was wir seit August 2013 bereits mit der IFB geleistet haben.

Der neue Geschäftsbereich Wirtschaft, Umwelt und Innovation hat seine Arbeit aufgenommen. Aus dem Tätigkeitsfeld der BWVI, also meiner Behörde, sind die beiden Bereiche Innovation und allgemeine finanzielle Wirtschaftsförderung in die IFB gekommen; aus der BSU ist es der Gesamtbereich Umwelt. Die IFB hat seit August gezielte Öffentlichkeitsarbeit betrieben und sehr erfolgreich durchgeführt. Ich kann Ihnen sagen, dass ich in den Gesprächen mit allen Kammern, heute mit dem Finanzplatz Hamburg, unisono nur positive Kommentare zu dem bisherigen Wirken der IFB Bank bekommen habe.

(Beifall bei der SPD)

Die Informationsveranstaltungen bei den Banken oder im Rahmen der monatlichen IFB-Informationsabende im Beratungszentrum der Wirtschaft haben das Förderangebot bekanntgegeben. Die IFB hat sich immer als zentraler Ansprechpartner im Sinne des angestrebten sogenannten One-Stop-Shops dargestellt, was insgesamt auch auf eine sehr positive Resonanz gestoßen ist.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich – das wiederhole ich gern nach den oftmals kritischen Diskussionen auch innerhalb der Behördenabstimmung im Vorfeld der Gründung –, dass die Institution sich jetzt in allen Kooperationen offen zeigt und auch gemeinsam mit den handelnden Personen in der IFB das Beste für die Förderung der Hamburger Unternehmen erreichen will; das dokumentiert sich in allen Handlungsfeldern.

Erste Erfolge der Arbeit der IFB zeichnen sich in der finanziellen Wirtschaftsförderung ab. Der sogenannte Hamburg-Kredit – ein neuer Kredit aufgrund der finanziellen Möglichkeiten, die wir geschaffen haben – wird mehr und mehr von den Unternehmen und Hausbanken genutzt, auch, und das ist besonders begrüßenswert, in Kombination mit einer Bürgerschaft aus der Bürgerschaftsgemeinschaft, um hier weitere Hamburger Institutionen in den Vorgang einzubeziehen. Mit Banken wird die Ausgestaltung weiterer neuer Kreditangebote, sogenannte Konsortialkredite, im Bereich Wirtschaft diskutiert. Daran sehen Sie, dass wir auch hier mit Haspa, mit Volksbanken und allen am Platz befindlichen Instituten zusammenarbeiten. Ich bin sicher, dass auch dieses Angebot der IFB im Jahre 2014 weiter ausgebaut und an Bedeutung gewinnen wird. Dem Hamburger Handwerk und dem Mittelstand steht mit der IFB nunmehr eine hochqualifizierte Anlaufstelle für Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Sie wird dem Hamburger Handwerk und dem Mittelstand eine zielgerechte Unterstützung bieten können, da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei der SPD)

(Senator Frank Horch)

Ich wiederhole es noch einmal gern. Es ist unser Anliegen, nicht nur den namhaften Firmen bestimmte Rahmenbedingungen in Hamburg zu geben, sondern gerade, weil 80 Prozent der Unternehmen in Hamburg kleine und mittelständische Unternehmen sind, diesen die entsprechende Grundlage zu vermitteln. In 2013 konnten wir – auch das war ein Anliegen und Diskussionspunkt – die Integration der Innovationsstiftung in der Bank erfolgreich abschließen. Die vorgesehenen Gremien im sogenannten Innovationsausschuss und in der Vergabekommission sind etabliert, und ich glaube, die Besetzung ist hier noch besser gelungen als im Verwaltungsrat. Die Fördermaßnahmen im Bereich Innovation werden gut aufgenommen und haben schon erste Erfolge gezeigt. Und so soll es auch im Laufe dieses Jahres weiter geschehen.

Ich bin froh, dass dieser anspruchsvolle Prozess, der einen wichtigen Hintergrund für innovative Entwicklung und ihre Finanzierung bildet, mit dieser Integration gelungen ist. Der Innovationshintergrund spielt für uns immer wieder eine Schlüsselrolle. Es ist die Zielsetzung des Senats, Hamburg nicht nur in Ankündigungen und Reden, sondern auch in der Tat zu einer Innovationshauptstadt Europas zu entwickeln. Wir haben dafür gute Voraussetzungen und können nun auch mit einem maßgeschneiderten Fördersystem das optimale Umfeld dafür schaffen.

Meine Damen und Herren! Nach diesen ersten erfolgreichen Schritten auf dem Weg bin ich zuversichtlich, dass wir das die erfolgreiche Arbeit fortsetzen – wir sind nicht ohne Erfahrung – und nun die Chancen nutzen, mit der IFB das Förderangebot entsprechend zu stärken und neben der Zuschussbewilligung auch Darlehen und Kredite zu gewähren. Wenn ich es ehrlich betrachte, und ich glaube, ich kann es ganz gut beurteilen, dann sind wir hier nicht nur einen kleinen, sondern einen großen Schritt vorangekommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Bürgerschaft von Ziffer 1 der Ausschussempfehlung Kenntnis genommen hat.

Wer möchte sich sodann der Empfehlung aus Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 49, Drucksache 20/10696 in der Neufassung, Antrag der CDU-Fraktion: Landwirtschaftliche Betriebe in Hamburg dauerhaft sichern.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Landwirtschaftliche Betriebe in Hamburg dauerhaft sichern
– Drs 20/10696 (Neufassung) –]**

Hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, die Debatte zu streichen, deswegen kommen wir sofort zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/10696 in der Neufassung federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit überwiegender Mehrheit erfolgt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 20/10781, Bericht des Sportausschusses: Hamburg soll auch zur WM 2014 ein Fanfest bekommen.

**[Bericht des Sportausschusses über die Drucksache 20/9944:
Hamburg soll auch zur WM 2014 ein Fanfest bekommen (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 20/10781 –]**

Auch hier sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatte zu streichen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Damit sind wir am Ende des ersten Sitzungstags. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Wir sehen uns morgen um 15 Uhr.

Ende: 19.37 Uhr

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Phyliss Demirel, Dr. Melanie Leonhard, Olaf Ohlsen, Dr. Martin Schäfer, Dr. Wieland Schinnenburg und Anna-Elisabeth von Treuenfels